

## PAZIFIK IM ÜBERBLICK

### Mikronesische Staaten bleiben im *Pacific Islands Forum*

Die mikronesischen Staaten werden das *Pacific Islands Forum* (PIF) nicht verlassen. Das ist das Ergebnis eines hochrangigen Gesprächs zwischen Staats- und Regierungschefs Mitte Juni in Suva (Fidschi). Der Vorsitzende des Forums, der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama, hatte die mikronesischen Staatsoberhäupter nach Fidschi eingeladen, um die Zukunft des pan-pazifischen Bündnisses zu erörtern. An dem Treffen hatten u.a. der Premierminister der Cook-Inseln, Mark Brown, und die samoanische Premierministerin Fiamme Naomi Mata'afa teilgenommen. Außerdem waren der Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien, David Panuelo, der Präsident von Palau, Surangel Whipps Jr., und ein Sondergesandter der Marshall-Inseln im Sekretariat des Forums mit dabei.

Premier Brown erklärte, die Gespräche seien im „*typisch pazifischen Stil*“ verlaufen. Man habe entschieden, dass die mikronesischen Staaten weiter Mitglied im Forum bleiben und dass der derzeitige PIF-Generalsekretär Henry Puna seine dreijährige Amtszeit bis zum Ende weiterführen werde. Des Weiteren einigten sich die Regierungschefs auf die Schaffung eines neuen Amtes: Der neue „*Beauftragte für den Pazifischen Ozean*“ wird ab sofort eingesetzt und soll eine von den Aufgaben des Generalsekretärs getrennte Funktion übernehmen.

Die Amtszeit des Beauftragten für den Pazifischen Ozean wird drei Jahre betragen, das Amt wird in Mikronesien angesiedelt sein und der Beauftragte wird direkt an die Staats- und Regierungschefs berichten. Ferner besteht Einigkeit darüber, dass ein regionales Büro des Forums in der Subregion Mikronesien eingerichtet werden soll.

Mit dem Sitz des neuen Beauftragten in Mikronesien und dem Regionalbüro dort habe man die mikronesischen Staaten von der weiteren PIF-Mitgliedschaft überzeugen können, hieß es. Durch die Schaffung des neuen Amtes fühlten sich diese kleinen Inselstaaten nun auch besser wahrgenommen und vertreten im Inselforum.

Hintergrund des drohenden Austritts der Mikronesier war die Wahl von Henry Puna von den Cook-Inseln (Polynesien) zum neuen Generalsekretär des Forums gewesen. Seine Wahl an die Spitze des Forums wurde als Verstoß gegen ein „Gentleman's Agreement“ angesehen, das eigentlich eine Ernennung aus Mikronesien vorsah. (*Pacific Advocate* 08.06.22)

### Pazifische Inselstaaten lehnen gemeinsames Abkommen mit China ab

Die pazifischen Inselstaaten haben sich dafür entschieden, ein von China vorgeschlagenes gemeinsames multilaterales Abkommen zur Zusammenarbeit unter anderem in der Sicherheitspolitik, Polizeiarbeit und Erschließung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten vorerst nicht zu unterzeichnen. Das Abkommen war Ende Mai durch einen Leak publik geworden. Kurz darauf, am 26. Mai 2022, brach der chinesische Außenminister Wang Yi zur größten diplomatischen Tour durch den Pazifik aller Zeiten auf: Bis zum 4. Juni besuchte er die Salomonen, Vanuatu, Fidschi, Papua-Neuguinea, Samoa, Tonga und Kiribati sowie Timor-Leste - insgesamt acht pazifische Inselstaaten.

Das von China vorgeschlagene Abkommen, für das der chinesische Außenminister bei seiner Tour warb, löste vor allem in Australien, Neuseeland und den USA Sorgen aus. China hat in den letzten Jahren bereits viel Einfluss in der Region gewonnen und gerade in den letzten Monaten hat sich der Kampf um Einfluss in der Region zwischen China und den USA immer stärker zugespitzt. Kritiker wie etwa der den USA nahestehende

Präsident der Föderierten Staaten von Mikronesien, David Panuelo, bezeichneten das vorgeschlagene Abkommen als „*bedeutendstes Abkommen zu unserer Lebenszeit*“ und äußerte die Sorge, China könnte nach der Unterzeichnung Zugriff auf wichtige Ressourcen wie etwa Thunfischbestände und auf sensible Seerechtsdaten sowie Zugang mit Polizeikräften in die Inselstaaten erhalten.

Nach einem digitalen Treffen des chinesischen Außenministers mit seinen Amtskollegen aus den Mitgliedstaaten des *Pacific Islands Forums* während seines Aufenthalts in Fidschi, gab der fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama allerdings bekannt, dass sich die Staaten der Region wegen der Bedenken einiger Mitglieder des Inselforums gemeinsam gegen eine Annahme des Abkommens entschieden hätten. Das ist für China durchaus ein diplomatischer Rückschlag. Und deshalb interessant, weil Bainimarama die Ablehnung mit dem Prinzip der Konsensentscheidungen in der Region begründete, obwohl man sich zuletzt bei der Wahl des Generalsekretärs des Forums über dieses Prinzip hinweggesetzt hatte. So könnte die Ablehnung des Abkommens auch durch China grundsätzlich offen gegenüber eingestellte Regierungen auch ein Hinweis darauf sein, dass sie ebenfalls von der chinesischen Offerte überrascht worden sind und sich umfangreichere Konsultationen mit den Inselstaaten gewünscht hätten. Außerdem ist es für viele Staaten klug, sowohl mit den USA als auch mit China zusammenzuarbeiten und die Interessen beider Staaten „gegeneinander auszuspielen“, weshalb sie sich möglicherweise nicht zwingen lassen wollten, sich für eine Seite zu entscheiden.

Trotz des Rückschlags für China gelang es dem chinesischen Außenminister allerdings, einige bilaterale Abkommen mit einigen pazifischen Inselstaaten abzuschließen. Auch gab er bekannt, weiter für die Annahme des gemeinsamen regionalen Abkommens zu werben. Gleich in mehreren Insel-

staaten wurden die Besuche von Wang Yi von Berichten über Einschränkungen der Pressefreiheit begleitet. Unter anderem durften bei Pressekonferenzen keine Fragen oder nur Fragen von einem einzigen zuvor ausgewählten Medienvertreter des besuchten Landes gestellt werden, australische Journalisten wurden in einem Fall ganz von einer Pressekonferenz ausgeschlossen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Vorstandsmitglied Oliver Hasenkamp, Berlin. Quellen: Radio New Zealand International 26.05.22, 01.06.22, 04.06.22, ABC 01.06.22, The Guardian 31.05.22, IPG 03.06.22, New York Times 31.05.22)

## Jahr der handwerklichen Fischerei und Aquakultur

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), die Gemeinschaft der pazifischen Fischer, die Pazifische Gemeinschaft (SPC) und die Organisation INFOFISH haben Ende März auf den Pazifikinseln das *Internationale Jahr der handwerklichen Fischerei und Aquakultur* (International Year of Artisanal Fisheries and Aquaculture, IYAFA 2022) ausgerufen.

Die einjährige regionale Kampagne IYAFA 2022 wird die Stimmen und Geschichten der pazifischen Fischer\*innen in den Vordergrund stellen. Sie sollen Erfolge, Erfahrungen und Lehren aus Initiativen der Kleinfischerei im Pazifik austauschen. Die Auftaktveranstaltung in Apia (Samoa) rief zum Handeln und zur Zusammenarbeit mit allen relevanten Interessensgruppen auf.

Die interaktive Sitzung zum Start des Themenjahres bot die Gelegenheit, die Rolle zu diskutieren, die Kleinfischer\*innen, Fischzüchter\*innen und Angestellte im Fischereisektor für die Ernährungssicherheit, die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen in der Region spielen. Die Podiumsteilnehmenden unterstrichen auch die zentrale Rolle der Frauen in der handwerklichen Fischerei und der Aquakultur und diskutierten, wie die Frauen zur Stärkung der Ge-

meinschaft beitragen.

*„Kleinfischer, Fischzüchter und Fischerarbeiter versorgen Milliarden von Menschen mit gesunden und nahrhaften Lebensmitteln und tragen dazu bei, den Hunger zu beseitigen. Aus diesem Grund ist es unglaublich wichtig, die Millionen von Kleinfischern, Fischzüchtern und Fischern anzuerkennen“*, erklärte Xiangjun Yao, FAO-Subregionalkoordinatorin für die pazifischen Inseln.

Die pazifische Region zeichnet sich durch riesige Meeresgebiete aus, die von tausenden von Inseln übersät sind, auf denen viele Küstengemeinschaften leben. Diese Gemeinschaften verfügen über traditionelle Kenntnisse und Rechte an den Meeresressourcen in Küstennähe. Im Laufe der Jahre sind die Fänge der am leichtesten zugänglichen Küstenressourcen - Fisch, Muscheln und Algen in den Lagunen und Riffen - auf vielen Pazifikinseln zurückgegangen. Schätzungen zufolge trug der Küstenfischfang über 300 Millionen US-Dollar zum Bruttoinlandsprodukt bei.

Im Pazifik verzehren 88 % der Haushalte wöchentlich Fisch oder Meeresfrüchte. Pro Person und Jahr werden in der Region 58 kg Frischfisch konsumiert.

*„Die Fischer im Pazifik werden durch verschiedene Faktoren wie den Klimawandel, das Bevölkerungswachstum und COVID-19 negativ beeinflusst“*, erklärte Andrew Smith, stellvertretender Direktor des SPC-Programms für Küstenfischerei und Aquakultur. *„Das SPC verfolgt einen starken gemeinschaftsorientierten Ansatz, um widerstandsfähige Inselgemeinschaften und nachhaltige Lebensgrundlagen zu schaffen“*, schloss er seine Ansprache bei der feierlichen Eröffnung des Jahres.

Während der Veranstaltung wurden mehrere Videofilme von Fischern und Fischzüchtern von Pazifikinseln gezeigt, darunter ein Bericht von Arun Lata, einer Aquakulturbauerin aus Fidschi. *„Aufgrund der Wirtschaftskrise, die durch die Gesundheitspandemie ausgelöst wurde, haben meine Nachbarn be-*

*gonnen, auch aus meinen Fischteichen zu fischen, und ich habe sie offengelassen. Die Menschen brauchen Proteine für ihre Mahlzeiten, also lasse ich sie in meinen Teichen fischen“*, sagte Arun Lata in ihrer Videobotschaft.

*Info:* Kleinfischer\*innen, Fischzüchter und Angestellte im Fischereisektor verfügen über ein enormes Potenzial zur Förderung von Veränderungen in der Art und Weise, wie, von wem und für wen Fisch und Fischereierzeugnisse produziert, verarbeitet und vertrieben werden - mit positiven Auswirkungen auf das gesamte globale Ernährungssystem. Ziel des IYAFA 2022 ist es, das Bewusstsein für die Rolle der handwerklichen Fischerei und Aquakultur zu schärfen, die Interaktion zwischen Wissenschaft und Politik zu stärken, die Akteure zum Handeln zu befähigen, neue Partnerschaften aufzubauen und bestehende zu festigen. (Pressemitteilung SPC 30.03.22, <https://www.fao.org/artisanal-fisheries-aquaculture-2022/home/en/>)

## UN ernannt Sonderbotschafter für Klimawandel und Menschenrechte

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) hat erstmals den Posten eines Sonderberichterstatters (*special rapporteur*) für Klimawandel und Menschenrechte geschaffen. Das neue Amt des Sonderberichterstatters wurde vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf im Oktober 2021 offiziell geschaffen, als das UN-Gremium den Zugang zu einer sauberen und gesunden Umwelt als Grundrecht anerkannte.

Das Mandat des neuen unabhängigen Experten besteht darin, *„zu untersuchen und zu ermitteln, wie sich die negativen Auswirkungen des Klimawandels, einschließlich plötzlich und langsam auftretender Katastrophen, auf die uneingeschränkte und wirksame Wahrnehmung der Menschenrechte auswirken, und Empfehlungen zu geben, wie diese negativen Aus-*

wirkungen angegangen und verhindert werden können".

Jetzt wurde der Posten besetzt mit Dr. Ian Fry, der sowohl die australische als auch die tuvaluische Staatsbürgerschaft besitzt. Fry war einer von 26 Kandidat\*innen, der sich für das neue Amt beworben hatte. Er unterrichtet in Teilzeit Umweltpolitik an der *Australian National University*. Fry ist ein Experte für internationales Umweltrecht und -politik. Sein Schwerpunkt liegt vor allem auf der Klimaschutzpolitik im Zusammenhang mit dem UN-Rahmenübereinkommen über den Klimawandel, dem Pariser Abkommen und damit verbundenen Instrumenten. Er ist Botschafter für Klimawandel und Umwelt der Regierung von Tuvalu und arbeitet seit 21 Jahren für die Regierung von Tuvalu.

Die Amtszeit des neuen Sonderberichterstatters beträgt zunächst drei Jahre. (*ABC Radio Australia 01.04.22, <https://fennerschool.anu.edu.au/people/academic/dr-ian-fry>*)

### Neue Erkenntnisse über radioaktive Verstrahlung mit Strontium 90

Ein neuer wissenschaftlicher Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass das radioaktive Element *Strontium 90* ein bedeutenderer Kontaminationsfaktor auf den nördlichen Marshall-Inseln ist, als bisher vom US-Energieministerium (*Department of Energy, DOE*) anerkannt wurde. Die Studie, die Anfang März im *„Journal of Radiation Research and Applied Sciences“* (Volume 15, Issue 1, March 2022, Pages 17-20) veröffentlicht wurde, konzentriert sich auf *Strontium 90*, das von den Wissenschaftlern der US-Regierung bisher weitgehend ignoriert wurde. Die US-amerikanischen Forscher hatten sich bei ihren jahrelangen Untersuchungen hauptsächlich auf *Cäsium 137* als Verursacher für Strahlenschäden bei der Bevölkerung der Marshall-Inseln konzentriert. In den 1970er Jahren stellte das DOE fest, dass *Cäsium 137* für 95 % der potenziellen Strahlenbelastung auf dem Land

verantwortlich ist und fokussierte seine wissenschaftliche Arbeit daher nur auf *Cäsium 137*.

So heißt es etwa in der Studie: *„Im jüngsten Bericht des Energieministeriums an den Kongress über den Status des Runit Dome wird Strontium 90 beispielsweise nur einmal erwähnt, obwohl es eines der wichtigsten noch vorhandenen Radionuklide auf den Marshall-Inseln ist“*.

Die Autor\*innen der Studie, Hart Rapaport, Ivana Nikolic-Hughes und Emlyn W. Hughes, die alle am *Center for Nuclear Studies* der *Columbia University* in New York City (USA) arbeiten, erklärten, dass zwar die Nachwirkungen der 67 US-Atomwaffentests auf den Marshall-Inseln eingehend untersucht worden seien, über die *Strontium-90-Kontamination* jedoch nur wenig berichtet worden sei.

*„Sedimentkerne aus dem Bravo-Testkrater auf dem Bikini-Atoll und dem Lacrosse-Krater in der Nähe der Runit-Insel (Enewetak-Atoll) wurden auf die Konzentrationen von Strontium 90 und Cäsium 137 untersucht, die in allen Kernen messbar waren“*, so die Autor\*innen. *„Das Verhältnis von Strontium 90 zu Cäsium 137 ist im Vergleich zu Werten, die zuvor an anderen Standorten von Waffentests und nuklearen Unfällen gemessen wurden, erhöht“*, heißt es weiter.

Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die *Strontium-90-Konzentrationen* im Norden der Marshall-Inseln weiter untersucht werden müssen, um die Sicherheit der derzeitigen Bewohner\*innen im Hinblick auf die mögliche Übertragung von *Strontium 90* zu bewerten und um einen Beitrag zur Umsiedlung der derzeit unbewohnten Inseln und Atolle zu leisten.

Die Autor\*innen stellten bei ihren Untersuchungen fest, dass *Strontium 90* *„an anderen Standorten als Quelle großer Gesundheitsrisiken bekannt ist“*, so auch in Fukushima (Japan), wo es im Jahr 2011 zu einer Kernkraftwerkskatastrophe

kam.

Wie *Cäsium 137* *„stellt Strontium 90, sobald es sich im Boden oder in den Sedimenten befindet, eine Gefahr für den Menschen dar, da es von Pflanzen aufgenommen wird (und möglicherweise in Nahrungsquellen gelangt) und die Atmosphäre kontaminiert“*, steht in der gerade veröffentlichten Studie, die auf Proben basiert, die im August 2018 auf den Atollen Bikini und Enewetak gesammelt wurden.

Abschließend heißt es: *„Diese Ergebnisse sind ein weiterer Beweis für die anhaltenden Auswirkungen des radioaktiven Niederschlags auf den Marshall-Inseln.“*

In der Studie wird darauf hingewiesen, dass der von der US-Lebensmittel- und Arzneimittelbehörde (FDA) festgelegte Grenzwert für *Strontium 90* in Lebensmitteln 160 Bq/kg beträgt und damit deutlich unter dem Wert von 1.200 Bq/kg für *Cäsium 137* liegt.

Die Autor\*innen erörtern eine frühere wissenschaftliche Bewertung der US-Regierung, aus der hervorgeht, dass einige Früchte auf Bikini einen höheren *Cäsium 137-Gehalt* aufweisen als der FDA-Grenzwert für die Lebensmittelsicherheit. *„Angesichts der Tatsache, dass die Strontium-90-Konzentrationen im Meeressediment viel höher sind als die Cäsium-137-Konzentrationen, ist es möglich, dass die Strontium-90-Konzentrationen in Nahrungsmitteln auf den betroffenen Inseln über dem von der FDA festgelegten Grenzwert liegen“*, heißt es weiter.

Die Autor\*innen weisen darauf hin, dass es sich bei ihrer Arbeit um eine vorläufige Untersuchung handelt und drängen auf Folgeuntersuchungen.

*Info:* Die Studie wurde als open acces im *„Journal of Radiation Research and Applied Sciences“* veröffentlicht und kann hier kostenlos heruntergeladen werden:

<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S1687850722001212>

(*Island Times 18.03.22, Marshall Islands Journal 18.03.22*)

## Forum beruft Expertengremium

Das *Pacific Islands Forum* (PIF) hat ein internationales Expertengremium berufen, das die Mitgliedsländer des Forums zu den Plänen der japanischen Regierung beraten soll, die ab dem kommenden Jahr das radioaktiv verstrahlte Kühlwasser aus den havarierten Reaktoren im Atomkraftwerk Fukushima in den Pazifischen Ozean einlassen will.

Bei den globalen Experten handelt es sich um Dr. Ken Buesseler, leitender Wissenschaftler und Ozeanograph der *Woods Hole Oceanographic Institution*; Dr. Arjun Makhijani, Präsident des *Institute for Energy and Environmental Research*; Dr. Antony Hooker, außerordentlicher Professor und Direktor des *Centre for Radiation Research, Education and Innovation* an der Universität Adelaide; Dr. Ferenc (Jacob Rolf) Dalnoki-Veress, Gastwissenschaftler und außerordentlicher Professor am *James Martin Center for Non-proliferation Studies* und Dr. Robert H. Richmond, Forschungsprofessor und Direktor des *Kewalo Marine Laboratory* an der Universität von Hawaii in Manoa.

Die Pazifikstaaten baten das Gremium um unabhängige technische Beratung im laufenden Dialog mit japanischen Behörden und Vertretenden des Kernkraftwerks Daiichi in Fukushima, in dem sich die Abwässer seit dem Tsunami 2011 angesammelt haben. Japan hatte angekündigt, die Abwässer ab dem nächsten Jahr in den Pazifischen Ozean einleiten zu wollen und behauptet, dies sei sicher. Diese Behauptungen wurden von der *Internationalen Atomenergiebehörde* und den USA unterstützt.

Auf dem 9. PALM-Treffen (*Pacific Islands Leaders Meeting*) am 2. Juli 2021 hatten die Staats- und Regierungschefs des Forums betont, dass es vorrangig sei, „*internationale Konsultationen, internationales Recht sowie unabhängige und überprüfbare wissenschaftliche Bewertungen im Hinblick auf die Ankündigung Japans sicherzu-*

*stellen.*“ Die Mitglieder des Forums haben sich auch verpflichtet, unabhängige Leitlinien zur Interpretation der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu verfolgen, sobald diese vorliegen.

Der Generalsekretär des PIF, Henry Puna, erklärte, das Gremium werde „*unser Engagement für Japan in dieser kritischen Frage unterstützen, indem es den Mitgliedern unabhängige wissenschaftliche Ratschläge und Anleitungen zur Verfügung stellt, um alle noch offenen Fragen zur Abwasserproblematik zu klären. Ich bin sehr dankbar, dass diese angesehenen Experten sich bereit erklärt haben, uns zu helfen, und ich freue mich auf die wichtige Arbeit in den kommenden Monaten.*“

„*Unser oberstes Ziel ist es, den Blauen Pazifik - unseren Ozean, unsere Umwelt und unsere Völker - vor weiterer nuklearer Verseuchung zu schützen. Das ist das Vermächtnis, das wir unseren Kindern hinterlassen müssen*“, sagte er.

Die Berufung der Expertengruppe soll den Dialog zwischen Japan und den pazifischen Inselstaaten verbessern und für mehr Transparenz sorgen. Japan engagiert sich seit einiger Zeit verstärkt im Pazifik, sowohl auf bilateraler Ebene mit einzelnen Pazifikstaaten, als auch im großen Rahmen der Sicherheitspartnerschaft zwischen Japan, Indien, Australien und den USA. (*Marshall Islands Journal* 18.03.22, <https://www.forumsec.org/2022/03/14/release-pacific-appoints-panel-of-independent-global-experts-on-nuclear-issues/>)

## CePaCt gewinnt Innovationspreis

Das „*Centre for Pacific Crops and Trees*“ (CePaCT) der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) hat den *Island Innovation Award 2022* für innovative Inselforschung gewonnen. Der Preis wird vom „*Island Innovation*“ verliehen, einem Netzwerk, das Interessensvertreter der pazifischen Inselstaaten durch digitale Kommunikation und Veranstaltungen miteinander verbindet. Ver-

liehen wurde die Auszeichnung bei einer feierlichen Zeremonie im April 2022. CePaCT wird im Rahmen des Programms für genetische Ressourcen in der Abteilung für Landressourcen bei der SPC verwaltet.

Logotonu Meleisea Waqainabete, Programmleiterin für genetische Ressourcen, erklärte in ihrer Dankesrede, dass die Arbeit von CePaCT heute wichtiger denn je sei, wenn man die Auswirkungen von Katastrophen wie COVID-19 bedenke sowie die anhaltenden Herausforderungen für die pazifischen Inseln, die sich an vorderster Front im Kampf gegen Klimawandelfolgen befinden.

Als wichtigste Genbank des pazifischen Raums arbeitet CePaCT an der effizienten langfristigen Erhaltung eines breiten Spektrums an genetischer Vielfalt wichtiger Nutzpflanzen und Baumarten des pazifischen Raums und erleichtert deren effektive Nutzung durch die sichere grenzüberschreitende Verteilung von Pflanzenmaterial. Die Forschungsarbeit von CePaCT unterstützt die beiden SPC-Vorzeigeprogramme zur Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel und zur Umgestaltung der Nahrungsmittelsysteme.

CePaCT baut derzeit seine Kapazitäten aus, um sich zu einem Zentrum für landwirtschaftliche Spitzenleistungen für das SPC und seine Partner in den pazifischen Inselstaaten zu entwickeln. Im April dieses Jahres wurden zwei neue Einrichtungen eröffnet: ein Molekularlabor und ein Quarantänegewächshaus. Das Molekularlabor soll CePaCT in die Lage versetzen, dem pazifischen Raum einen Service zur Diagnose von Krankheitserregern und zur Genotypisierung anzubieten, während das Gewächshaus die Gesundheitstests des Keimplasmas der CePaCT-Sammlungen sowie die Regeneration von Pflanzen und den Empfang neuer Pflanzenimporte unterstützen wird.

Waqainabete kam in ihrer Rede zu dem Schluss, dass die Auszeichnung für innovative Inselforschung

CePaCT den nötigen Schwung geben wird, um die genetische Vielfalt zu sichern und die Widerstandsfähigkeit der Nahrungsmittelsysteme zu stärken, damit die Lebensgrundlagen gesichert sind und die Menschen im Pazifik weiterhin mit sicheren und nahrhaften Nahrungsmitteln versorgt werden können.

*Info:* Die *Island Innovation Awards* wurden in Zusammenarbeit mit der „*Clinton Global Initiative*“ vergeben, um Einzelpersonen, Organisationen und Projekte auszuzeichnen, die weltweit positive Veränderungen für abgelegene Gemeinden sowie Inselgemeinschaften bewirken. Es gab 12 Preiskategorien, die Sieger\*innen wurden von einer Jury ermittelt. (Pressemitteilung SPC 18.05.22)

## Neuer Hauptgeschäftsführer bei der MSG

Leonard Louma aus Papua-Neuguinea ist neuer Hauptgeschäftsführer der „*Melanesian Spearhead Group*“ (MSG). Er ist Nachfolger von Botschafter Amena Yauvoli aus Fidschi, der das Amt des MSG-Geschäftsführers von 2016 bis 2020 innehatte. Seit 2020 war Dr. George Hoa'au von den Salomonen kommissarischer Geschäftsführer des Bündnisses melanesischer Pazifikstaaten.

Leonard Louma, OBE stammt aus der Provinz Milne Bay. Er ist ein ehemaliger erfahrener Diplomat und ein hochrangiger Beamter mit mehr als 30-jähriger Erfahrung in leitenden Positionen sowohl in der Regierung als auch in der Privatwirtschaft. Für seine Verdienste wurde er mit dem *Order of the British Empire* (OBE) geehrt,

Er diente in der ständigen Vertretung von Papua-Neuguinea bei den Vereinten Nationen in New York (USA) und in den Botschaften von Papua-Neuguinea in Paris (Frankreich) und in Peking (China). Außerdem war er PNGs Hochkommissar in Singapur.

Auf nationaler Ebene war er Leiter mehrerer Abteilungen im Außenministerium von PNG. Im Büro des Premierministers war er Sonderbe-

rater für internationale Beziehungen, Außenpolitik und außenpolitische Angelegenheiten und anschließend von 2005 bis 2011 Stabschef des verstorbenen Premierministers Grand Chief Sir Michael Somare.

Vor seiner Ernennung zum MSG-Geschäftsführer war Louma als freiberuflicher Berater tätig und leistete strategische Beratungsdienste für die Regierung von PNG, einschließlich strategischer Unternehmensberatung für mehrere private Organisationen und Unternehmen in Papua-Neuguinea.

*Info:* Die „*Melanesische Speerspitzengruppe*“ wurde bereits 1988 als politische Vereinigung von Staaten mit überwiegend melanesischer Bevölkerung gegründet. Seit 2007 handelt es sich um eine Organisation mit Geschäftssitz in Port Vila (Vanuatu). Mitgliedsstaaten sind Fidschi, Papua-Neuguinea, die Salomonen und Vanuatu sowie die Unabhängigkeitspartei FLNKS (*Front de Liberation De Nationale Kanak et Socialiste*) aus Neukaledonien. Seit 2010 hat Osttimor Beobachterstatus, seit 2011 auch Indonesien.

Umstritten ist der Umgang der MSG mit Westpapua, das seit 1963 zu Indonesien gehört und dessen Geschichte seitdem von Unabhängigkeitsbestrebungen geprägt ist. Die Mitglieder der MSG betonten ihr Interesse an einer friedlichen Lösung des Konflikts und gewährten Westpapua bei einem Gipfeltreffen im Juni 2015 im salomonischen Honiara Beobachterstatus. Dies sorgte für Verärgerung seitens Indonesiens, das den Status eines assoziierten Mitglieds hat und sich als einzigen rechtmäßigen Repräsentanten Westpapas sieht.

Ende 2015 wurde die Republik Indonesien als Vertreter der fünf melanesischen Provinzen Indonesiens als assoziiertes Mitglied in die MSG aufgenommen, während die Vereinigte Befreiungsbewegung für West Papua (*United Liberation Movement for Westpapua*, ULMWP) nur als Beobachter zugelassen wurde. Der Vorsitz der MSG wechselt alle zwei Jahre zwischen den Mitgliedern. (*Fiji Times* 23.02.22, <https://msgsec.info/>)

## MELANESIEN

### PAPUA-NEUGUINEA

#### USA wollen enger mit PNG zusammenarbeiten

Die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) wollen die Sicherheitszusammenarbeit mit Papua-Neuguinea weiter ausbauen, wie ein US-Beamter Ende April erklärte.

Eine US-Delegation war Ende April mit dem neuguineischen Premierminister James Marape und dem Verteidigungsminister des Landes zu Gesprächen zusammengekommen und will in den kommenden Monaten weitere Sicherheitsgespräche führen, sagte der stellvertretende US-amerikanische Außenminister für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten, Daniel Kritenbrink.

„*Beide Seiten wollen sicherstellen, dass wir konkrete Schritte zur Ausweitung unserer Sicherheitszusammenarbeit unternehmen*“, sagte er in einem Telefongespräch mit Reportern.

Die Vereinigten Staaten ließen wissen, sie hätten den Premierminister der Salomonen, Mannaseh Sogavare, gewarnt, sie hätten „*erhebliche Bedenken und würden entsprechend reagieren*“, wenn eine ständige chinesische Militärpräsenz auf den Salomonen eingerichtet würde.

China hatte zuvor erklärt, dass das kürzlich unterzeichnete Sicherheitsabkommen kein Risiko für die Vereinigten Staaten darstelle. China hat Australien, das weniger als 2.000 Kilometer entfernt ist und in der Vergangenheit die Salomonen polizeilich betreut hat, für seine Ablehnung des Abkommens zwischen China und den Salomonen kritisiert.

Kritenbrink, der zu einer Delegation des Weißen Hauses gehörte, die Ende April auf die Salomonen, nach Papua-Neuguinea und Fid-

schi gereist war, sagte, der salomonische Premier Sogavare habe bei dem Treffen bekräftigt, dass das Abkommen mit China auf die Bedürfnisse der inneren Sicherheit ausgerichtet sei und es keine chinesische Militärbasis auf den Inseln geben werde.

China hatte 2018 angeboten, einen Marinestützpunkt in Papua-Neuguinea zu sanieren, doch die dortige Regierung einigte sich stattdessen mit Australien und den Vereinigten Staaten darauf, einen ehemaligen US-Marinestützpunkt aus dem Zweiten Weltkrieg auf der Insel Manus zu modernisieren.

„Wir wissen, dass die Volksrepublik China versucht, eine robustere Logistik- und Basisinfrastruktur in Übersee aufzubauen, die es der chinesischen Volksbefreiungsarmee ermöglichen würde, ihre militärische Macht über größere Entfernungen zu projizieren und aufrechtzuerhalten“, fügte Kritenbrink hinzu. (Kirsty Needham 25.04.22)

## Vorbereitung auf Parlamentswahlen

Die nationale Wahlkommission von Papua-Neuguinea hat im Februar den Zeitplan für die Parlamentswahlen 2022 veröffentlicht. Das Motto der Wahlkommission für die diesjährigen Wahlen lautet: „Your choice- Protect our Democracy“. Die Nominierung von Kandidat\*innen findet vom 28. April bis zum 5. Mai statt. Gewählt wird dann vom 25. Juni bis zum 8. Juli und vom 9. bis zum 29. Juli 2022 werden die Stimmen ausgezählt. Das Wahlergebnis dürfte dann frühestens am 30. Juli 2022 feststehen.

Nach Angaben der neuguineischen Behörden sollen die diesjährigen Wahlen besonders sicher verlaufen. Man habe daher die *Royal Defense Force PNG* um Unterstützung bei der Logistik gebeten sowie auch um eine Verstärkung des Sicherheitspersonals für die dreiwöchige Wahlperiode im Juli. Die *Australian Defense Force* habe bereits zugesichert, die Kolleg\*innen

in PNG mit Schutzmaterial auszustatten und sie im Umgang mit Wähler\*innen zu schulen. Derzeit mangle es der neuguineischen Polizei vor allem an Dienstwaffen, hieß es. Man sei in Sorge um die Sicherheit von Wähler\*innen, da man in den vergangenen Monaten beobachten konnte, dass vermehrt Schusswaffen ins Hochland von PNG gebracht worden seien.

Einem Antrag der parlamentarischen Arbeitsgruppe zur Gender-Based Violence (*Special Parliamentary Committee on Gender-Based Violence*) auf Änderung der Wahlordnung hin wurde nicht stattgegeben. Die Arbeitsgruppe wollte bereits im Vorfeld der Wahlen festlegen, dass fünf Sitze im 109-köpfigen Parlament mit Frauen besetzt werden müssen. Diese Änderung wurde vom jetzigen Parlament ohne jede Diskussion abgelehnt. (*Electoral Commission PNG* <http://www.pnhec.gov.pg/>, <https://www.unitedforequalitypng.com/gbv-parl-committee>, *Marshall Islands Journal* 11.03.22)

## Mehrere Fortbildungsprogramme für Frauen auf dem Land

Das von der Europäischen Union (EU) finanzierte gemeinsame UN-Programm *STREIT PNG* hat in den ersten vier Monaten dieses Jahres in Zusammenarbeit mit regionalen Interessensgruppen 12 Sensibilisierungsveranstaltungen (*awareness raising workshops*) und Schulungsworkshops für mehr als 5.000 Landwirte, Dorfbewohner\*innen, Beamte, Mitarbeitende von Beratungsdiensten und Studierende in den beiden Provinzen East Sepik und Sandaun durchgeführt.

Diese Veranstaltungen zur Sensibilisierung und zum Kapazitätsaufbau fanden zwischen Januar und April 2022 an 50 Orten statt und umfassten Teilnehmende aus 34 Bezirken in 22 lokalen Gebietskörperschaften. Die Workshops fanden zusätzlich in drei Sekundarschulen, einer Grundschule und in einem technischen und beruflichen Ausbildungszentrum statt.

Im Rahmen der Initiative zur Entwicklung der Wertschöpfungskette in den Bereichen Kakao, Vanille und Fischerei, die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geleitet wurde, wurden neben der Sensibilisierung für geschlechterspezifische Fragen und dem Aufbau von Kapazitäten über 3.000 Mädchen im Alter ab 16 Jahren zu Landwirtinnen ausgebildet. Sie wurden befähigt, die in den Workshops erworbenen Fertigkeiten, z. B. in den Bereichen Kakaoanbau sowie Vanilleanbau, -aufzucht und -verarbeitung, an andere Mitglieder ihrer Haushalte und Dörfer weiterzugeben.

Alle Schulungen zum Kapazitätsaufbau wurden in Zusammenarbeit mit Beratern des *Cocoa Board*, der Fischereibehörde, den Abteilungen für Landwirtschaft und Viehzucht und Mitarbeitenden lokaler Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Es ist geplant, Materialien wie Handbücher zur besseren Verbreitung in die lokale Sprache Tok Pisin zu übersetzen.

Was die Bereitstellung hochwertiger landwirtschaftlicher Betriebsmittel betrifft, so haben 2.500 Jugendliche und Frauen in 16 Dörfern gegen den Schädling *Kaokoschotenbohrer* resistente Setzlinge erhalten, um alte, tote Bäume zu ersetzen.

Um die lokalen Kapazitäten für Verkehrsinfrastrukturarbeiten in der Sepik-Region zu stärken, organisierte die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) im Rahmen des EU-STREIT PNG-Programms und in Zusammenarbeit mit dem Fortbildungszentrum in Wewak weiterhin einen Kurs zur Qualifizierung und Kapazitätsentwicklung für 30 Mädchen und Frauen aus verschiedenen Teilen der Provinz East Sepik. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sollen bis Ende des Jahres 2022 die Fähigkeiten von 150 weiteren Jugendlichen entwickelt werden, um Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Jugendliche und Frauen auf dem Land zu schaffen.

Um den Zugang zu Finanzdienstleistungen in ländlichen Gebieten zu verbessern, hat der Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen (UNCDF) im Rahmen des EU-STREIT PNG-Programms und in Partnerschaft mit drei lokalen Finanzinstituten eine Initiative für den Zugang zu Finanzdienstleistungen und die Vermittlung von Finanzkenntnissen ins Leben gerufen. Durch diese Initiative wurden in den ersten vier Monaten des Jahres 2022 mehr als 13.000 Frauen in der Region Greater Sepik an das formelle Finanzsystem angeschlossen.

Patu Shang, die internationale Spezialistin des UN-Programms für die Einbeziehung der Geschlechter und der Jugend, kommentierte diese Bemühungen mehrerer UN-Organisationen wie folgt: *„Gender ist ein Querschnittsthema und wenn die Menschen für Genderfragen sensibilisiert sind, bleiben Familien und Gemeinschaften intakt, und nachhaltige Entwicklung wird zur Norm.“* Sie fügte hinzu: *„Wir können die Mentalität nicht in einer Sitzung ändern, aber im Rahmen des EU-STREIT PNG-Programms ist eine kontinuierliche Sensibilisierung für die Jugend und die Einbeziehung der Geschlechter sowie technische Unterstützung für die Ausbildung, Befähigung und Bereitstellung der erforderlichen Zugänge für Frauen und Jugendliche von entscheidender Bedeutung.“*

*Info:* Das Programm EU-STREIT PNG (*Support to Rural Entrepreneurship and Trade in Papua New Guinea*), das als gemeinsames Programm der Vereinten Nationen (FAO als federführende Organisation und ILO, ITU, UNCDF und UNDP als Partner) durchgeführt wird, ist das größte von der Europäischen Union mit Zuschüssen finanzierte Programm in Papua-Neuguinea. Es zielt darauf ab, die Lebensbedingungen der Menschen in den Provinzen Ost-Sepik und Sandaun zu verbessern, indem es sich auf die Steigerung der nachhaltigen und integrativen wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Gebiete durch verbesserte wirtschaftliche Erträge und Chancen

aus den Wertschöpfungsketten von Kakao, Vanille und Fischerei konzentriert und gleichzeitig die Effizienz der für die Wertschöpfungskette maßgeblichen Faktoren, einschließlich des Unternehmensumfelds, stärkt und verbessert sowie die Entwicklung einer nachhaltigen, klimasicheren Verkehrs- und Energieinfrastruktur unterstützt. (PNG Business News 22.05.22, <https://reliefweb.int/report/papua-new-guinea/eu-streit-pngs-fast-facts>)

### Neue Abkommen mit Indonesien

Um die Beziehungen zu Indonesien zu stärken, möchte Premierminister James Marape bis zu neun neue Abkommen mit dem Anrainerstaat schließen. Das sagte Marape während seiner Reise nach Indonesien, wo er sich Ende März mit dem indonesischen Präsidenten Joko Widodo verabredet hatte. Begleitet wurde Marape von mehr als 70 Personen überwiegend aus dem Wirtschaftssektor.

Marape sagte, dass die zwischen den beiden Ländern unterzeichnete Absichtserklärung über die Schließung neuer Abkommen *„die künftige sozioökonomische Agenda Papua-Neuguineas in hohem Maße ergänzen und kurz- bis langfristig zu greifbaren Ergebnissen führen wird.“* Welcher Art die neuen Abkommen sind, erklärte Marape nicht. Er deutete an, dass es bei einem bilateralen Abkommen wohl um eine Partnerschaft mit dem indonesischen Erdölunternehmen *Pertamina* für die Lieferung alternativer Kraftstoffquellen nach PNG gehen soll.

Samson Komati, Geschäftsführer der neuguineischen *Think Tank Group*, kritisierte Marapes Reise. Man habe im Land genug Probleme und könne es sich derzeit nicht leisten, mit 70 Personen ins Ausland zu reisen, um dort neue Beziehungen zu knüpfen. Erstmal müsse man Ordnung im eigenen Land schaffen, so Komati. (Radio NZ Intern. 31.03.22)

### Marine Wirtschaftszone in Madang

Premierminister James Marape möchte, dass die Küstenstadt Madang zu einem Pfeiler der Wirtschaft Papua-Neuguineas ausgebaut wird.

Dies erklärte er vor Hunderten von Menschen in der Walium-Station in Usino-Bundi, als er eine Finanzierung in Höhe von 100 Millionen Kina für den Aufbau einer *Pacific Marine Industrial Zone* (PMIZ) ankündigte.

Premier Marape sagte, dass während der Amtszeit der beiden Vorgängerregierungen Hunderte von Millionen Kina für die PMIZ ausgegeben worden seien, ohne dass etwas Konkretes dabei herausgekommen sei. Er erklärte, dass das Projekt zukünftig von der nationalen Fischereibehörde verwaltet werde und dass bereits 100 Millionen Kina im Haushalt 2022 für die neue marine Wirtschaftszone vorgesehen seien.

Das PMIZ-Projekt wurde ursprünglich im Jahr 2004 vorgeschlagen und 2015 von der O'Neill-Regierung eingeweiht, aber trotz der bisher getätigten enormen Ausgaben hatte sich nichts getan.

*„Ich möchte, dass sich Madang zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum des Landes entwickelt“,* sagte Premierminister Marape. Er appellierte an die Einwohner\*innen von Madang, die Fischereibehörde und die Regierung, bei der Einrichtung der Wirtschaftszone zu unterstützen. Die Misserfolge der beiden vorherigen Regierungen bei diesem Projekt würden sich nicht wiederholen, versprach der Premierminister bei seiner Rede am 20. März. (PNG Business News 28.03.22)

### Laufzeit der Tolukuma-Mine verlängert

Die stillgelegte Tolukuma-Goldmine in Tapini in der Zentralprovinz hat eine Lizenzverlängerung für einen Zeitraum von zehn Jahren erhalten.

Iain MacPherson, geschäftsführender Direktor und Vorstandsvorsitzender von *Lole Mining Limited*, sagte, der nächste Schritt sei die Umsetzung eines Wiedereröffnungsplans für die Gold-Mine.

MacPherson erklärte, man erwäge, die Mine wieder in Betrieb zu nehmen, die Infrastruktur, einschließlich einer Zufahrtsstraße, instand zu setzen und die Mine im Laufe der Zeit schrittweise auf ihre frühere Kapazität hochzufahren.

*„Die Tolukuma-Mine wurde für eine Kapazität von 60.000 Unzen Gold pro Jahr gebaut. Wir werden sie in den nächsten Jahren wieder auf diese Kapazität bringen, aber unsere Vision ist ein viel größerer Betrieb. Es gibt ein Potenzial für vielleicht 150.000 oder 200.000 Unzen jährlich“,* sagte er.

MacPherson schätzt, dass der Neustart der Mine 70 Kilometer nördlich von Port Moresby ca. 220 bis 250 Millionen US-Dollar kosten werde, einschließlich der nötigen Explorationen. (*Post-Courier* 22.04.22, <https://frontierresources.net.au/projects/tolukuma/>)

### „Connect PNG“

Mit rund 1,4 Milliarden Kina fördert die Regierung unter Premier Marape den Ausbau des Straßennetzes in Papua-Neuguinea. Im Rahmen des Infrastrukturprojektes mit dem Titel *„Connect PNG“* wurden bereits mehrere Aufträge an Straßenbauunternehmen vergeben, so erst kürzlich ein Auftrag zum Ausbau des *„Ramu Highway“* in Madang in Höhe von 159 Millionen Kina und ein Auftrag zum Ausbau der Nordküstenstraße von Bogia nach Awar in Höhe von 43 Millionen Kina.

Marape stellte mehrere Straßenbauprojekte vor. Bei allen Projekten geht es um eine bessere Erreichbarkeit von Städten und Dörfern sowie um die Instandsetzung bereits vorhandener Straßen. Auch Brücken an wichtigen Verbindungsstraßen sollen saniert werden, so z.B. die Yalu Bridge-Nadzab und der Four-Lane Highway im Markham Valley in der Provinz Morobe.

Prestigeprojekt soll der Highway von Kiunga nach Tabubil an der westlichen Grenze zur Provinz Westpapua (Indonesien) sein. Der bereits bestehende Highway soll renoviert und verlängert werden bis Telefomin im westlichen Sepik. Damit bekämen auch die nahe der Grenze zu Westpapua lebenden Einwohner\*innen endlich Anschluss an Zentral- und Südneuguinea, so der Premier sichtlich stolz über die Pläne zum Ausbau des Straßennetzes. (*PNG Business News* 24.03.22)

### Prinzessin eröffnet Herz-Station

Bei ihrem zweitägigen Kurzbesuch Mitte April anlässlich des 70-jährigen Thronjubiläums ihrer Mutter, der britischen Königin Elisabeth II, hat Prinzessin Anne, Princess Royal, die neue kardiologische Abteilung *„Kumul Petroleum National Heart Centre“* im Central Hospital von Port Moresby eingeweiht und dazu eine Plakette am Eingang enthüllt.

Dank einer Dreier-Vereinbarung zwischen der Regierung von Papua-Neuguinea, dem Port Moresby Central Hospital und der *Kumul Petroleum Holdings Limited* (Kumul Petroleum) konnte die Herz-Station mit 30 Betten und sechs Einzelzimmern gebaut werden. Kumul Petroleum stellte dafür 50 Millionen Kina zur Verfügung.

Im neuen Herz-Zentrum sind künftig Bypass-Operationen, Stents und Angiogramme möglich. Für diese Art Untersuchungen mussten die Einwohner\*innen von Papua-Neuguinea bisher ins Ausland reisen.

Zur Eröffnung der Abteilung durch Prinzessin Anne waren u.a. Gesundheitsminister Jelta Wong, der Geschäftsführer von Kumul Petroleum, Wapu Sonk, sowie Dr. Paki Molumi, der ärztliche Direktor des Krankenhauses, gekommen. (*Pressemittteilung Kumul Petroleum* 18.04.22)

### Abgeordneter des Mordes angeklagt

Der Abgeordnete für den Bezirk Moresby North West, Lohia Boe Samuel, wurde Mitte März verhaftet, des Mordes angeklagt und in einer Zelle der Polizeistation in Boroko eingesperrt; eine Kaution wurde abgelehnt.

Samuel wird bezichtigt, bei einem abendlichen Restaurantbesuch im *„Fushion 2“* in der Hauptstadt Port Moresby am 11. März den siebenfachen Vater Robert Jerry mit einer Schusswaffe getötet zu haben. Der Abgeordnete befand sich in Begleitung eines seiner Mitarbeiter und des 38-jährigen Verstorbenen.

Der stellvertretende Polizeikommissar Anthony Wagambie Junior, Kommandant der Polizeidienststelle des *National Capital District*, erklärte, Ermittlungen hätten ergeben, dass die tödlichen Kugeln aus der Waffe des Abgeordneten stammten. Die Waffe sei ordnungsgemäß auf Samuel zugelassen, hieß es weiter seitens der Polizei. Nun müsse man überprüfen, ob der Abgeordnete tatsächlich geschossen habe. Er verstehe die Unruhe unter den Einwohner\*innen von Samuels Wahlbezirk, aber auch ein Parlamentarier unterliege Recht und Gesetz, so der Polizeikommandant.

Das Opfer hinterlässt seine Ehefrau und sieben Kinder, das jüngste Kind ist erst sieben Monate alt.

(*Loop PNG* 17.03.22, *The Guardian* 18.03.22, *Marshall Islands Journal* 25.03.22)

### Stellvertretender Premier stirbt bei Autounfall

Am Mittwoch, 11. Mai, starb der stellvertretende Premierminister Sam Basil an den Folgen eines Frontalzusammenstoßes auf dem Highway zwischen Bulolo und Lae. Bei dem Unfall im Distrikt Bulolo (Morobe Province) wurden vier weitere Insassen beider PKWs schwer verletzt, darunter der Presse- und Öffentlichkeitsreferent der Partei *United Labour Party*, ein Parteimitglied sowie zwei Perso-

nenschützer von Sam Basil, der auch Minister für Verkehr und Infrastruktur sowie seit 2019 Parteivorsitzender der von ihm mitgegründeten „United Labour Party“ war.

Trotz einer sofortigen Einlieferung in das Krankenhaus von Bulolo und eines zügig beantragten Evakuierungsfluges über MediVac ins General Hospital von Port Moresby, verstarb der Minister noch in der Nacht im Krankenhaus von Bulolo an seinen schweren inneren Verletzungen.

Einer der beiden Personenschützer erlag später ebenfalls im Krankenhaus seinen Verletzungen.

Basil war auf dem Weg in seinen Heimatwahlbezirk, wo am 12. Mai die Wahllisten für die Kandidaten-Nominierungen für die im August bevorstehenden Parlamentswahlen geöffnet werden sollten.

Premierminister James Marape äußerte sich geschockt und traurig ob des Todes seines Stellvertreters und erklärte, es werde ein Staatsbegräbnis für Basil geben.

Kondolenzbotschaften an Basils Familie trafen auch von Vertreter\*innen der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) ein. Sam Basil hatte seit seiner Wahl im Jahr 2007 als Gast auf jeder Synode der ELC-PNG teilgenommen.

In seinem Kirchenwahlkreis, dem ELC Mumeng District, hatte Basil besonders die Frauenarbeit gefördert. So hatte er vielen Frauen u.a. ermöglicht, an Frauenausbildungskursen in der Lutherischen Indonesischen Kirche von Westpapua (GKI) in Jayapura teilzunehmen.

*Info:* Sam Basil wurde am 16. November 1969 geboren. Er saß seit 2007 für den Distrikt Bulolo im Parlament von Papua-Neuguinea. Vor seiner Polit-Karriere war der in einer lutherischen Schule erzogene Basil ein erfolgreicher Geschäftsmann im Fischereisektor.

Mit Blick auf die Parlamentswahlen im August 2022 hatte Basil nach Angaben eines australischen Politikwissenschaftlers geplant, für den

Posten des Premierministers zu kandidieren. (*diverse Facebook-Posts, The Guardian, Post-Courier online 11.05.22, <https://www.mz.co.nz/international/pacific-news/466990/sam-basil-a-rising-star-in-png-will-be-sadly-missed-political-scientist> 12.05.22*)

## Neuer Vize-Premier ernannt

Nach dem tragischen Unfalltod des stellvertretenden Premierministers Sam Basil am 12. Mai hat Premierminister James Marape den Parlamentarier John Rosso zum neuen stellvertretenden Premier ernannt. Rosso ist Abgeordneter für den Wahlkreis Lae City sowie seit 2019 Minister für Land- und Raumordnung. Er wurde 2017 als unabhängiger Kandidat erstmals in das Parlament von Papua-Neuguinea gewählt. Später trat er der Partei *Papua and Niugini Union Pati* (PANGU) bei. Neben seiner politischen Tätigkeit ist Rosso Geschäftsmann und Inhaber der beiden Firmen *FTM Construction* und *ESS Security Services* in Lae. (*<http://www.parliament.gov.pg/index.php/tenth-parliament/bio/view/lae-district>, PNG Business News 24.05.22*)

## EU unterstützt Forst-Reform

Laut Botschafter Jernej Videtic, dem Delegationsleiter der Europäischen Union (EU) für Papua-Neuguinea, ist die EU bereit, Papua-Neuguinea mit Hunderten von Millionen Kina bei der Umsetzung forstwirtschaftlicher Reformen zu unterstützen.

Videtic, der auf dem Workshop der neuguineischen Forstbehörde zur Feier des Internationalen Tages des Waldes 2022 sprach, sagte, PNG sei stark vom Klimawandel bedroht. *„Forstwirtschaft, Klimawandel und biologische Vielfalt sind untrennbar miteinander verbunden, besonders für PNG“*, erklärte er.

Die EU werde verschiedene Bereiche unterstützen, u.a. das Umweltdatenmanagement für den Kohlenstoffhandel, das Wissensmanagement, grüne Arbeitsplätze und das Wachstum in der Landwirtschaft.

*„Wir sind uns bewusst, dass Ihr*

*Wald nicht nur PNG dient, sondern auch Europa und der ganzen Welt“*, sagte der Botschafter bei dem Workshop. Papua-Neuguinea verfügt über einen der größten Primärwälder der Erde.

*„Wir sind bereit, erhebliche Mittel für Programme in den Bereichen Forstwirtschaft, Klimawandel und biologische Vielfalt bereitzustellen - drei Elemente, die nicht voneinander getrennt werden können“*, fügte Videtic hinzu.

Solan Mirisim, der neuguineische Minister für Forstwirtschaft, erklärte, dass es von entscheidender Bedeutung sei, das Holz aus den (Regen-)Wäldern Neuguineas auf umweltverträgliche Weise zu entnehmen.

*„1,6 Milliarden Menschen sind für ihren Lebensunterhalt auf den Wald angewiesen und PNG ist da keine Ausnahme“*, meinte der Agrarminister.

Der Geschäftsführer der neuguineischen Forstbehörde *Forest Authority* (PNGFA), John Mosoro, erklärte, die Behörde führe auch strukturelle Änderungen durch, darunter die viel diskutierte Entwicklungsabgabe für den Holzexport, um zu gewährleisten, dass die Einnahmen in die Waldregionen fließen. (*The National 22.03.22*)

## BOUGAINVILLE

### Bürgerbeteiligung für Verfassungsgebung

Auf Wunsch der Regierung sollen die Bürger\*innen von Bougainville über die Rolle der *Bougainville Constitutional Planning Commission* (BCPC), die Notwendigkeit einer souveränen Verfassung und die Verantwortung der Bürger\*innen im Prozess der Verfassungsgebung informiert werden.

Die Aufgabe der BCPC ist es, die Öffentlichkeit zu informieren und ihre Meinung einzuholen, um eine neue Verfassung für einen unabhängigen Staat Bougainville auszuarbeiten.

Die Kommission hat die Aufgabe, mit der Bevölkerung zu diskutieren, Fragen zu stellen und ihre Meinung über die Art der gewünschten Verfassung einzuholen; sicherzustellen, dass die Verfassung von den Bürgern selbst erarbeitet wird; öffentliche Anhörungen zu veranstalten und schriftliche Eingaben der Bevölkerung entgegenzunehmen; einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten und diesen bis zum ersten Quartal 2025 fertigzustellen.

Dieses „awareness raising“ ist die erste Phase der öffentlichen Konsultationen.

Nach der Sensibilisierung wird die Kommission voraussichtlich noch in diesem Monat mit den Konsultationen beginnen und fünf Methoden zur Durchführung dieser öffentlichen Konsultationen anwenden:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit
- Öffentliche Versammlungen und Dialog
- Durchführung eines Stakeholder-Workshops für den ersten Verfassungsentwurf
- Durchführung einer öffentlichen Anhörung
- Entgegennahme schriftlicher Stellungnahmen von Gruppen und Einzelpersonen.

Um die Meinung der Öffentlichkeit zur Ausarbeitung der neuen Verfassung zu erfahren, hat das Ministerium für Justiz und Rechtsangelegenheiten einige Leitfragen vorgeschlagen, die Teilen der Bevölkerung vorgelegt werden sollen.

- Was ist Ihre Vision von einem unabhängigen Bougainville?
- Was wünschen Sie sich von einer autochthonen Verfassung?
- Welches sind die wichtigsten Merkmale einer demokratischen Regierung, die für ein unabhängiges Bougainville geeignet ist?
- Welche Art von Regierung wird den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung eines unabhängigen Bougainville am besten gerecht?

Der Zeitplan sieht vor, dass die Kommission noch im Jahr 2022 einen ersten Verfassungsentwurf ausarbeitet, den ersten Entwurf genehmigt und einen Workshop zum ersten Entwurf durchführt.

Bis 2023 soll die Kommission den zweiten Entwurf ausarbeiten, prüfen und genehmigen, eine zweite Bürgerbefragung durchführen und einen dritten Entwurf ausarbeiten.

Im Jahr 2024 wird ein endgültiger Entwurf ausgearbeitet, der von dem nationalen Parlament geprüft wird, bevor die Verfassungsgebende Versammlung von Bougainville die neue Verfassung annimmt und sich Bougainville im Jahr 2025 zu einer unabhängigen, souveränen Nation erklärt.

Alle Bürger\*innen wurden aufgefordert, sich an den in den lokalen Radiosendern genannten Orten und zu den dort angegebenen Zeiten einzufinden, um weitere Informationen zu erhalten und sich sinnvoll an dem Prozess der Verfassungsgebung zu beteiligen. (Loop PNG 22.05.22, Pressemitteilung der BCPC Mai 2022)

### Beteiligung an Kreativitäts- und Innovationstag

Erstmals hat sich Bougainville am „World Creativity and Innovation Day“ am 21. April beteiligt. Der Tag wurde erstmals 2018 von den Vereinten Nationen ausgerufen und wird seitdem jährlich am 21. April gefeiert. Er dient dazu, die Bevölkerung bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen miteinzubeziehen. Die Menschen sollen sich mit kreativen Ideen und Vorschlägen an der konkreten Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele (*sustainable development goals*) in ihrer Gesellschaft engagieren und Lösungen anbieten, wie die Ziele besser erreicht werden können. Dazu sollen vor allem lokale Netzwerke, Organisationen und Firmen mit eingebunden werden.

Der Tag wurde in Buka begangen. Zahlreiche Geschäftsleute, Nichtregierungsorganisationen, politische Einrichtungen und Privatleute

beteiligten sich an Workshops, Diskussionsforen und Think-Tanks.

Im Rahmen des Innovationstages stellte Dr. Ahmed Awil vom Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen für Papua-Neuguinea, auch die geplanten „innovation hubs“ in den Städten Buka, Arawa und Buin vor. In diesen Zentren sollen fortan kreative Lösungen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele entwickelt und umgesetzt werden. Die Zentren sollen jungen Menschen Starthilfe geben bei der Gründung von Firmen und Institutionen, die zur Entwicklung und zum Wachstum von Bougainville beitragen können. Die drei Zentren werden von der japanischen Regierung finanziert. (Loop PNG 25.05.22)

## SALOMONEN

### Sicherheitsabkommen mit China?

Die Regierung Chinas hat am 19. April erklärt, sie habe einen Sicherheitspakt mit den Salomonen unterzeichnet, was die Besorgnis der Vereinigten Staaten von Amerika und der Verbündeten Australien und Neuseeland über den wachsenden chinesischen Einfluss in Ozeanien verstärken könnte.

Offizielle Vertreter der Salomonen haben jedoch angedeutet, dass noch kein Abkommen unterzeichnet worden sei.

Douglas Ete, der Vorsitzende des parlamentarischen Prüfungsausschusses der Salomonen, sagte seinen Kollegen, dass chinesische Beamte Mitte Mai eintreffen würden, um Kooperationsverträge zu unterzeichnen. Der salomonische Premierminister Manasseh Sogavare teilte dem Parlament mit, dass das vorgeschlagene Sicherheitsabkommen keine chinesische Militärbasis vorsehen würde.

Ete sagte, die Abkommen würden die Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, Bildung und Fischerei verstärken, er sei jedoch gegen

die Idee, China die Errichtung einer Militärbasis auf den Salomonen zu gestatten.

In Washington zeigte sich das Weiße Haus besorgt über die „mangelnde Transparenz und die nicht näher spezifizierte Natur“ des Abkommens.

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Wang Wenbin, sagte, das Rahmenabkommen sei kürzlich von Staatsrat Wang Yi und dem Außenminister der Salomonen, Jeremiah Manele, unterzeichnet worden. Er gab nicht an, wo oder wann die Unterzeichnung stattfand. Wang erklärte weiter, die Zusammenarbeit werde transparent sein und sich nicht gegen Dritte richten.

*„Das Ziel der chinesischesalomonischen Sicherheitskooperation ist die Förderung der sozialen Stabilität und des langfristigen Friedens und der Sicherheit auf den Salomonen, was den gemeinsamen Interessen der Salomonen und der südpazifischen Region entspricht“,* sagte er bei einem Briefing.

*„Die Sicherheitszusammenarbeit zwischen China und den Salomonen ist öffentlich, transparent, offen und inklusiv, richtet sich nicht an Dritte und läuft parallel und ergänzend zu den bestehenden bilateralen und multilateralen Mechanismen der Sicherheitszusammenarbeit auf den Salomonen“,* so Wang weiter.

Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats (NSC) des Weißen Hauses erklärte, die Unterzeichnung des Abkommens folge dem Muster, dass China undurchsichtige, vage Abkommen mit wenig regionalen Konsultationen in den Bereichen Fischerei, Ressourcenmanagement, Entwicklungshilfe und jetzt auch Sicherheitspraktiken anbiete.

Später erklärte der NSC, die Vereinigten Staaten würden *„ihr Engagement in der Region verstärken, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen, von der maritimen Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung bis hin zur Klimakrise und COVID-19“*.

Die australische Außenministerin Marise Payne erklärte, Australien sei *„zutiefst enttäuscht“* und werde sich weiterhin um die Einzelheiten des Abkommens bemühen, wobei sie darauf hinwies, dass die Unterzeichnung von China angekündigt worden sei.

Sie äußerte sich auch besorgt über den Mangel an Transparenz und sagte, der Pakt habe das *„Potenzial, die Stabilität in unserer Region zu untergraben“*.

Canberra ist besorgt, dass der Pakt ein Schritt in Richtung einer chinesischen Militärpräsenz weniger als 2.000 km von Australiens Küsten entfernt sein könnte.

*(Reuters 19.04.22, ABC News 19.04.22)*

### Erste Premierministerin

Am 22. März ist Frau Rhoda Sikilabu als erste Frau zur Premierministerin der Salomonen gewählt worden. Außerdem wurde sie zur Ministerpräsidentin für die Provinz Isabel gewählt.

Sikilabu war zuvor zehn Jahre lang *„Minister for Community Affairs“* in ihrer Heimatprovinz Isabel. Bei einer Rede zum Internationalen Frauentag vor einigen Jahren hatte Sikilabu gesagt, sie wolle sich auf lokaler Ebene engagieren, die „große“ Politik sei nichts für sie.

Nun äußerte sie sich enthusiastisch über ihre Wahl in das Amt der Premierministerin. Dies sei der wichtigste Tag in ihrem Politikerinnenleben. Sie habe jahrelang in der Lokalpolitik für die Gleichstellung von Frauen gekämpft und habe ihre männlichen Kollegen davon überzeugen wollen, dass Frauen genauso gute Führungspersönlichkeiten seien wie Männer. Mit ihrer Wahl sei ihr dies nun gelungen, sagte Sikilabu. Sie wolle damit auch jungen Mädchen ein Vorbild sein. Mädchen sollten sich nicht davon abhalten lassen, eine Karriere in der Politik anzustreben, wenn sie das wirklich wollten, erklärte die frisch ernannte Premierministerin. *(Facebook 22.03.22, Solomon Star News 24.03.22, ABC News 29.03.22)*

### Quarantäne trotz Grenzöffnung

Mehr als zwei Jahre nach der Schließung der Grenzen werden die Salomonen ab dem 1. Juli wieder vollständig für internationale Besucher geöffnet, während die Beschränkungen für Inlandsreisen bereits zum 1. Juni gelockert wurden.

Für alle internationalen Einreisen waren bisher Ausnahmen erforderlich. Ab Juli wird die Quarantänezeit nach der Ankunft für alle internationalen Reisenden sechs Tage betragen, wie die Regierung bestätigte.

Einreisende müssen geimpft sein und innerhalb von 72 Stunden nach ihrer Ankunft einen negativen PCR-Test sowie innerhalb von 12 Stunden einen negativen Antigen-schnelltest vorweisen.

*„Nach der vollständigen Wiedereröffnung unserer Grenzen am 1. Juli könnten wir eine kürzere Quarantänezeit von drei Tagen anpeilen“,* sagte Premierminister Manasseh Sogavare.

Die Regierung fördert auch die Heimquarantäne und wird die institutionellen Quarantänezentren auf zurückkehrende Staatsangehörige beschränken, die keine Heimquarantäne erhalten können. Ausländische Staatsangehörige, die keine Möglichkeit zur Heimquarantäne haben, müssen für ihren Quarantäneaufenthalt im Hotel selbst aufkommen.

Wie andere Reiseveranstalter hat auch *Solomon Airlines* mit den Vorbereitungen für ein erhöhtes Verkehrsaufkommen begonnen und rechnet mit einer allmählichen Erholung der angeschlagenen Branche.

Zu den lokalen Beschränkungen, die ab 1. Juni gelockert wurden, gehören der inländische Schiffs- und Reiseverkehr, internationale Frachtschiffe und große gesellschaftliche Veranstaltungen wie Kirchen, Hochzeiten, Sportveranstaltungen und das Öffnen von Nachtclubs.

*„Zunächst haben wir unseren Inlandsflugplan mit Wirkung vom 6. Juni angepasst, um uns auf die ankommenden Verbindungen von*

*Brisbane nach Honiara am Freitag vorzubereiten und die Kapazität auf Inlandsstrecken wie Munda, Gizo, Auki und Santa Cruz zu erhöhen, wo wir bereits eine steigende Buchungsnachfrage verzeichnen", sagte der Geschäftsführer von Solomon Airlines, Brett Gebers.*

*„Regelmäßige kommerzielle Reisen nach Vanuatu und Kiribati sind aufgrund der Grenzbeschränkungen dieser Länder noch nicht möglich, aber wir freuen uns darauf, die Flüge zwischen Honiara, Port Vila und Tarawa zu gegebener Zeit wieder aufzunehmen", fügte Gebers hinzu.*

*Info: Die Grenzen wurden erstmals im April 2020 für den internationalen Reiseverkehr geschlossen, als die Salomonen den Notstand ausriefen, um der Bedrohung durch globale Infektionen zu begegnen. Obwohl die Fälle bis Anfang dieses Jahres minimal waren, hat die Flaute bei den internationalen Ankünften seit April 2020 letztlich den Tourismus gekostet, da schätzungsweise 60 bis 70 Prozent der Tourismusbetriebe ihren Betrieb eingestellt haben.*

*Die ersten Covid-19-Übertragungen in den Dörfern wurden im Januar 2022 gemeldet. Die Regierung hat danach ihren Fokus auf die Bewältigung von Infektionen mit Covid-sicheren Protokollen und einer erhöhten Impfquote als Teil der „neuen Normalität“ neu ausgerichtet. (The Pacific Advocate 01.06.22)*

## FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes e.V., Berlin.]

### **Wahlkampf: Baimimarama und Rabuka gehen als Favoriten in die Wahl**

In Fidschi spitzt sich der Wahlkampf im Vorfeld der anstehenden Parlamentswahlen zu, bei denen auch ein neuer Premierminister für den politisch einflussreichen Inselstaat im Zentrum der Pazifik-Region bestimmt wird. Es zeichnet sich zunehmend ab, dass der am-

tierende Premierminister Voreqe Bainimarama von der *Fiji First*-Partei seine Mehrheit verlieren könnte. Sein größter Widersacher ist Sitiveni Rabuka, der in den letzten Jahren der oppositionellen SOLDEPA-Partei vorgestanden hatte, im vergangenen Jahr nach einer Spaltung der Partei aber eine eigene neue Partei gegründet hatte (siehe frühere Berichterstattung), die mittlerweile unter dem Namen *The People's Alliance* firmiert. Ein Wahltermin steht (zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses) allerdings noch gar nicht fest. Laut Vorgaben der Verfassung könnte die Wahl jedoch jederzeit – mit einem Monat Vorlauf in der Ankündigung – bis Ende Januar 2023 stattfinden.

Bainimarama steht seit 16 Jahren an der Spitze des Landes. Er hatte sich im Jahr 2006 zunächst als damaliger Militärführer zum Übergangspräsidenten erklärt und war 2014 und 2018 zum Premierminister gewählt worden – 2014 erlangte seine Partei gar eine überwältigende 2/3-Mehrheit im Parlament, 2018 immerhin noch eine knappe absolute Mehrheit der Sitze. Die Wahlen waren aufgrund von Einschränkungen der Pressefreiheit und juristischem Vorgehen gegen politische Widersacher im Vorfeld jeweils kritisiert worden. In den letzten Jahren hatte Bainimaramas politische Macht jedoch zunehmend nachgelassen, er trat immer seltener selbst öffentlich auf. Zuletzt gab es nach einer Herz-OP in Australien Anfang dieses Jahres auch Spekulationen um seinen Gesundheitszustand (siehe Berichterstattung in der letzten Ausgabe).

Sein Herausforderer Rabuka blickt auf eine noch deutlich längere Geschichte in der fidschianischen Politik zurück als Bainimarama und – ebenso wie der jetzige Premierminister – auch im Militär. Bereits 1987 führte er zwei Militärputsche gegen die gewählte Regierung durch, in denen er die Regierung absetzte, Fidschi zur Republik erklärte, aus dem britischen Commonwealth führte und sich schließlich selbst als Premierminister einsetzte. Auch Rabuka regierte anschließend von 1992 bis 1999 als

gewählter Premierminister. Anders als Bainimarama, der sich vor allem zu Beginn seiner Regentschaft zumindest offiziell die Überwindung ethnischer und gesellschaftlicher Spaltungen in Fidschi auf die Agenda gesetzt hatte, hat Rabuka in den 1980er- und 1990er-Jahren eine dezidierte Politik zur Aufrechterhaltung der politischen Macht der indigenen Bevölkerung und der Diskriminierung der indisch-stämmigen Bevölkerung Fidschis verfolgt. Später gab er sich allerdings geläutert.

Anders als in vielen anderen pazifischen Inselstaaten gibt es für Fidschi sogar Meinungsumfragen vor den Wahlen. Diese sind jedoch nicht nur aufgrund von Einschränkungen in der Pressefreiheit, sondern insbesondere auch wegen der Datenlage und ihrer Genauigkeit mit Vorsicht zu genießen. Die letzten Umfragen sahen Rabuka und seine Partei mit zwischen 30 – 40 Prozent der Stimmen vorne, während Bainimaramas *FijiFirst* nur noch auf 20 – 30 Prozent der Stimmen kommen würde. Der Ausgang könnte also sowohl sehr deutlich als auch sehr knapp ausfallen. Sehr wahrscheinlich wären beide Lager aber auf die Unterstützung durch Koalitionspartner angewiesen. Je nach Abschneiden könnte Rabukas ehemaliger Partei SODELPA hier eine wichtige Rolle zukommen. Außerdem hat Rabuka bereits ein Abkommen zur Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden der zweiten derzeit im fidschianischen Parlament vertretenen Oppositionspartei *National Federation Party*, Biman Prasad, geschlossen. Daneben können sich eine Reihe weiterer Parteien Hoffnung auf den Einzug ins Parlament machen. Dazu zählt etwa die Partei *Unity Fiji*, für die auch ein bisheriger *FijiFirst*-Abgeordneter und ein früherer Minister antritt. Ihr Vorsitzender Savenaca Narube glaubt, dass auch kleinere Parteien wie seine die vermeintlichen Favoriten mit einem überraschend guten Abschneiden überraschen könnten. *Unity Fiji* wirbt unter anderem mit einem vergleichsweise hohen Frauenanteil von 30 Prozent unter seinen Kandidierenden sowie mit einem vergleichsweise hohen An-

teil von knapp 15 Prozent jüngerer Kandidat\*innen unter 40 Jahren um Stimmen der jüngeren und liberaleren städtischen Bevölkerung. Beide Zahlen machen deutlich, wie stark die Politik in Fidschi weiterhin von älteren Männern dominiert wird.

Die Wahl könnte das politische Bild von Fidschi und auch die Zusammenarbeit in der Region grundlegend verändern. Zum einen deshalb, weil Machtübergaben in Fidschi in der Vergangenheit häufig nicht demokratisch abgelaufen sind, sondern unter anderem von (meist unblutigen) Militärputschs oder Gewaltausbrüchen begleitet worden sind. Zwar hat Bainimarama den politischen Einfluss der Militärs zur eigenen Sicherung seiner Machtposition in den letzten Jahren reduziert, auch diesmal könnte es aber zu Machtkämpfen oder einem wochenlangen Streit um das Wahlergebnis wie nach den Wahlen im vergangenen Jahr in Samoa kommen. Selbst eine Absage der Wahl kann nicht völlig ausgeschlossen werden. Das wiederum könnte auch Australien, Neuseeland und die USA in eine Bredouille bringen, da sie auf eine Zusammenarbeit mit Fidschi zur Verhinderung der weiteren Zunahme chinesischen Einflusses in der Region angewiesen sind – und deshalb, ebenso wie aufgrund der ungunstigen Erfahrungen mit der Suspendierung Fidschis aus dem *Pacific Islands Forum* nach dem Putsch im Jahr 2006, nur schwer zu harten Sanktionen gegen Fidschi greifen können. Zum anderen würde auch ein in seiner Politik womöglich gemäßigerer als früher auftretender neuer Regierungschef Rabuka vermutlich für eine Wiedereinführung bedeutender indigener Institutionen wie dem *Great Council of Chiefs* stehen, was wiederum auch die Notwendigkeit einer Verfassungsreform mit sich bringen würde.

Schon jetzt ist allerdings auffällig, dass fidschianische Medien viel stärker auch über den Wahlkampf Rabukas berichten als in der Vergangenheit über den anderen Herausforderer Bainimaramas. Jahrelang hat sich die Berichterstattung

über die Opposition weitgehend auf interne Streitigkeiten bei SODELPA konzentriert. Die Veröffentlichung von Meinungsumfragen, die gegen einen Sieg von Bainimarama sprechen, wäre bei den vorherigen Wahlen kaum denkbar gewesen. Dies zeigt die bereits seit einigen Jahren erodierende Macht und den schwindenden Rückhalt der Regierung. Gleichzeitig gibt es jedoch auch diesmal wieder Versuche der Einschüchterung. So laufen etwa mehrere Klagen gegen oppositionelle Abgeordnete, um sie an einer erneuten Kandidatur zu hindern. (ABC 17.06.22, Radio New Zealand International 08.06.22, 28.04.22, 27.04.22, tägliche Berichterstattung in der Fiji Times und FijiSun, Wikipedia, frühere Berichterstattung in der pa)

### Fidschi öffnet Grenzen für Kreuzfahrtschiffe

Nach einer zweijährigen Sperre für Kreuzfahrtschiffe aufgrund der Covid-19-Pandemie öffnet Fidschi Mitte Juni seine Grenzen wieder für Kreuzfahrttourist\*innen. Dies gab das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Handel, Tourismus und Verkehr bekannt. Vor der Pandemie haben Kreuzfahrten dem Land jährlich etwa 44,2 Mio. Fidschi-Dollar (ca. 19,4 Mio. Euro) eingebracht. Mit der Rückkehr der Kreuzfahrtschiffe nach Fidschi fällt auch eine der letzten grundlegenden Beschränkungen der wichtigen Tourismusbranche, die in Folge der Pandemie ergriffen worden sind. Andere Maßnahmen sind bereits seit einigen Monaten und auch vorübergehend während der Pandemie immer mal wieder zurückgefahren worden. So können Menschen aus den meisten Ländern schon seit Anfang des Jahres (siehe Berichterstattung in früheren Ausgaben) wieder ohne Quarantäne und PCR-Test in Fidschi einreisen. Teilweise hatten die im Vergleich zu einigen pazifischen Nachbarländern in Fidschi zumeist weniger starken Maßnahmen für den Tourismussektor auch Kritik erhalten.

Auch für Kreuzfahrtgäste bleiben nun aber einige Bestimmungen bestehen. So müssen sie vollstän-

dig mit einem in Fidschi anerkannten Covid-19-Impfstoff geimpft sein und sich vor der Einreise einem Schnelltest unterziehen. (Fiji Times 17.06.22)

### US-Agenten setzen nach diplomatischem Tauziehen russische Superyacht fest

Mehrere Monate lang hat sich in Fidschi ein regelrechter juristischer Krimi um eine im Hafen von Lautoka festgesetzte Superyacht abgespielt, die einem russischen Oligarchen gehören soll, der von den wegen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verhängten Sanktionen betroffen ist. Nachdem ein Team von US-Agenten mehrere Wochen in Fidschi auf die Erlaubnis zur Beschlagnahmung des Schiffes gewartet hatte und mehrere Anträge vor fidschianischen Gerichten behandelt worden sind, ist die Yacht schließlich Mitte Juni mit Erlaubnis der fidschianischen Regierung und Gerichte von den USA in Gewahrsam genommen und nach Hawai'i verlegt worden.

Die 106 Meter lange und etwa 235 Mio. US-Dollar (ca. 225 Mio. Euro) teure Yacht mit dem Namen „Amadea“ soll laut FBI-Ermittlungen dem Putin-Vertrauten Suleiman Kerimov gehören. Demnach habe dieser das Boot im vergangenen Jahr – also vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs – bereits über verschiedene Mittelsmänner und Briefkastenfirmen erworben, um die Besitzverhältnisse zu verschleiern. Seit April liegt das Schiff im Hafen von Lautoka und durfte wegen eines Antrags der USA zur Beschlagnahmung nicht wieder auslaufen. Vor Gericht versuchten Anwälte im Auftrag eines weiteren russischen Mannes, der bisher noch nicht von Sanktionen betroffen ist, mehrfach nachzuweisen, dass die Superyacht eigentlich ihm gehöre. Bereits seit mehreren Wochen hielt sich ein Team von US-Agenten in Fidschi auf. Vereinzelt wurde darüber spekuliert, dass sie versuchen könnten, das Boot notfalls auch ohne Zustimmung der fidschianischen Gerichte aus fidschianischen Gewässern zu bringen.

Die Superyacht, die laut Medienberichten unter anderem einen Helikopter-Landeplatz, einen Swimming-Pool, ein handbemaltes Piano und ein Becken für lebende Hummer besitzt, wurde für Fidschi zunehmend zu einem Politikum. Viele Fidschianer hatten insbesondere auf den sozialen Medien zwar gefordert, dass die festgesetzte Yacht in Fidschi verbleiben sollte, um den Vermögenswert der Staatskasse zuzuführen. Tatsächlich verursachte das Schiff dem Staat aber massive Kosten. Laut der Regierung seien pro Woche Kosten in Höhe von etwa 1 Mio. Fidschi-Dollar (ca. 440.000 Euro) für Wartung und Betriebskosten angefallen. Einige Experten hatten auch darauf verwiesen, dass eine Veräußerung der Superyacht rechtlich schwierig werden und es lange dauern könnte, bis sich ein Käufer gefunden hätte. (*Associated Press 17.06.22, Radio New Zealand International 15.05.22, Social Media*)

### „Nicht Konflikte, sondern der Klimawandel sind Asiens größtes Sicherheitsrisiko“

Fidschis Verteidigungsminister Inia Seruiratu hat in einer vielbeachteten Rede beim sogenannten *Shangri-La Dialogue*, dem wichtigsten sicherheitspolitischen Treffen in Asien, klargestellt, dass aus Sicht der pazifischen Inselstaaten der Klimawandel und nicht die zunehmenden Konflikte auf der Welt das größte Sicherheitsrisiko für die Region darstellten. Deshalb dürfe die Bekämpfung des Klimawandels etwa durch den Krieg in der Ukraine oder den Machtkampf zwischen den USA und China nicht in den Hintergrund geraten. Seruiratu unterstrich, dass die pazifischen Inselstaaten zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Staaten gehörten und sagte, dass im Pazifik Maschinengewehre, Kampfflugzeuge, Fregatten oder aufmarschierende Bataillone nicht die zentrale Sorge der Menschen seien, sondern der Klimawandel die Menschen um ihre Zukunftsperspektive beraube. (*CNN 12.06.22*)

### Steigende Lebensmittelpreise gefährden Nahrungssicherheit ärmerer Familien

Die weltweite Inflation hat auch Fidschi fest im Griff. Vor allem die gestiegenen Lebensmittelpreise, insbesondere auf Getreideprodukte, setzen der Bevölkerung zu. Die *Fijian Competition and Consumer Commission* warnte bereits im März, dass aufgrund der damals schon um 21 Prozent angestiegenen Preise für Weizenprodukte die Ernährungssicherheit insbesondere ärmerer Familien gefährdet werden könnte. Die Direktorin der Kommission, Vani Catanasiga, fürchtet erhebliche Auswirkungen auf die Ernährung von Menschen in ganz Fidschi. Getreide habe sich in den letzten Jahrzehnten zu einem zentralen Bestandteil in der Ernährung der meisten Fidschianerinnen und Fidschianer entwickelt. Die Teuerung unterstreiche deshalb die Notwendigkeit, unabhängiger von Getreideimporten insbesondere aus Australien zu werden, und die Ausfälle durch lokale Nahrungsquellen, etwa Früchte oder Fisch, zu kompensieren.

Auch der fidschianische Landwirtschaftsminister Mahendra Reddy forderte die Bevölkerung dazu auf, teure Importprodukte durch günstigere einheimische Produkte zu ersetzen. Es sei nun notwendig, „Anpassungen“ in der Ernährungs- und Lebensweise vorzunehmen. Seine Formulierungen stießen jedoch auf scharfe Kritik vor allem von Nichtregierungsorganisationen, die dem Minister vorwerfen, die Nöte der Bevölkerung nicht nachvollziehen zu können. Es ist nicht das erste Mal, dass Reddy zu wenig Sensibilität im Umgang mit den Sorgen der Bevölkerungen vorgeworfen wird. Auch während der Covid-19-Pandemie kam es immer wieder zu massiven Nahrungsmittelengpässen in einigen Regionen des Landes, die nach Ausbrüchen teilweise militärisch von der Außenwelt abgeriegelt worden sind. Damals hatten vor allem Nichtregierungsorganisationen notleidende Familien unterstützt – waren dafür jedoch noch von der Regierung kritisiert worden, weil sie die Lage dramatischer darstel-

len würden, als sie tatsächlich sei.

Angesichts der steigenden Preise, fordert der frühere fidschianische Premierminister Mahendra Chaudhry die Regierung auf, ärmere Familien finanziell und mit Lebensmitteln zu unterstützen. Mittlerweile hat die Regierung zwar den Mindestlohn angehoben, diese Anhebung reicht aus Sicht von Experten aber nicht aus, um die noch zu erwartenden Preissteigerungen abzufedern. Außerdem verweisen sie darauf, dass zahlreiche Menschen in Fidschi gar keine feste Anstellung haben und deshalb auch nicht nach dem Mindestlohn bezahlt würden. (*Radio New Zealand International 12.03.22, 20.05.22, Fiji Village 15.05.22*)

## VANUATU

### Premier ruft Klimanotstand aus

Der vanuatische Premierminister Bob Loughman hat in der Parlamentssitzung vom 27. Mai den Klimanotstand ausgerufen. Dazu verabschiedeten die Parlamentarier\*innen einstimmig eine 17 Punkte umfassende Erklärung. Darin heißt es u.a. unter Punkt 2, dass der Klimawandel die Menschenrechte der heutigen und der zukünftigen Generation bedrohe.

Loughman sagte wörtlich: „*We are in danger now.*“ Er erklärte, sein Land müsse Länder, die für die Folgen des Klimawandels verantwortlich seien, in die Verantwortung nehmen und diese Länder zu klimaschonenden Maßnahmen auffordern. Er sagte weiter, der Pazifikraum könne nicht überleben, wenn reiche Unternehmen und Regierungen weiterhin ihre Profiteure über die Menschen und den Planeten stellten.

„*Die Klimakrise ist eine Menschenrechtskrise. Dies ist keine Krise, die ich oder mein Volk weiterhin akzeptieren werden; nicht bevor wir alles in unserer Macht Stehende getan haben, um sie zu stoppen. Wir, die kleinsten Nationen der Welt, haben Macht*“, erklärte der Premier.

*Info:* Vanuatu ist nach den Marshall-Inseln und Fidschi das dritte pazifische Land, das den Klimanotstand ausgerufen hat. (*Radio NZ Intern. 30.05.22, Marshall Islands Journal 03.06.22*)

## Präsident beendet Amtszeit

Zum 31. Juli endet die Amtszeit des derzeitigen Präsidenten Obed Moses Tallis (Jahrgang 1954). Er war seit dem 6. Juli 2017 im Amt. Tallis ist Pastor der *Presbyterian Church of Vanuatu*. Vor seinem Theologiestudium arbeitete er als Lehrer.

Der Präsident Vanuatus hat keine politische Entscheidungsbefugnis, sondern repräsentiert den Staat gegenüber anderen Staaten bei feierlichen Anlässen und Zeremonien.

Als potentieller Nachfolger hat sich bereits John Tarilama ins Spiel gebracht. Der Älteste und hochrangige Chief von der Insel Ambae erklärte in einem Schreiben an Premierminister Bob Loughman und an die Parlamentarier, nach der Amtszeit eines Geistlichen sei es nun Zeit, dass ein hochrangiger traditioneller Chief ins Präsidentenamt gewählt würde. (*Radio NZ Intern. 16.05.22, Wikipedia*)

## KANAKY (NEUKALEDONIEN)

### Klage abgewiesen

Ein französisches Gericht hat eine Klage abgewiesen, mit der das dritte Unabhängigkeitsreferendum in Neukaledonien für null und nichtig erklärt werden sollte.

Der Ältestenrat der Kanak hatte geltend gemacht, dass die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie eine erfolgreiche Volksabstimmung nicht zuließen.

Beim dritten und bisher letzten Referendum über die Unabhängigkeit oder den Verbleib bei Frankreich im Dezember 2021 hatten sich nur 56 % aller Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Von diesen wiederum hatten 96 % für den Verbleib

bei Frankreich gestimmt. Die Befürworter der Unabhängigkeit hatten die Kanak-Bevölkerung zu einem Wahlboykott aufgerufen, doch Frankreichs Regierung verweigerte die Verschiebung des dritten Referendums.

Das Pariser Gericht stellte jetzt fest, dass sich die epidemiologische Situation in Neukaledonien im Oktober und November 2021 verbessert hatte und dass zum Zeitpunkt des Referendums am 12. Dezember mehr als 77 Prozent der Bevölkerung geimpft waren. Die Pandemie-Situation sei zu diesem Zeitpunkt also recht „entspannt“ gewesen.

Das Gericht erklärte, dass weder die Verfassungsbestimmungen noch das Organisationsgesetz die Gültigkeit der Abstimmung von einer Mindestbeteiligung an der Wahl abhängig machen.

Das Gericht wurde von den Klägern darauf hingewiesen, dass sogar Rechtsmittel zur Verschiebung des Referendums eingelegt wurden, diese jedoch nicht zum Tragen kamen. 146 Einzelpersonen und drei Organisationen wollten die Wahl verschieben lassen. Ihre Eingabe begründeten sie u.a. mit dem Corona-Lockdown unmittelbar vor dem Referendum. Sie hätten keine Zeit für einen Wahlkampf gehabt und hätten die Bevölkerung nicht ausreichend informieren können, hieß es seitens der Klagen.

Die Kanak-Gemeinschaft hatte in ihrer Klage angegeben, dass 90 Prozent der Neukaledonier\*innen die Unabhängigkeit von Frankreich wollen, was auch auf der UN-Entkolonialisierungskonferenz deutlich gemacht wurde.

Unterdessen hört der französische Senat Mitte Juni Experten an, während seine Rechtskommission die Arbeit an einem neuen Statut für Neukaledonien vorbereitet.

Die Kommission unter dem Vorsitz von Francois-Noel Buffet hat ein Team zusammengestellt, das Ende Juni zu Gesprächen mit allen Beteiligten nach Neukaledonien reisen wird. Vorab sollen zur Frage des politischen Status von Neuka-

ledonien mehrere Expert\*innen angehört werden.

Das Team wird voraussichtlich eine Woche lang bleiben und seine Arbeit bis Ende Juli abschließen. Aus der Arbeit der Rechtskommission heraus sollen Empfehlungen entstehen, die zu einem für Juni 2023 geplanten vierten Referendum über ein neues politisches Statut für Neukaledonien innerhalb der französischen Republik führen könnten. (*Radio NZ Intern. 06.06.22, Pacific Advocate 07.06.22*)

## MIKRONESIEN

### Neue Fluggesellschaft

**Nördliche Marianen:** Das US-Verkehrsministerium hat Anfang Juni die Genehmigung zur Aufnahme des Flugbetriebs der neu gegründeten „*Marianas Southern Airways*“ zum 1. Juli 2022 erteilt. Das gab Fluglinien-Mitbegründer Keith Stewart bekannt.

Die Fluggesellschaft wird in den nächsten Wochen ihren ersten Flugplan bekannt geben, ihre Website einrichten und den Ticketverkauf eröffnen. In Betrieb gehen werden zunächst zwei Passagiermaschinen, die in Italien hergestellt wurden und jetzt überführt werden.

Zum Start wird die Fluggesellschaft über 90 wöchentliche Flüge nach Saipan, Tinian, Rota und Guam anbieten und durch das Interline-Abkommen von *Southern Airways* mit *United Airlines* die Möglichkeit bieten, eine nahtlose Buchung von Tinian, Rota oder Saipan zu jedem Ort im United-Netzwerk vorzunehmen.

*Info:* *Marianas Southern Airways* ist ein Joint Venture zwischen *MP Enterprises* auf Saipan und *Southern Airways Express*, einer der größten regionalen Fluggesellschaften Amerikas. Die Fluggesellschaft wird das neunsitzige Flugzeug Tecnam P2012 Traveler einsetzen, das als das modernste zweimotorige Kolbenflugzeug der Welt mit Turbolader bekannt ist. (*Marianas Variety 02.06.22*)

## Militärchef warnt vor China

**Guam:** Das US-Militär müsse sich darauf vorbereiten, entschlossen zu kämpfen, wenn China Amerika, seine Verbündeten oder Partner herausfordert, erklärte der neue Kommandeur des US-amerikanischen Luftwaffenstützpunkts *Andersen Air Force Base* auf Guam den Truppen kurz nach seinem Amtsantritt Anfang Juni.

Brigadegeneral Paul Birch hatte das Kommando über das 36. Geschwader der *Andersen Base* von Brigadegeneral Jeremy Sloane während einer Zeremonie in einem Hangar in Andersen, die auf Facebook live übertragen wurde, übernommen.

Birch, der 1996 seinen Abschluss an der Air Force Academy machte und 1998 einen Master-Abschluss am *Massachusetts Institute of Technology* erwarb, übernahm das Amt während der groß angelegten militärischen Übung „Valiant Shield“. An der alle zwei Jahre stattfindenden Übung vom 6. bis 17. Juni auf und in der Nähe von Guam waren zwei Flugzeugträger, 15 Überwasserschiffe, mehr als 200 Flugzeuge und schätzungsweise 13.000 Personen beteiligt. Die regelmäßigen Übungen sollen die Schlagkraft der Streitkräfte stärken. Die Übungen seien ein Zeichen der Entschlossenheit, den Verpflichtungen zum Schutz von Frieden und Menschenrechten im Pazifik nachzukommen, sollte sich China zu einer militärischen Operation entscheiden, erklärte der Brigadegeneral.

Das 36. Geschwader der amerikanischen Luftwaffe auf der *Andersen Air Force Base* sei der Schlüssel für die Sicherheit in der Region, sagte der Kommandeur der *11th Air Force*, Generalleutnant David Krumm, während der Amtseinstellung von Paul Birch vor den Truppen.

([https://www.stripes.com/branches/air\\_force/2022-06-10/air-force-commander-guam-china-6294350.html](https://www.stripes.com/branches/air_force/2022-06-10/air-force-commander-guam-china-6294350.html) 10.06.22,  
<https://www.navy.mil/Press-Office/News-Stories/Article/3053294/us-indo-pacific-forces-come-together-valiant-shield-22/>)

## † Pilar Cruz Lujan

**Guam:** Die ehemalige Senatorin Pilar Cruz Lujan (geboren am 12. Oktober 1930) ist Mitte Juni im Alter von 91 Jahren gestorben.

Lujan war Pädagogin, eine entschiedene Befürworterin der Einführung des Chamorro-Sprachunterrichts in den öffentlichen Schulen Guams, die erste Vorsitzende des ersten Bildungsausschusses von Guam und sechs Amtszeiten lang Senatorin in der Legislative von Guam.

„Wir werden ihren unermüdlichen Einsatz und den ihres verstorbenen Mannes, des ehemaligen Senators Frank Lujan, und ihrer Tochter, der verstorbenen Richterin Monessa Lujan, nie vergessen“, sagte Gouverneur Lou Leon Guerrero in einer Erklärung.

„Sen. Lujan war eine visionäre Führungspersönlichkeit, die die Notwendigkeit eines starken Justizsystems zum Schutz der Bevölkerung von Guam verstand“, sagte Lt. Gov. Josh Tenorio in einer vom Büro des Gouverneurs veröffentlichten Erklärung.

Während ihrer Amtszeit hatte sich Lujan für die Einrichtung des Obersten Gerichtshofs von Guam (*Guam Judicial Center*), die Rechte von Verbrechenopfern und andere grundlegende Gesetze zum Schutz von Kindern vor Missbrauch und Vernachlässigung eingesetzt. 2015 erhielt sie für ihr Engagement den *Hustisia Award* der Judikative. (*Pacific Daily News* 12.06.22, *PNCGUAM.com* 13.06.22)

## Verpflichtung zu erneuerbaren Energien

**Palau:** *Mana Pacific*, eine gemeinnützige Gesellschaft mit Sitz auf Maui (Hawai'i), die sich für die zügige Einführung erneuerbarer Energien in den pazifischen Ländern einsetzt, gab Anfang Juni Fortschritte bei der Verwirklichung ihrer Ziele bekannt.

Nach zahlreichen Treffen mit dem Präsidenten Palaus unterzeichnete

Präsident Surangel S. Whipps Jr. die transpazifische Vereinbarung „*Moana Pledge*“, die das Ziel verfolgt, bis 2032 in Palau 100 % erneuerbare Energien zu erzeugen.

Auf der Mittel April von der Republik Palau in Partnerschaft mit den USA veranstalteten „7. Our Ocean Conference“ kündigte Präsident Whipps die Verpflichtung Palaus an, nur noch erneuerbare Energien zu erzeugen, ohne dabei aber die Kosten für die Endverbraucher\*innen zu erhöhen.

Mit der Unterzeichnung des *Moana Pledge-Abkommens* ist Palau der erste mikronesische Inselstaat, der sich dem nicht-bindenden *Transpazifischen Pakt* anschließt. Dieser soll das Wachstum der erneuerbaren Energien in der gesamten Region durch gestraffte Projektentwicklungsprozesse und -prinzipien beschleunigen.

„Bei der *Moana-Zusage* geht es darum, Menschen, Ressourcen und Experten zusammenzubringen, um den besten Weg für einen nachhaltigen Weg zu finden, der letztendlich den Menschen zugutekommt, indem er die Energiekosten senkt und unseren Planeten schützt“, sagte John Miller, Mitbegründer und Präsident von *Mana Pacific Inc.* (*Maui now* 28.04.22, <https://www.manapacific.com/>)

## Einführung von Stablecoins geplant

**Palau:** Im Rahmen einer Partnerschaft mit dem in den USA ansässigen Kryptowährungsunternehmen *Ripple* prüft Palau Pläne zur Einführung der weltweit ersten staatlich unterstützten nationalen Stablecoins im Jahre 2022. [Anmerkung d. Red.: Stablecoins sind Kryptowährungen, deren Preis durch aktive oder automatische Preisbindungsmechanismen mit dem Ziel geringer Abweichungen in Bezug auf eine nationale Währung, einen Währungskorb oder andere Vermögenswerte gesteuert wird.]

Der palauische Präsident Surangel Whipps, Jr. hat die Einführung von Stablecoins als eine Möglichkeit angepriesen, das Leben der Bürger\*innen zu vereinfachen und die

Wirtschaft weg vom Tourismus zu diversifizieren, der vor der Pandemie etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachte.

Laut einem Bericht der *Graduate School of USA* schrumpfte das BIP Palaus im vergangenen Jahr um 8,7 Prozent und für 2021 wird ein weiterer Rückgang um 17,6 Prozent erwartet, was vor allem auf den Einbruch des Reiseverkehrs aufgrund der Corona-Pandemie zurückzuführen ist.

Die Asiatische Entwicklungsbank ADB gewährte dem Land im April 2022 ein Darlehen in Höhe von 25 Millionen Dollar, um es über Wasser zu halten.

Das in San Francisco ansässige Unternehmen *Ripple* hat zugesagt, mit Palau zusammenzuarbeiten, um „einen US-Dollar-gestützten Stablecoin“ zu entwickeln sowie Strategien für grenzüberschreitende Zahlungen auszuarbeiten.

(<https://www.aljazeera.com/economy/2021/12/6/palau-pop-18000-seeks-to-blaze-trail-with-official-crypto> 06.12.21)

## Neue Militärbasis?

**Palau:** Die Republik Palau ist einer von mehreren Staaten im Pazifik, die vom US-amerikanischen Pentagon als möglicher Standort für eine neue Militärbasis vorgesehen sind. Wie die „*Pacific Island Times*“ berichtet, soll eine dort geplante Radaranlage Luft- und Bodenziele aufspüren.

Das amerikanische Verteidigungsministerium plant den Bau eines 197 Millionen Dollar teuren taktischen Radarsystems auf Palau. Erste Sondierungsgespräche dazu gab es bereits im Dezember 2021, als Palau Schauplatz von US-amerikanischen Militärübungen war.

Konter-Admiral Benjamin Nicholson, der ranghöchste militärische Beamte des *U.S. Indo-Pacific Command* für Palau, war damals Gastgeber eines Treffens des Gemeinsamen Ausschusses der USA und Palaus (*Joint Committee Meeting*, JCM) in Koror, der ehemaligen Hauptstadt des Landes.

Nicholson hob die entscheidende Bedeutung der zweimal jährlich stattfindenden JCMs als wichtigen Teil des *Compact of Free Association* (COFA) hervor. Palau ist Mitglied in diesem internationalen Abkommen, das die Beziehungen zu den USA regelt.

Die finanziellen Fördermittel des Vertrags zwischen den USA und Palau laufen 2024 aus. Sollte Palau Regierung dem Bau einer amerikanischen Radar-Anlage zustimmen, würden hier wieder finanzielle Mittel aus den USA fließen. (*Pacific News Minute* 03.01.22)

## MARSHALL-INSELN

### Einrichtung und Vernetzung von Schutzgebieten

Die *Marshall Islands Marine Resource Authority* (MIMRA) hat Mitte März im *International Conference Center* das „*Protected Area Network*“ (PAN) gestartet. Die Vision des PAN-Programms sind nachhaltige und widerstandsfähige Marshall-Inseln, auf denen die natürlichen und kulturellen Ressourcen effektiv verwaltet und für künftige Generationen erhalten werden. Ziel ist es, ein Netzwerk von Schutzgebieten zu Land und zu Wasser auf den Inseln zu schaffen. Dabei geht es nicht nur darum, den Ozean und die Meerestiere zu schützen, sondern es sollen auch Haus- und Nutztiere sowie die natürliche Umwelt der Inselbewohner\*innen nachhaltig bewirtschaftet und vor Ausbeutung geschützt werden.

Die Vorläufer des neuen PAN-Projektes war im Jahr 2006 die sogenannte „*Micronesia Challenge*“ und später dann das Schutzprogramm „*Reimaanlok*“ (das ist ein nationaler Rahmen für die Planung und Einrichtung von gemeindebasierten Schutzgebieten).

Zur *Micronesia Challenge* hatten sich neben den Marshall-Inseln auch die Föderierten Staaten von Mikronesien, Palau, die Nördlichen Marianen und Guam zusammengetan. Die Staaten hatten damals vereinbart, 30 Prozent der Küsten

und küstennahen Gewässer sowie 20 Prozent der Landfläche unter besonderen Schutz zu stellen. Das aus der Challenge hervorgegangene Programm „*Reimaanlok*“ wurde vom *Coastal Management Advisory Council* unterstützt. Der Rat zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Küsten berät Gemeinden und Organisationen bei der Umsetzung von Umweltschutzkonzepten.

Das PAN-Programm soll noch einen Schritt weitergehen als die Vorläuferprogramme. Hier sollen spezielle Programme zum Schutz vor Bodenerosion, Wasserverschmutzung und Überfischung in Kooperation mit betroffenen Gemeinden entwickelt und umgesetzt werden. Die dann unter Schutz gestellten Gebiete sollen sich im Rahmen von PAN miteinander vernetzen, Erfahrungen austauschen und Wissen bündeln. Dabei sollen auch die Außeninseln berücksichtigt werden.

PAN unterhält ein Koordinierungsbüro bei der MIMRA.

*Info:* Ein Team aus internationalen Experten und lokalen Fachleuten für Ressourcenmanagement wählte und modifizierte einen ökoregionalen Planungsansatz, definierte Schlüsselkonzepte, wählte Erhaltungsmerkmale und -ziele aus, stellte biogeografische Informationen aus wissenschaftlichem und lokalem Wissen zusammen und führte eine Bewertung ökologischer Lücken auf nationaler Ebene durch. Frühere Entwicklungen von gemeinschaftsbasierten Fischerei- und Erhaltungsplänen wurden überprüft, und die daraus gewonnenen Erkenntnisse flossen in die Entwicklung eines gemeinschaftsbasierten Planungsprozesses für die Gestaltung und Einrichtung von Schutzgebieten auf einzelnen Atollen ein, der die Theorie des ökosystembasierten Managements, traditionelles Wissen und Management sowie die besonderen sozioökonomischen Bedürfnisse der Inselgemeinschaften berücksichtigt. Aus diesen Prozessen ging das *Protected Area Network* hervor. (*Marshall Islands Journal* 11.03.22, [https://www.researchgate.net/publication/50284100\\_Reimaanlok\\_A\\_National\\_Framework\\_for\\_Conservation\\_Area\\_Planning\\_in\\_the\\_Marshall\\_Islands](https://www.researchgate.net/publication/50284100_Reimaanlok_A_National_Framework_for_Conservation_Area_Planning_in_the_Marshall_Islands))

## Ministerium verabschiedet Jugendkonzept

Mitte März wurde im Hotel *Marshall Islands Resort* das neue Jugendarbeitskonzept der Marshall-Inseln für die Jahre 2021 bis 2025 vorgestellt. Eingeladen zu der Veranstaltung hatte das Kultusministerium (*Ministry of Cultural and Internal Affairs*, MOCIA) unter dem Thema „The future of the islands rests on youth“.

An der Veranstaltung nahmen Regierungsmitarbeitende, Diplomatinen, Religionsführer\*innen und Oberstufen-Schüler\*innen aus den weiterführenden Schulen teil. Auch Dr. Jennifer Butler vom *United Nations Population Fund* gehörte zu den Teilnehmenden.

Vorgestellt wurde das bereits im Jahr 2009 verabschiedete Konzept zur Förderung der Jugend und der Jugendarbeit auf den Marshall-Inseln. Dabei soll es darum gehen, Jugendliche in verschiedene Prozesse innerhalb der Regierung sowie in die Arbeit für und mit Vertreter\*innen von Nichtregierungsorganisationen mit einzubeziehen. Diese sogenannte „*National Youth Policy*“ wurde jetzt um mehrere Themenfelder erweitert, u.a. um Teenagerschwangerschaften, Klimawandel, Menschenrechte, Gesundheit, kulturelle und künstlerische Bildung und um Sport und Erholung. Im Rahmen des nationalen Plans zur Förderung der Jugend sollen zukünftig verstärkt Jugendliche in alle Prozesse mit integriert werden, die sie direkt betreffen. Wer heute Jugendliche und ihre Anliegen unterstütze, investiere in die Zukunft der Inseln, erklärte Kultusstaatssekretär Wallace Peter. (*Marshall Islands Journal* 11.03.22)

## Kabua auf Staatsbesuch in Taiwan

Der Präsident der Marshall-Inseln, David Kabua, hat mit einer Delegation vom 20. bis 25. März einen offiziellen fünftägigen Staatsbesuch in Taiwan bei Präsidentin Dr. Tsai Ing-wen gemacht. Begleitet wurde Kabua dabei von dem taiwanesischen Botschafter für die Marshall-

Inseln, Jeffrey SC Hsiao, und dessen Ehefrau Jasmine. Außerdem wurde Kabua von seiner Ehefrau Ginger, dem Außenminister Casten Nemra, weiteren Kabinettsmitgliedern und Verwaltungspersonal begleitet. Es handelte sich um den ersten Besuch Kabuas in Taiwan seit seinem Amtsantritt im Jahr 2020.

Kabua wurde mit militärischen Ehren auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast in der Hauptstadt Taipeh begrüßt. Ihm zu Ehren gab es 21 Salutschüsse, außerdem wurden die Nationalhymnen von Taiwan und den Marshall-Inseln von einer Blaskapelle des Militärs intoniert. Im Rahmen der feierlichen Zeremonie vor dem Präsidentenpalast wurde Kabua mit dem „*Order of Brilliant Jade with Gran Cordon*“ für seine Verdienste um die taiwanesisch-marshallische Freundschaft ausgezeichnet.

Die Präsidentin und der Präsident sprachen in ihren Reden von den gemeinsamen Werten Demokratie und Freiheit, die Taiwan und die Marshall-Inseln verbinden. Taiwan sei ein starker und wichtiger Freund und man sei stolz darauf, wie es beiden Staaten gelänge, die Menschenrechte zu schützen und die demokratischen Prinzipien hochzuhalten, so Kabua.

Präsidentin Ing-wen betonte in ihrer Ansprache, man werde sich partnerschaftlich für die nachhaltige Entwicklung beider Staaten engagieren. So plane man die Einrichtung eines „*Taiwan-Marshall Islands Adaptation and Contingency Fund for Climate Change*“.

Man wolle zusammenarbeiten, um neue regenerative Energien zu nutzen, ein gemeinsames Frühwarnsystem für Naturkatastrophen einzurichten und Projekte zur Anpassung an Klimawandelfolgen anzustoßen, erklärte die Präsidentin.

Zur Vorbereitung auf den Staatsbesuch hatte das Parlament der Marshall-Inseln (*Nitijela*) den einstimmigen Beschluss gefasst, einen Antrag an die Vereinten Nationen auf Mitgliedschaft Taiwans in den Vereinten Nationen zu stellen.

In den lokalen Zeitungen auf den Inseln erschienen ganzseitige farbige Anzeigen mit den Slogans „*Taiwan, Advocate of Freedom and Democracy*“ sowie „*Joint Efforts in defense of our Democracy and Freedom*“. (*Sonderseiten im Marshall Islands Journal* 25.03.22)

## Neue Botschafter

Junior Aini ist neuer residentieller Botschafter der Marshall-Inseln für Fidschi sowie nicht-residentieller Botschafter für Australien, Neuseeland und die weiteren pazifischen Inselstaaten. Das beschloss das Parlament (*Nitijela*) in seiner Sitzung vom 28. Januar 2022.

Aini war zuletzt Staatssekretär im Außen- und Handelsministerium (*Marshall Islands Ministry of Foreign Affairs and Trade*).

Bereits im November 2021 war Tregar Albon Ishoda, der ehemalige Botschafter der Marshall-Inseln für Fidschi, zum neuen Botschafter der Marshall-Inseln für Korea ernannt worden.

Vor seiner Tätigkeit als Botschafter der Marshall-Inseln auf den Fidschi-Inseln war Ishoda von 2014 bis 2019 stellvertretender Missionsschef in der Botschaft der Marshall-Inseln in Fidschi.

Von 2008 bis 2013 war Ishoda außerdem geschäftsführender Direktor der *Marshall Islands Conservation Society*. (*Fiji Sun* 26.11.21, *Marshall Islands Journal* 11.03.22)

## KIRIBATI

### Katastrophenfall ausgerufen

Mitte Juni hat die Regierung von Kiribati wegen der lang andauernden Dürre und Trockenheit den Katastrophenfall ausgerufen.

Gründe dafür sind der erhöhte Salzgehalt in den Wasserlinsen der niedrig gelegenen Atolle und die unterdurchschnittlichen Niederschläge in den letzten Monaten, die noch bis Ende dieses Jahres anhalten sollen.

Die Ausrufung des Katastrophenfalls ermöglicht es der Regierung,

die Bemühungen verschiedener öffentlicher Einrichtungen und internationaler Agenturen und Partner zu koordinieren, um den bereits betroffenen Menschen besser helfen zu können.

Das *Public Utilities Board* rät den Menschen, Wasser abzukochen oder Wasser in Flaschen zu verwenden.

Die internationale Hilfe ist bereits angelaufen. So stellte Nachbarstaat Australien 100 Solar-Destillationsanlagen für die Außengemeinden bereit, die salzhaltiges Brunnenwasser in sicheres Trinkwasser umwandeln sollen. (*Radio NZ Intern. 14.06.22*)

### Alle Seeleute zurück in der Heimat

Wie die Internationale Schifffahrtskammer (*International Chamber of Shipping*, ICS) Anfang Mai mitteilte, wurden in den letzten Monaten mehr als 600 i-Kiribati-Seeleute, die aufgrund der COVID-19-Pandemie in Übersee festsaßen, in ihre Heimat zurückgebracht.

Die letzten sechs Seeleute landeten am 9. Mai in Tarawa und mussten sich dort sofort in eine Quarantäneeinrichtung begeben. Sie markierten das Ende einer zweijährigen Rückführungsaktion, die von einer Koalition aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit mit der kiribatischen Regierung geleitet wurde.

Die i-Kiribati-Seeleute waren aufgrund pandemiebedingter Aus- und Einreisebeschränkungen im Ausland gestrandet, u.a. waren etliche Seeleute von deutschen Reedern auch in der Hamburger Jugendherberge *Horner Rennbahn* für mehrere Monate untergebracht. Hier wurden sie von Seemannspastor Matthias Ristau und Mitgliedern des Pazifik-Netzwerkes e.V. ehrenamtlich betreut.

Die Regierung Kiribatis hatte während der Pandemie eine strikte "Null-Covid"-Politik verfolgt und die Rückreise der gestrandeten Seeleute sehr zum Leidwesen der

deutschen Unterstützer\*innen völlig unterbunden. Die Arbeitgeber der Seeleute (Reedereien) begannen deshalb Anfang 2021 mit der Unterbringung der i-Kiribati-Seeleute in Dänemark und Deutschland, als ihre Arbeitsverträge auf den Schiffen ausliefen. Die Seeleute wurden von ihren Arbeitgebern mit Unterkunft und Verpflegung versorgt, während sie auf eine Änderung der Grenzprotokolle Kiribatis warteten. Alle Seeleute wurden in dieser Zeit auch geimpft und geboostert.

Bis April 2021 konnten 362 kiribatische Seeleute mit von der kiribatischen Regierung organisierten Flügen über Fidschi nach Tarawa zurückkehren. Aufgrund von Corona-Beschränkungen und Quarantänemaßnahmen mussten die Seeleute dabei unfreiwillig mehrere Monate in einem Hotel in Fidschi auf ihre Weiterreise nach Kiribati warten. Im November 2021 kehrten 141 kiribatische Seeleute auf einem von ihrem Arbeitgeber gemieteten Schiff zurück.

Anfang 2022 wurden 73 Seeleute in Gruppen von etwa zehn Personen mit Flügen, die von der kiribatischen Regierung, den Arbeitgebern und der internationalen Seemannsmission gechartert wurden, zurückgebracht.

*„Ich freue mich zu hören, dass diese Seeleute endlich wieder mit ihren Angehörigen vereint sind, nachdem einige von ihnen fast zwei Jahre lang in Übersee gestrandet waren, dank der umfassenden Zusammenarbeit aller Beteiligten in der Branche, der Arbeitnehmerorganisationen, der Regierungen und der UNO“,* sagte der Generalsekretär der *International Maritime Organisation* (IMO), Kitack Lim.

*„Es ist eine große Erleichterung, alle Seeleute nach mehr als zwei Jahren sicher zu Hause zu wissen“,* ergänzte Gaby Bornheim, Präsidentin des *Verbands Deutscher Reeder*. *„Verantwortungsbewusste Reeder haben hart dafür gearbeitet, auch wenn keine der Verzögerungen von ihnen verschuldet wurde. Wir freuen uns*

*auch, dass wir in der Krise eine gute Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen erlebt haben, die für die erfolgreiche Rückkehr entscheidend war. Die Rückkehr der Seeleute wäre ohne die enorme Unterstützung internationaler Organisationen wie der ILO und der IMO nicht möglich gewesen“,* so Bornheim. (*gCaptain 09.05.22, Pressemitteilung ICS 10.05.22*)

### Ex-Präsident in Klimakommission berufen

Mitte Mai wurde die *„Climate Overshoot Commission“* gegründet. Drei ehemalige Präsidenten, ein ehemaliger Premierminister und sechs ehemalige Minister\*innen gehören zu den 16 Staats- und Regierungschefs, die Optionen zur Verringerung des Risikos einer Überschreitung der globalen Temperaturziele untersuchen sollen. In die Kommission wurde neben dem ehemaligen indonesischen Finanzminister Muhamad Chatib Basri auch der ehemalige Präsident Kiribatis, Anote Tong, gewählt.

Die Kommission wird sich mit Fragen zur Ethik und Durchführbarkeit von Maßnahmen zur Umkehr der Erderwärmung befassen. Dazu gehören die Entfernung von Kohlendioxid aus der Atmosphäre und innovative Geo-Engineering-Technologien, die den Planeten durch Reflexion des Sonnenlichts kühlen könnten.

Die Kommission will sich auf Möglichkeiten konzentrieren, die Klimarisiken durch Überhitzung zu minimieren, die evidenzbasiert, belastbar, gerecht und fair sind. Sie wird ein breites Spektrum von Interessensgruppen konsultieren, darunter auch die Zivilgesellschaft und Jugendgruppen. Dabei wird sie von wissenschaftlichen Berater\*innen unterstützt.

*Info:* Die Kommission wird zunächst vom *Paris Peace Forum* ausgerichtet und von *Open Philanthropy*, der *Rockefeller Foundation*, dem *Cohler Charitable Fund* und dem *LAD Climate Fund* finanziell unterstützt. Es wird erwartet,

dass die Kommission ihr erstes Strategiepapier noch vor der Weltklimakonferenz COP28 im November 2023 vorlegt.

Der ehemalige Präsident Anote Tong (\* 11. Juni 1952) hatte drei Amtszeiten vom 10. Juli 2003 bis 11. März 2016 inne. Er war u.a. für die Ausrufung des damals größten Meeresschutzgebiets in Kiribati verantwortlich, das später von der UNESCO zum Weltnaturerbe erklärt wurde. Für seinen Einsatz gegen den Klimawandel und für den Schutz der Meere wurde Anote Tong zweimal für den Friedensnobelpreis nominiert und mit verschiedenen Preisen ausgezeichnet.

Der verheiratete 7-fache Familienvater erhielt seinen Bachelor of Science von der *University of Canterbury*, seinen Master in Wirtschaftswissenschaften von der *London School of Economics* sowie einen Ehrendokortitel in Ingenieurwissenschaften von der *National Pukyong University* und einen Ehrendokortitel in Rechtswissenschaften von der *University of the South Pacific* in Fidschi.

(*Climate Home News* 17.05.22, <https://www.overshootcommission.org/>, *Wikipedia*)

## POLYNESIEN

### WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

#### Ursache für Tsunami entdeckt

**Tonga:** Wissenschaftler\*innen wollen die Ursache des Tsunamis auf Tonga geklärt haben, der durch einen massiven Unterwasser-Vulkanausbruch Anfang des Jahres ausgelöst worden war.

Ein Forscherteam der Universität Cardiff (UK) hat den genauen Mechanismus für den Tsunami identifiziert, der sich nach dem Ausbruch des Vulkans *Hunga Tonga-Hunga Ha'apai* am 15. Januar 2022 rasch ausbreitete. Der Ausbruch und der

anschließende Tsunami, der in dem südpazifischen Königreich katastrophale Schäden anrichtete, tötete mindestens sechs Menschen und verletzte zahlreiche weitere.

In einem jetzt in der Fachzeitschrift „*Nature*“ veröffentlichten Artikel erklären die Forscher\*innen, dass der Tsunami durch so genannte „akustische Gravitationswellen“ (AGWs) verursacht wurde, die durch die gewaltige Unterwasserexplosion des Vulkans ausgelöst wurden und sich in die Atmosphäre und über den Pazifischen Ozean ausbreiteten. AGWs sind sehr lange Schallwellen, die sich unter dem Einfluss der Schwerkraft ausbreiten. Wissenschaftlern zufolge können sie ein Medium wie die Tiefsee oder die Atmosphäre mit Schallgeschwindigkeit durchdringen und werden unter anderem durch Vulkanausbrüche oder Erdbeben erzeugt. Eine einzige AGW kann sich über Dutzende oder Hunderte von Kilometern erstrecken und sich in Tiefen von Hunderten oder Tausenden von Metern unter der Meeresoberfläche bewegen, wobei sie Energie von der Oberfläche auf den Meeresboden und über die Ozeane hinweg überträgt.

„Die Idee, dass Tsunamis durch atmosphärische Wellen entstehen könnten, die durch Vulkanausbrüche ausgelöst werden, ist nicht neu, aber dieses Ereignis war das erste, das mit modernen Instrumenten aufgezeichnet wurde, sodass wir nun endlich den genauen Mechanismus hinter diesen ungewöhnlichen Phänomenen entschlüsseln können“, sagte der Mitautor der Studie, Dr. Ricardo Ramalho.

„Neben der Ausbreitung über den Ozean können sich AGWs auch nach gewalttätigen Ereignissen wie Vulkanausbrüchen und Erdbeben in die Atmosphäre ausbreiten“, sagte ein weiterer Mitautor der Studie, Dr. Usama Kadri.

„Die Eruption auf Tonga fand an einem idealen Ort unter der Wasseroberfläche statt, in flachem Wasser, was dazu führte, dass die Energie in Form eines Pilzes nahe der Wasseroberfläche in die Atmosphäre abgegeben wurde. Die In-

teraktion der energiereichen AGWs mit der Wasseroberfläche war somit unvermeidlich.“

Anhand von Meeresspiegel-, Atmosphären- und Satellitendaten fand das Team heraus, dass der Tsunami von AGWs angetrieben wurde, die durch den Ausbruch ausgelöst wurden, sich schnell in die Atmosphäre ausbreiteten und ihrerseits kontinuierlich Energie zurück in den Ozean „pumpte“.

Die Wissenschaftler\*innen schätzen, dass sich der Tsunami 1,5 bis 2,5 Mal schneller bewegte als ein von einem Vulkan ausgelöster Tsunami und den Pazifik, den Atlantik und den Indischen Ozean in weniger als 20 Stunden mit einer Geschwindigkeit von etwa 1.000 km/h überquerte.

Da der Tsunami durch eine schnelle atmosphärische Quelle ausgelöst wurde, breitete er sich direkt in der Karibik und im Atlantik aus, ohne die südamerikanische Landmasse zu umrunden, wie es ein „normaler“ Tsunami tun würde.

„Dies erklärt, warum der Tonga-Tsunami die Atlantikküste fast 10 Stunden früher erreichte als ein „normaler“ Tsunami“, fügte Dr. Ramalho erklärend hinzu.

(*Evening Standard* 14.06.22, <https://www.nature.com/articles/s41586-022-04926-4>)

#### Kronprinz kehrt in Heimat zurück

**Tonga:** Der tongaische Kronprinz Tupouto'a 'Ulukalala, seine Ehefrau, Kronprinzessin Sinaitakala, und die vier Kinder des Paares sind Mitte Juni aus Australien ins Königreich Tonga zurückgekehrt. Der Kronprinz und seine Familie hatten in den letzten Jahren in Canberra (Australien) gelebt, während er dort ein Postgraduiertenstudium absolvierte.

Im Jahr 2021 schloss der Prinz sein Studium mit einem Master of Diplomacy an der *Australian National University* ab. Zuvor hatte er im Dezember 2018 seinen ersten Master-Abschluss mit einem *Master of Military and Defence Studies* an derselben Universität erworben.

Vor der endgültigen Abreise aus Australien wurde das Paar von dem australischen General-Gouverneur David Hurley und dessen Frau im Government House empfangen. Hurley erklärte, die lange Studienzeit des Kronprinzen in Australien zeige, wie gut die tongaisch-australischen Beziehungen seien. Beide Länder seien freundschaftlich miteinander verbunden. (*Matangi Tonga 13.06.22*)

## Tod des Agrarministers

**Tonga:** Am 10. Juni verstarb im City-Krankenhaus in Auckland (Neuseeland) der tongaische Agrarminister Viliami Manuopangai Hingano im Alter von 47 Jahren. Er war erst im Dezember 2021 zum Minister für Landwirtschaft, Ernährung und Forst ernannt worden. 2014 war Hingano in das tongaische Parlament gewählt worden, 2017 hatte er seinen Sitz verloren. Im Januar 2021 war er von Tongas Premierminister Pohiva Tu'ionetua zum Gouverneur der Insel Ha'apai ernannt worden. (*Radio RNZ Pacific 11.06.22, Islands Business 14.06.22*)

## Parlamentarier bittet um Bau eines Gefängnisses

**Tonga:** Der Parlamentarier Vatau Hui hat im Parlament um die Errichtung eines Gefängnisses in seinem Wahlkreis gebeten. Hui ist zuständig für die kleinen nördlichen Inseln Niuatoputapu und Niuafu'ou. Auf letzterer Insel gibt es bereits ein Gefängnis, um dessen Instandsetzung und Renovierung Hui ebenfalls nachsuchte. Für die rund 700 Bewohner\*innen von Niuatoputapu gebe es jedoch keine Möglichkeit der Haftunterbringung, beklagte der Parlamentarier. (*Pacific Advocate 13.06.22*)

## Inseln öffnen für Tourist\*innen

**Cook-Inseln:** Seit dem 1. Mai sind Reisen auf die Cook-Inseln von Europa aus wieder möglich. Die Einreise werde zunächst nur über Neuseeland erfolgen, teilte das

Tourismusbüro mit. EU-Bürger\*innen können ab sofort unter dem Visa-Waiver-Programm wieder nach Neuseeland fliegen und von Auckland aus ohne Aufenthalt auf die Cook-Inseln weiterreisen.

Für Urlauber\*innen ist auch die bislang geltende Testpflicht entfallen, eine Einreise ist also ab sofort ohne weitere Auflagen mit einer zweifachen Corona-Impfung möglich. Daneben ist nur noch das Ausfüllen eines Einreiseformulars nötig. Besucher unter 16 Jahren können auch ungeimpft auf die Cook-Inseln einreisen.

(<https://www.reisevor9.de/destinations/cook-inseln-oeffnen-die-grenzen-fuer-internationalen-tourismus>)

## „Weltbürgerpreis“ für Samoanerin

**Samoa:** Die samoanische Umweltschützerin und Klimaaktivistin Brianna Fruean ist mit dem *Global Citizen Prize* ausgezeichnet worden.

Brianna setzt sich seit ihrem 11. Lebensjahr für das Klima im Pazifik ein, als sie Gründungsmitglied der Nichtregierungsorganisation *350.org Samoa* und die jüngste Landeskoordinatorin von *350.org* wurde.

Durch ihre Arbeit als Jugendvertreterin im *Pacific Climate Warriors Council of Elders* hat sich Brianna angesichts der Klimakrise konsequent für die Zukunft der gefährdeten pazifischen Inselstaaten eingesetzt.

Mit nur 16 Jahren war die engagierte samoanische „Climate Warrior“ die jüngste Gewinnerin des Commonwealth Youth Award.

Im vergangenen November sprach Brianna Fruean bei den UN-Klimagesprächen in Glasgow (COP26) vor den Staats- und Regierungschefs und brachte die *Youth4Pacific-Erklärung* zur COP26 mit.

*„Erinnern Sie sich daran, dass Ihre Sitzungsräume und die von Ihnen verfassten Dokumente nicht nur schwarz und weiß sind; denken Sie daran, dass Sie mit Ihren Wor-*

*ten die Waffen in der Hand haben, die uns retten oder uns für Profit und Macht verkaufen können“*, sagte sie auf der COP26.

Der Geschäftsführer von *350.org Pacific*, Joseph Sikulu, erklärte, dass die „pazifischen Klimakrieger“ sich über die Preisvergabe an die junge Samoanerin freuten.

Inangaro Vakaafi, Ältester des *Pacific Climate Warriors Council*, sagte, Brianna sei ein leuchtendes Beispiel für die Pasifika-Führung durch Dienst.

*„Mit ihr im Ältestenrat der Pacific Climate Warriors zu arbeiten, war ein absolutes Privileg. Sie hat einen so jugendlichen Geist und eine Weisheit, die weit über ihr Alter hinausgeht, während sie andere inspiriert“*, sagte Vakaafi.

*„Brianna hat einen Großteil ihres Lebens und ihrer Stimme dem Einsatz für den Pazifik gewidmet und berührt, ähnlich wie unser Ozean, das Leben so vieler Menschen“*, ergänzte er.

**Info:** Mit dem *Global Citizen Prize* werden Aktivist\*innen auf der ganzen Welt ausgezeichnet, die sich für die Beendigung extremer Armut und die Erreichung der globalen Ziele der Vereinten Nationen einsetzen.

Der Preis zielt darauf ab, Change Maker in lokalen Gemeinschaften zu identifizieren, die sich für die am meisten gefährdeten Menschen einsetzen und ihnen helfen.

(*Pacific Advocate 15.05.22*)

## 60 Jahre Unabhängigkeit

**Samoa:** Zum 60. Unabhängigkeitsjubiläum von Samoa am 1. Juni läuteten inselweit die Kirchenglocken und alle Sirenen heulten. Unter 21 Salutschüssen hisste Premierministerin Fiame Naomi Mata'afa in der Hauptstadt Apia bei einer feierlichen Zeremonie die Landesflagge. Die Zeremonie stellte den Auftakt dar für das Jubiläumsjahr. Es begann am 1. Juni 2022 und soll bis zum 31. Mai 2023 begangen werden.

Für den September ist ein großes Fest unter Beteiligung ausländi-

scher Staats- und Regierungschefs geplant, denn erst dann sollen die letzten Corona-Auflagen des Staates wegfallen und die Grenzen wieder geöffnet werden. Ebenfalls auf September verlegt wurde das Kunst- und Kulturfestival *Teuila*, das wegen der Corona-Pandemie seit zwei Jahren nicht mehr gefeiert werden konnte.

**Info:** Der unabhängige Staat Samoa umfasst den westlichen Teil der Samoainseln und wurde deswegen– bis 1997 offiziell– auch *West Samoa* genannt. Der Staat erlangte am 1. Juni 1962 als ehemaliges Mandatsgebiet des Völkerbundes seine Unabhängigkeit von Neuseeland. Zu Staatsoberhäuptern wurden Malietoa Tanumafili II. und Tupua Tamasese Mea'ole gewählt. Nach dem Tod von Tupua Tamasese Mea'ole am 5. April 1963 wurde Malietoa Tanumafili II. auf Lebenszeit zum Staatsoberhaupt gewählt.

Samoa war das erste polynesisches Land, das seine Unabhängigkeit erhielt. Es ist Mitglied im britischen *Commonwealth of Nations*. Der östlich davon liegende Teil der Region, Amerikanisch-Samoa, ist seit 1929 ein Außengebiet der Vereinigten Staaten von Amerika. (*Samoa Observer* 30.05.22, *Wikipedia*)

## Niue stellt Gewässer unter Schutz

**Niue:** Der mit Neuseeland assoziierte polynesischer Inselstaat Niue hat 100 % seiner ausschließlichen Wirtschaftszone unter Schutz gestellt und damit ein 317.500 Quadratkilometer großes Meeresschutzgebiet geschaffen. Der „*Niue Nukutuluea Meeresspark*“ ist in verschiedene Zonen unterteilt, darunter das Beveridge-Riff, ein unbewohntes Atoll 120 Meilen vor der Insel, in dem die Fischerei verboten ist und nur wissenschaftliche Studien erlaubt sind; eine Drei-Meilen-Zone für die traditionelle Kanufischerei, die Sportfischerei und das Tauchen; eine allgemeine Meeresszone für die ausländische kommerzielle Fischerei und eine Schutzzone, in der Schiffe durchfahren, aber nicht anhalten dürfen.

Die Inselbewohner\*innen überwachen den Meeresspark mit Hilfe eines Satellitenüberwachungsunternehmens, dem *Global Fishing Watch*. Da Niue keine Marine hat, sind die 1.700 Einwohner\*innen bei der Überwachung ihrer Gewässer auf andere Länder angewiesen. Die Nachbarländer Tonga, Samoa und die Cook-Inseln führen jährliche Überwachungsaktionen durch, und die neuseeländische Luftwaffe überfliegt die Schutzzone zweimal im Jahr, um nach Anzeichen für illegalen Fischfang zu suchen. Illegale Fischerei soll zukünftig mit noch höheren Geldstrafen (500.000 NZ-Dollar) belegt werden. Illegale Fischtrawler sollen im Fall des Falles beschlagnahmt werden.

**Info:** Einzig und allein in den Gewässern rund um das Korallenatoll kommt die *Katuali* vor– eine giftige Seeschlange, die in den wabenförmigen Unterwasserhöhlen der Insel lebt. Buckelwale wandern von der Antarktis nach Niue, um dort zu gebären, Spinnerdelfine schwimmen in Küstennähe und Niue weist außerdem die weltweit höchste Dichte an Grauen Riffhaien auf. (*The Guardian* 30.05.22, <https://www.conservation.org/press-releases/2022/04/14/conservation-international-applauds-niue-for-comprehensive-new-marine-protections>)

## Abgelaufener Impfstoff geliefert

**Niue:** Abgelaufene Dosen des Pfizer-Impfstoffs (Biontec) aus Neuseeland wurden in Niue verwendet, wie das Gesundheitsministerium von Niue jetzt bestätigt hat.

In einer Erklärung sagte Gaylene Tasmania, die Generaldirektorin des Ministeriums für soziale Dienste von Niue, dass die abgelaufenen Impfdosen bei Impfungen am 24. Mai verabreicht wurden. Sie sagte, 51 Personen hätten die Auffrischungsdosen erhalten, deren Verfallsdatum unter gekühlten Lagerungsbedingungen überschritten worden sei.

Nach Angaben des neuseeländischen Gesundheitsministeriums besteht für die Personen, die den abgelaufenen Impfstoff erhalten

haben, keine Gefahr. Man habe sie und ihre Angehörigen sofort informiert. Von den 51 Personen waren 48 zwischen 16 und 17 Jahre alt, drei waren Erwachsene. (*Stuff NZ* 02.06.22)

## FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

### Neue Übersee-Ministerin

**Frz.-Polynesien:** Seit dem 20. Mai 2022 ist Yaël Braun-Pivet die neue Ministerin für die Überseegebiete Frankreichs auch im Pazifik. Zuvor war sie ab 2017 Vorsitzende des Rechtsausschusses in der französischen Nationalversammlung.

**Info:** Yaël Braun-Pivet (geb. 07.12.1970 in Nancy) hat jüdische Vorfahren aus Deutschland und Polen, ihre Großeltern flohen in den 1930er-Jahren vor antisemitischer Verfolgung nach Frankreich. Nach dem Jurastudium an der Universität Paris-Nanterre praktizierte sie bis 2003 als Anwältin für Strafrecht. Dann folgte sie ihrem Mann, der als Manager bei L'Oréal in Taiwan, Japan und Portugal arbeitete. Das Paar hat fünf Kinder. Nach ihrer Rückkehr nach Frankreich im Jahr 2012 erwarb sie einen Master in Wirtschafts- und Gesellschaftsrecht und gründete ein Startup, das sich auf kurze Aufenthalte in Gästezimmern spezialisierte, bevor sie sich auf ehrenamtliche Tätigkeiten bei den *Restos du cœur* konzentrierte.

Braun-Pivet war bis 2016 Anhängerin der „*Parti socialiste*“, dann schloss sie sich der Bewegung „*La République en Marche*“ (LREM) von Emmanuel Macron an. Bei den französischen Parlamentswahlen 2017 wurde sie als Kandidatin der LREM zur Abgeordneten des 5. Wahlkreises im Département Yvelines gewählt und besiegte dabei den langjährigen Vertreter dieses Wahlkreises, Jacques Myard von den konservativen *Républicains*. Sie wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung (*Commission des lois constitutionnelles*)

onnelles, de la législation et de l'administration générale de la République) in der Nationalversammlung gewählt.

Nach seiner Wiederwahl ernannte Präsident Macron sie am 20. Mai 2022 zur Ministerin für die Überseegebiete im Kabinett Borne. (*Le Monde* 23.05.22, *Wikipedia*)

## Bedauern über mangelnden Dekolonisierungsprozess

**Frz.-Polynesien:** Sowohl der Vertreter der französisch-polynesischen Verwaltung, Engel Raygadas, als auch der Experte für Entkolonialisierungsfragen, Carlyle Corbin, haben am 13. Juni vor dem Entkolonialisierungsausschuss der Vereinten Nationen (UN) ihr Bedauern über die Lage in Französisch-Polynesien zum Ausdruck gebracht. Raygadas bestritt die Notwendigkeit der Dekolonisierung Polynesiens. Corbin dagegen beklagte, dass seit 2013 kaum Fortschritte erzielt wurden.

Der Sonderausschuss „Special Committee on Decolonization“ (C-24) der UN, der den Stand der Umsetzung der „Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit von kolonialen Ländern und Völkern“ untersuchen soll, begann am Montag, 13. Juni in New York (USA) mit seiner grundlegenden Sitzung für das Jahr 2022. Die erste Sitzung begann mit der Annahme eines Resolutionsentwurfs zur Frage der Entsendung von „Besuchsmissionen“ und „Sondermissionen“ in Gebiete, in denen der Ausschuss die Regierung zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem Ausschuss auffordert, um Möglichkeiten der Entkolonialisierung der entsprechenden Länder und Territorien zu überprüfen.

Die erste Sitzung des Committee 24 schloss mit der Prüfung der Situation in Französisch-Polynesien. Der stellvertretende Delegierte für internationale Angelegenheiten von Französisch-Polynesien, Engel Raygadas, vertrat folgende Ansicht: „Das Maß an Autonomie, das Französisch-Polynesien genießt, ist zwar keine volle Souveränität,

verleiht dem Land aber genügend Kompetenzen, um seine Zukunft nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Dieses Maß an Autonomie entspricht den Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung“, fügte er hinzu und verwies auf die jüngsten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Er fragte dann nach den Ergebnissen einer Studie, die besagt, dass sein Land kein ausreichendes Maß an Autonomie genießt, berichtet das Sitzungsprotokoll, und sah darin eine Beleidigung für die gewählten polynesischen Abgeordneten. Und schließlich rief er dazu auf, einige Formulierungen in Resolutionen, die Französisch-Polynesien betreffen, zu ändern. Raygadas sieht keine Notwendigkeit für eine Unabhängigkeit von Frz.-Polynesien.

Für die polynesischen Petenten beklagte der UN-Spezialist für Entkolonialisierungsfragen Carlyle Corbin, dass Frankreich trotz wiederholter Resolutionen in diesem Sinne seit 2013 nur wenige Informationen an die UN weitergeleitet habe. Carlyle Corbin brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Debatte über die Entkolonialisierung Französisch-Polynesiens bei den Vereinten Nationen heute nur noch auf „die Äußerung unterschiedlicher Meinungen“ beschränkt ist und es hier nicht vorangeht. (*Tahiti Info* 14.06.22, <https://www.un.org/dppa/decolonization/en/c24/about>)

## „Grüner Juni“ in Tahiti

**Frz.-Polynesien:** Noch bis zum 2. Juli läuft in Tahiti eine Gesundheitskampagne zur Aufklärung über Gebärmutterhalskrebs.

Da das neue Krebsinstitut von Französisch-Polynesien seit dem 1. Januar 2022 die Aufgabe der Krebsfrüherkennung von der Gesundheitsbehörde übernommen hat, wird in diesem Jahr erstmals eine Kampagne mit dem Namen „Grüner Juni“ gegen Gebärmutterhalskrebs durchgeführt. Der Name entstand analog zum „Rosa Oktober“, in dem weltweit auf die Gefahren von Brustkrebs aufmerksam gemacht wird.

In Polynesien ist Gebärmutterhalskrebs die sechsthäufigste und tödlichste Krebserkrankung bei Frauen. Er kann zwar Frauen jeden Alters treffen, betrifft aber sehr häufig junge Frauen. Ein Drittel der betroffenen Polynesierinnen ist zum Zeitpunkt der Diagnose von Gebärmutterhalskrebs jünger als 50 Jahre. Jedes Jahr werden 15 neue Fälle diagnostiziert, obwohl die Kosten für das Pap-Test-Screening ab 25 Jahren bis zum vollendeten 64. Lebensjahr alle drei Jahre zu 100 % übernommen werden.

Im „Grünen Juni“ werden mehrere Aufklärungsaktionen durchgeführt. Es gibt u.a. einen Tag „Alle in Grün“ am 24. Juni, der über soziale Netzwerke verbreitet wird; eine Tik Tok Challenge, bei der man unter #MatieTahiti eine Nachricht zur Unterstützung der von der Krankheit betroffenen Patientinnen veröffentlichten kann, mehrere Vorträge in öffentlichen und privaten Einrichtungen und einen „Tag der Sensibilisierung“, der am 2. Juli von 9 bis 16 Uhr in den Gärten des Regionalparlaments in Papeete stattfindet. (*Tahiti Info* 13.06.22)

## Pitcairn entzündet Fackel zum Thronjubiläum

**Pitcairn:** Als letzter Staat des britischen *Commonwealth of Nations* hat Pitcairn die Fackel für die Feier des 70-jährigen Thronjubiläums der britischen Königin Elisabeth II. entzündet. Die Fackel war bereits vor einigen Monaten mit einem Versorgungsschiff eingetroffen. Die Fackeln sollten in allen Nationen des Commonwealth am 2. Juni anlässlich des Tages des Thronjubiläums entzündet werden. Aufgrund der isolierten Lage von Pitcairn und der Zeitverschiebung zu England war Pitcairn der letzte Staat, der die Fackel entzündete.

Die 35 Einwohner\*innen der Insel begingen den Festtag am 2. Juni mit einem gemeinsamen Essen, zu dem jeder etwas mitbrachte. Bürgermeisterin Charlene Warren hielt eine Ansprache. Der Königin zu Ehren gab es auch den in England verzehrten „Platinum Jubilee Trifle“

zum Nachttisch - allerdings mit kulinarischen Abwandlungen, da es auf der Insel weder eingedoste Mandarinen noch Amaretto noch weiße Schokolade gab. Zu Ehren der Königin wurde auch ein Brotfruchtbaum gepflanzt.

*Info:* Prince Philip (im April 2021 verstorbener Ehemann der Königin) hatte im Rahmen einer Weltumsegelung mit seiner königlichen Yacht 1971 auf Pitcairn angelegt. (Reuters 03.06.22)

## US-Bürgerin spendet Flügel für Osterinsel

**Rapa Nui:** Die 79-jährige Loralee Cooley aus Albuquerque (US-Bundesstaat New Mexico) hat einen Flügel der Marke Steinway & Sons an die *School of Music and Arts* in Rapa Nui gespendet. Das zwischen 1959 und 1961 hergestellte Instrument wurde über die USA nach Chile und dann auf die Osterinsel verschifft.

Cooley hatte es nach ihrem Schulabschluss 1961 erworben und hatte es Zeit ihres Lebens zu den Gemeinde-Einsätzen ihres Mannes, einem Pfarrer der Presbyterianischen Kirche, mitgenommen. Sie gab darauf Klavierstunden und spielte auch selber.

Auf die Idee, das Klavier auf die Osterinsel zu verschiffen, war die studierte Kirchenmusikerin mit einem Abschluss des Southern Baptist Theological Seminary in Louisville (Kentucky) im Jahr 2021 durch eine Fernsehberichterstattung über die *School of Arts and Music* auf Rapa Nui gekommen. Die Schulleiterin Mahani Teave, Tochter einer Amerikanerin und eines Mannes von der Osterinsel, hatte in diesem Fernsehinterview die Arbeit an der Schule vorgestellt und beklagt, dass sie keinen Flügel für den Klavierunterricht hätten.

(<https://www.abqjournal.com/2501585/abq-resident-donates-grand-piano-to-easter-island.html>)

## HAWAI'I

### CO<sub>2</sub> –Rekordwert auf Mauna Loa gemessen

Die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre steigt seit Jahren an. Im April ist ein neuer Rekordwert an der Mauna Loa Messstation gemeldet worden – mit 421 ppm (parts per million/CO<sub>2</sub>-Moleküle pro eine Million). Er liegt damit so hoch wie noch nie seitdem der CO<sub>2</sub>-Wert in der Atmosphäre gemessen wird.

Die CO<sub>2</sub>-Konzentration hat damit seit Beginn der Industrialisierung um 50 % zugenommen.

*Info:* Die Messstation Mauna Loa ist eine meteorologische Forschungsstation in 3.397 Metern Höhe auf dem Vulkan Mauna Loa. Sie gehört zum Earth System Research Laboratory (ESRL) des Office of Oceanic and Atmospheric Research (OAR), einer Abteilung der *National Oceanic and Atmospheric Administration* (NOAA) der Vereinigten Staaten von Amerika. Der Vulkan an sich ist 4.170 Meter hoch und befindet sich auf der Insel Big Island. Der hawaiianische Name „Mauna Loa“ bedeutet „langer Berg“.

Die CO<sub>2</sub>-Messung auf dem Mauna Loa gibt es bereits seit dem Jahr 1958. Die Lage der Messstation ist für atmosphärische Messungen besonders geeignet, da die Luft in der Umgebung kaum durch lokale Einflüsse der Vegetation oder der Menschen beeinträchtigt wird.

([www.wetter.de](http://www.wetter.de), <https://gml.noaa.gov/obop/mlo/>)

### Feiern zum „Lei Day“

In Hawai'i wurde am 1. Mai der „Lei Day“ gefeiert - der offizielle Tag der Blumenketten. Die Hawaiianer, die zwischen 300 und 500 n. Chr. aus dem Westpazifik kommend die Inselgruppe Hawai'i besiedelten, hatten die Lei einst aus ihrer Heimat mitgebracht.

Wie die traditionellen Blumenketten gehören auch die *Lei Hulu* (Halsketten aus Federn) noch

heutzutage zum hawaiischen Begrüßungszeremoniell und sind ein Zeichen von Ehre, Freundschaft und Frieden. Geehrt werden Würdenträger, Prominente und Tourist\*innen. Üblicherweise werden sie den Neuankömmlingen auf den Inseln um den Hals gehängt, wenn sie aus dem Flugzeug steigen oder im Hotel einchecken. Leis werden auch verschenkt bei Abschluss- und Familienfeiern wie Hochzeiten und Beerdigungen sowie bei Hula-Tanzveranstaltungen.

Für die Blumenketten werden Frangipani, Orchideen, weiße Tuberosen, eine Agavenart, aber auch Nelken oder Jasmin verwendet. Grundsätzlich gilt: Je kostbarer die Blumen sind, umso größer ist die Ehre, denn der Lei ist ein Statussymbol.

Neben Blumen können auch weniger vergängliche Materialien wie Federn, Muscheln, Fischzähne, Knochen, Stoff, Papier, Reißverschlüsse, Algen, Süßigkeiten oder Plastikblumen zur Herstellung der Ketten verwendet werden. Das liegt auch daran, dass es immer weniger echte Blumen auf Hawai'i gibt.

*Info:* Der *Lei Day* wurde 1927 von dem hawaiischen Schriftsteller Don Blanding eingeführt und bereits 1929 zum nationalen Feiertag erklärt. Er wird jährlich am 1. Mai begangen. Die Feier zum Lei Day beginnt jedes Jahr am Morgen des ersten Mai gegen 9 Uhr und dauert bis zum nächsten Tag. Es gibt dazu auch das passende Lied mit dem Titel „May Day is Lei Day in Hawai'i“.

Jede der Hawai'i-Inseln hat eine eigene Blütenfarbe für die Leis. Big Island ist rot, Kaua'i violett und O'ahu gelb. Zu beachten sind eine Reihe von Regeln, die den Umgang mit den Blumenketten betreffen. Einen Lei kauft man sich nicht selbst, sondern nur, um ihn zu verschenken. Der/die Beschenkte darf die Kette erst abnehmen, wenn der Schenkende nicht mehr anwesend ist. Schwangere Frauen sollten nur einen offenen Lei tragen, ein geschlossener Lei bringt Unglück für das Baby. Wer den Lei nicht tragen kann oder allergisch reagiert, muss einen ordentlichen Platz für die

Kette finden. Die Ketten dürfen nicht im Müll landen, wenn die Blüten verwelkt sind, sondern müssen der Natur zurückgegeben werden. (Welt, Rubrik Reise 05.05.22, <https://www.leiday.org/the-history-of-lei-day/>, Wikipedia)

## AOTEAROA (NEUSEELAND)

### Kalifornien und Neuseeland gründen Klimapartnerschaft

Der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom hat Ende Mai mit der neuseeländischen Premierministerin Jacinda Ardern eine neue internationale Klimapartnerschaft geschlossen und damit die US-amerikanische Führungsrolle Kaliforniens im Klimaschutz weiter ausgebaut. Kalifornien und Neuseeland unterzeichneten diese Kooperationsvereinbarung (Memorandum of Understanding, MoU), um die Klimakrise zu bewältigen, die Umweltverschmutzung zu reduzieren und erneuerbare Energien in beiden Ländern zu fördern. Gleichzeitig wurden in dem Abkommen die Widerstandsfähigkeit der Gemeinden und die Partnerschaft mit indigenen Führern betont.

Im Botanischen Garten von San Francisco erläuterten die Vertreter\*innen Kaliforniens und Neuseelands ihre gemeinsamen Ziele, bis zur Mitte des Jahrhunderts Kohlenstoffneutralität zu erreichen, sowie ihre gemeinsamen Strategien für emissionsfreien Verkehr, Klimainnovationen, saubere Energieerzeugung, naturbasierte Lösungen und abfallfreie Initiativen.

*„Kalifornien ergreift energische Maßnahmen, um die saubere Wirtschaft zu stärken und gleichzeitig die Umweltverschmutzung in unseren Gemeinden zu reduzieren - aber wir können das nicht allein tun“,* erklärte Gouverneur Newsom. *„Die Partnerschaft mit Neuseeland, einem weltweit führenden Land im Bereich des Klimaschutzes, wird die Beziehungen zwischen unseren beiden Regierungen stärken.“*

*„Kein Land ist immun gegen die Auswirkungen des Klimawandels, daher ist es nur vernünftig, mit gleichgesinnten Partnern zusammenzuarbeiten, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen“,* ergänzte Premierministerin Jacinda Ardern. *„Wir streben beide an, bis zur Mitte des Jahrhunderts Netto-Null-Emissionen zu erreichen. Die neue Vereinbarung bedeutet, dass wir zusammenarbeiten werden, um Fachwissen und Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam an Projekten zu arbeiten, die dazu beitragen, die Ziele der jeweils anderen Seite zu erreichen.“*

*Info:* Die Klimapolitik Kaliforniens hat dazu geführt, dass der US-amerikanische Bundesstaat sein Klimaziel für 2020 vier Jahre früher als geplant erreicht hatte. Gouverneur Newsom hatte 47,1 Milliarden US-Dollar bereitgestellt, um die Umweltverschmutzung zu bekämpfen, eine klimaresistente Wasserversorgung aufzubauen, das Risiko katastrophaler Waldbrände zu verringern, die Zuverlässigkeit der Stromnetze zu gewährleisten, saubere Energielösungen zu beschleunigen und Gemeinden vor extremer Hitze zu schützen.

Als Reaktion auf den Erlass des Gouverneurs zu naturbasierten Lösungen, der die kalifornischen Ländereien als kritischen, aber unzureichend genutzten Sektor im Kampf gegen den Klimawandel bezeichnete, hat Kalifornien letzten Monat die Strategie *Pathways to 30x30: Accelerating Conservation of California's Nature* und die *Natural and Working Lands Climate Smart Strategy* veröffentlicht.

Zu Beginn dieses Jahres unterzeichnete Kalifornien eine Kooperationsvereinbarung mit Japan, um die Zusammenarbeit in den Bereichen Klima und saubere Energie voranzutreiben und die Handelsbeziehungen zu stärken. Gouverneur Newsom unterzeichnete auch eine Absichtserklärung mit China, um die laufenden Initiativen zum Schutz der Umwelt, zur Verringerung der Kohlenstoff- und Luftverschmutzung und zur Förderung der Entwicklung sauberer Technolo-

gien zu beschleunigen.

Letztes Jahr verpflichteten sich Gouverneur Newsom und 24 Gouverneure der parteiübergreifenden *US-Klima-Allianz*, gemeinsam bis spätestens 2050 einen Netto-Null-Ausstoß an Treibhausgasen zu erreichen. (Pressemitteilung Gouverneur Gavin Newsom 27.05.22)

### Investitionen in digitale Infrastruktur des Gesundheitswesens

Die neuseeländische Regierung hat in ihrem Haushalt 2022 über 600 Millionen NZ-Dollar für Investitionen in die Daten- und Digitalinfrastruktur des Gesundheitssystems eingeplant.

Der Haushalt umfasst Investitionen über vier Jahre in Höhe von:

- 1.) 320 Mio. NZ\$ für den weiteren Ausbau der Daten- und Digitalinfrastruktur und -kapazitäten, einschließlich der möglichen Behebung oder des Ersatzes von nicht mehr unterstützten technologischen Infrastrukturen und Systemen der regionalen Gesundheitsbehörden (*District Health Boards*).
- 2.) 155,3 Mio. NZ\$ für die Einführung digitaler Lösungen im gesamten Gesundheitssystem auf der Südinself und den Bau des ersten rein digitalen Krankenhauses in Dunedin.
- 3.) 125,315 Mio. NZ\$ für den Ausbau bestehender digitaler Kapazitäten und Infrastrukturen in den Bereichen Bevölkerungsgesundheit und Krankheitsmanagement, um das Gesundheitssystem gegen aufkommende Pandemien abzusichern und die Durchführung künftiger öffentlicher Gesundheitsprogramme zu unterstützen.

Darüber hinaus stellt die Regierung über einen Zeitraum von drei Jahren 10,8 Mio. NZ\$ zur Verfügung, um eine gemeinsame Daten- und Digitalplattform für die öffentlichen Gesundheitsdienste einzurichten.

Der neuseeländische Gesundheitsminister Andrew Little erklärte, der Haushalt 2022 unterstütze die Umstellung auf ein „*nationales System, das sich auf moderne Technologie und sicherere IT-Plattformen stützt.*“

Nach Ansicht des Ministers wird die Umgestaltung der Gesundheits-IT eine bessere und leichter zugängliche digitale Unterstützung für Patient\*innen, Ärzt\*innen und Krankenschwestern ermöglichen. Er fügte hinzu, dass vernetzte IT-Plattformen die Erbringung von Pflegeleistungen und die Verwaltung von Patientenakten erleichtern werden. (ANZ 02.06.22)

### Bleiche Meeresschwämme gefunden

Vor der Südküste Neuseelands wurden erstmals Meeresschwämme („sea sponges“) gefunden, die aufgrund extremer Meerestemperaturen knochenweiß gebleicht sind.

Eine Gruppe von Wissenschaftlern der *Victoria University of Wellington* hatte festgestellt, dass die Schwämme, die normalerweise eine schokoladenbraune Farbe haben, an mehr als einem Dutzend Stellen in der Nähe des Breaksea Sound und des Doubtful Sound in der Region Fiordland ausgebleicht waren.

James Bell, Professor für Meeresbiologie an der Universität Wellington, sagte, dass an einigen Stellen bis zu 95 % aller Schwämme ausgebleicht waren. Bells Team entdeckte die Massenbleiche während einer Forschungsreise im April dieses Jahres. Die auf der Südinselforkommende Schwammart ist eine von 800 Schwammarten, die in ganz Neuseeland vorkommen.

*Info:* Schwammgärten dominieren den Meeresboden rund um die neuseeländische Küste. Sie spielen eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Lebensräumen für Fische und der Freisetzung von Kohlenstoff, von dem sich andere Arten ernähren.

Grund für die Massenbleiche sind vermutlich erhöhte Meerestemperaturen durch den globalen Klimawandel. 2021 war das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Nach Angaben des *Nationalen Instituts für Wasser und Atmosphäre* waren die Temperaturen im April immer noch ungewöhnlich hoch, wobei die Wassertemperaturen an den Küsten bis zu 2,6 Grad über dem Durchschnitt lagen.

In Fiordland waren die Temperaturen sogar noch höher, sagte Rob Smith, Ozeanograph an der *University of Otago*, der im Rahmen des von der Regierung finanzierten Moana-Projekts an der Erforschung mariner Hitzewellen arbeitet. Er sagte gegenüber *Radio New Zealand*, dass in der Region bis zu fünf Grad höhere Temperaturen als üblich gemessen wurden. (*The Guardian* 16.05.22)

### Kommt Aldi nach Neuseeland?

Der australische Premierminister Grant Robertson bestätigte Ende Mai, dass die in deutschem Besitz befindliche Supermarkt-Kette Aldi „*einer der Akteure*“ sei, die sich für den neuseeländischen Markt interessierten.

Wenn das stimmt, würde Aldi zusammen mit dem amerikanischen Giganten *Costco* das derzeitige Supermarkt-Duopol (bestehend aus den Ketten *Countdown* und *Foodstuffs*) beenden, den Wettbewerb ankurbeln und den Verbraucher\*innen mehr Auswahl bieten.

Aldi ist bereits in Australien mit 570 Filialen, die über 13.500 Mitarbeiter beschäftigen, präsent und bei Verbraucher\*innen sehr beliebt. Das Unternehmen behauptet, dass Familien, die zu seinem Supermarkt wechseln, 2.400 Dollar pro Jahr sparen könnten.

Eine Facebook-Seite mit dem Titel „Bring Aldi to New Zealand“ hat rund 1.500 Mitglieder, die regelmäßig dazu aufrufen, den deutschen Supermarktriesen auch in Neuseeland zu eröffnen.

Die Nachricht über den potentiellen Markteintritt von Aldi kommt zu einem Zeitpunkt, an dem die Regierung die beiden Hauptakteure im neuseeländischen Supermarktsektor gewarnt hat, sich „schnell“ zu ändern oder mit Regulierung zu rechnen.

Die Warnung geschah als Reaktion auf eine Marktstudie der Handelskommission über Supermärkte, in der festgestellt wurde, dass *Countdown* und *Foodstuffs* Übergewinne von rund 430 Millionen Dollar pro Jahr machen - mehr als 1 Million Dollar pro Tag.

Premier Robertson sagte, die Regierung habe das Supermarkt-Duopol aufgefordert, seine Großhandelspreise für potenzielle Wettbewerber zu fairen Preisen zu öffnen. Er ergänzte, die Regierung werde dafür sorgen, dass Neulinge im Supermarktsektor „*Platz zum Aufbau und Zugang zu Waren*“ hätten.

In der Zwischenzeit wird *Costco Auckland* voraussichtlich im September in Westgate eröffnen.

Dort soll es Alles von Bekleidung, Haushaltsgeräten, Haushaltswaren und Designerhandtaschen bis hin zu Frischfleisch und Sportartikeln geben.

Mitglieder benötigen eine *Costco*-Mitgliedskarte, um einkaufen und an den Selbstbedienungstankstellen tanken zu können.

Die Mitgliedschaft kostet jährlich 60 Dollar pro Person oder 55 Dollar pro Unternehmen. (*NZ Herald* 31.05.22)

### Abkommen mit Fidschi

Die neuseeländische Regierung hat den Ende März erfolgten Besuch der neuseeländischen Außenministerin Nanaia Mahuta in Fidschi für die Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens genutzt. Die so genannte „*Duavata Partnership*“ (in Maori: *Aotearoa Whenua Manpori o Whiti Tauaki Mahitahi*) verspricht „*shared commitment and vision for regional solidarity*“ zwischen Fidschi und Neuseeland. In dem Abkommen wurden verschiedene Bereiche ver-

merkt, bei denen beide Länder partnerschaftlich zusammenarbeiten wollen: 1) Partnerschaft, 2) Demokratie und gemeinsame Wertesysteme, 3) soziales Wohlbefinden, 4) Klimawandel, 5) wirtschaftliche Resilienz, 6) Sicherheit in der pazifischen Region und 7) Resilienz gegenüber Naturkatastrophen.

Das Abkommen wurde am 29. März in Suva vom fidschianischen Premierminister Voreque Bainimarama und Premierministerin Mahuta unterzeichnet.

*Info:* Bereits seit dem Jahr 2020 läuft ein politischer Annäherungsprozess zwischen Fidschi und Neuseeland. Das neue Abkommen garantiert beiden Staaten hochrangige Verhandlungen auf Minister- und Premierminister-Ebene. (Fiji Sun 30.03.22, [www.mfat.govt.nz](http://www.mfat.govt.nz))

### Grenzöffnung ab 31. Juli

Zum 31. Juli öffnet Neuseeland nach dem Corona-bedingten Einreisestopp seine Grenzen wieder für Tourist\*innen. Ab diesem Tag werden auch alle Häfen wieder für den Kreuzfahrttourismus freigegeben. Mit der Öffnung bereits Ende Juli hat Neuseeland seinen eigentlichen Zeitplan um zwei Monate vorgezogen. Ursprünglich wollte das Land erst im September wieder für internationale Reisende öffnen.

Premierministerin Ardern erklärte, mit der frühzeitigen Öffnung wolle man die brachliegende Wirtschaft der Insel wieder ankurbeln. Außerdem könnten so auch wieder Saisonarbeitskräfte einreisen und den Arbeitsmarkt entlasten. (CNN Travel 12.05.22)

## INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

### Breites Bündnis äußert sich zur Situation des Waldes

**Indonesien:** Mehr als 160 zivilgesellschaftliche Organisationen/ Personen aus Indonesien – auch aus Westpapua – haben in einem gemeinsamen Statement ihre Position zur Situation des Waldes zum Ausdruck gebracht und sich dafür an die Kommission der Europäischen Union, den Rat der Europäischen Union und das Parlament der Europäischen Union gewandt. Das gemeinsame Statement formuliert am Schluss acht Forderungen, die sich insbesondere auf Schutzsysteme in Handelsketten beziehen und den Schutz der Menschenrechte, unternehmerische Sorgfaltspflichten und nachhaltige Produktionssysteme in den Vordergrund rücken.

Land und Wald, die die Quellen des Gemeinschaftslebens, des Lebensunterhalts, der Nahrung, des Wassers und der Medizin darstellen, haben auch soziokulturelle, historische, identitätsstiftende und spirituelle sowie lebenserhaltende ökologische Funktionen, so das Statement. Daher mahnen die Unterzeichnenden an, dass *„jede Politik und jedes Projekt zur wirtschaftlichen Entwicklung von Wald und Land zu kommerziellen Zwecken, das die Werte und Funktionen von Land und Wald umwandelt, beseitigt und verschlechtert, wie z.B. Ölpalmenplantagen, die Kontinuität unseres Lebens, die Tragfähigkeit der Umwelt und die soziale Identität der Gemeinschaft stark beeinträchtigen“*.

Die Unterzeichnenden sehen einen Rückgang des Waldes in Indonesien, zum Teil ausgelöst durch schlechte Geschäftspraktiken und angetrieben durch Interessen externer und interner Akteure. So mahnen die Unterzeichnenden *„die schlechte Regierungsführung bei der Regulierung der Kontrolle, Verwaltung und Nutzung von Land und Wald für Palmölunternehmen“*

an, *„die unfair und unverantwortlich umgesetzt wird“*. Dies habe den Verlust von Landrechten zur Folge, die Verletzung von Menschenrechten und eine Reduktion der ökologischen Vielfalt.

Kleinbauern und Arbeiter\*innen werden im Produktionsprozess, im Preissystem, auf dem Arbeitsmarkt und bei der Entlohnung in der Versorgungskette der Palmölindustrie, die unter der Kontrolle der Konzerne steht, ausgebeutet und marginalisiert. Gleichzeitig werden die Menschen zu Opfern der Knappheit und des Preisanstiegs von Speiseöl, das teuer und schwer zu bekommen ist, weil mehr als 80 Prozent der nationalen Palmölproduktion aus wirtschaftlichen Gründen an den internationalen Markt verkauft wird, während der Preis für Rohpalmöl (CPO) steigt. Rechtswidrige Praktiken und oligarchische Verschwörungen zur Erzielung wirtschaftlicher Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit werden unter Beteiligung korrupter Staatsbeamter und Palmölunternehmen begangen, die über Nachhaltigkeitszertifikate des RSPO (*Roundtable on Sustainable Palm Oil*) verfügen.

*„Wir sind der Meinung, dass der Staat die volle Verantwortung für die Änderung und Erneuerung der Politik zur Steuerung der Palmölindustrie tragen muss, die wirklich solide und gerecht ist und die Interessen der Menschen, der Bauern, der Arbeiter und der Erhaltung der Umwelt in den Vordergrund stellt, basierend auf der Verfassung, den Prinzipien der Menschenrechte und der nachhaltigen Entwicklung. Das Recht muss durchgesetzt werden, und Verbrechen und Vergehen im Palmölsektor müssen streng geahndet werden, unabhängig davon, wer sie begangen hat, ob es sich um einen Staatsbeamten, einen Kapitaleigner, ein Finanzinstitut usw. handelt. Der Staat ist auch verpflichtet, Strategien zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen zu entwickeln und für die Wiederherstellung und Rehabilitation der Opfer und der Umwelt zu sorgen“*, heißt es in der Erklärung.

„Ebenso sollten die europäischen Länder die Verantwortung für die Förderung und Stärkung der verantwortungsvollen Nutzung und Bewirtschaftung von Palmöl und all seinen Derivaten für Lebensmittel und Nicht-Lebensmittel sowie den Energiebedarf für Biokraftstoffe übernehmen, indem sie sicherstellen, dass die Produktion und der Verbrauch von Palmöl in den Erzeugerländern aus Unternehmen stammen, die fair und nicht verletzend sind und die Achtung und den Schutz der Menschenrechte und der Rechte der Frauen sowie den Schutz der Umwelt gewährleisten!“ – so lautet eine weitere Forderung in dem Statement.

*„In Bezug auf die geplante Diskussion und Entwicklung der Politik der Europäischen Union hinsichtlich der Nutzung erneuerbarer Energien aus der Nutzung natürlicher Ressourcen, die frei von Abholzung sind, und der Reduzierung von Treibhausgasen, einschließlich der Nichtnutzung und Unterstützung bestimmter Rohstoffe wie Palmöl, Sojabohnen und anderer Pflanzen, die zu Biokraftstoff werden, appellieren wir mit großem Vertrauen und der Hoffnung auf das politische Engagement der Europäischen Union für die Menschenrechte, die Umwelt und die Reduzierung der Treibhausgasemissionen an die Regierungen und politischen Entscheidungsträger der Europäischen Union,“* heißt es abschließend.

**Hier** kann man sich das Statement herunterladen:

<https://westpapuanetz.de/wp-content/uploads/2022/05/Joint-Statement-Indonesia-Activists-to-EU-Regulation-May-9th-2022.pdf>  
(Westpapua-Netzwerk online 16.05.22)

### **Bericht kritisiert geplante „Food Estates“**

**Indonesien:** Zu Beginn der Covid-19-Pandemie kündigte die indonesische Regierung Pläne zur Einrichtung von „Food Estates“ an, um die Ernährungssicherheit Indonesiens zu gewährleisten. Doch wie die Nichtregierungsorganisationen AwamIFEE! (Indonesi-

en) und TAPOL (Großbritannien) in ihrem nun veröffentlichten Bericht „Pandemic Power-grabs: Who benefits from Food Estates in West Papua?“ zeigen, scheinen diese Pläne agroindustriellen Konglomeraten und Oligarchen mit engen Verbindungen zu Regierungsmitgliedern zu nutzen. Darüber hinaus könnten die Food Estates zu ökologischem Ruin führen und die indigene Bevölkerung in Westpapua weiter ausgrenzen.

Der 29-seitige englischsprachige Bericht zeigt die geplanten Food Estates und die Beteiligung des Ministeriums für Umwelt und Forstwirtschaft auf. Ein zweiter, damit verbundener Bericht, wird die Beteiligung des Verteidigungsministeriums und des Militärs an den Food Estates genauer untersuchen. „Pandemic Power-grabs“ argumentiert, dass die starke Unterstützung der Regierung für die Plantagenlandwirtschaft im Süden Papuas und in anderen Gebieten Indonesiens das Potenzial hat, die Korruption zu erhöhen. Der Minister für Umwelt und Forstwirtschaft ist offenbar auch von seinen auf dem COP-26-Gipfel in Glasgow im Jahr 2021 gemachten Zusagen abgerückt, die Entwaldung in Indonesien zu stoppen.

In derselben Woche, in der die indonesische Regierung angesichts des weltweiten Mangels an Speiseölen den Export von Palmöl verbot, zeigt der Bericht, dass die Pläne für das *Merauke Integrated Food and Energy Estate* (MIFEE) im Süden Papuas aus dem Jahr 2007 zwar gescheitert sind, das MIFEE jedoch schwerwiegende langfristige Auswirkungen hatte. Wie der Bericht feststellt, wurde MIFEE zu einem *„wichtigen Faktor für das Wachstum von Ölpalmenplantagen in der Region, die die Gemeinden in Westpapua sozial, wirtschaftlich und ökologisch stark beeinträchtigt haben.“*

Der TAPOL-Vorsitzende Steve Alston kommentierte: *„Die Gemeinden in der südlichen Provinz Papua müssen seit mehr als 15 Jahren Landraub und Rodungen für riesige Plantagen ertragen. Wir haben lokale Nichtregierungsorganisatio-*

*nen dabei unterstützt, sich für die Rechte der indigenen Völker einzusetzen, und AwamIFEE! hat die Situation öffentlich gemacht und unermüdlich darüber berichtet. Doch obwohl es in ihrer Macht steht, Food Estates zu überprüfen und zu stoppen, hat es die indonesische Regierung versäumt, auf die lokalen Gemeinschaften zu hören. Ihnen wurden Arbeitsplätze auf den Plantagen versprochen, doch dann wurden sie durch Arbeiter aus anderen Teilen Indonesiens verdrängt. Die Argumente für die Ernährungssicherheit in den Food Estates sind sehr dünn, stattdessen werden Cash-Crops für den Export angebaut, wobei die Regierung dieses Ziel unterstützt. In einer Zeit, in der die Nahrungsmittelproduktion weltweit in der Krise steckt, fordern wir die Regierung auf, jetzt zu handeln und die Pläne für Food Estates zu stoppen, die die Papuas ihres Landes berauben, zur Abholzung führen und letztendlich das Land Papua ruinieren werden.“*

Der Bericht zeigt

- eine Chronologie vergangener Top-Down-Agrarentwicklungspläne in Westpapua und wie sie, obwohl sie meist schlecht geplant und kurzlebig waren, dennoch eine langfristige Bedrohung für die gesamte Landschaft des südlichen Teils der Provinz Papua darstellen;
- Wie die Pläne für Food Estates potenziell zu einem Aufblühen der Korruption führen können, wenn Unternehmens- und Staatsakteure und ihre Familien und Freunde – und nicht die Menschen in Westpapua – von der Vergabe von Land für Food Estates profitieren;
- Wie diese potentielle Korruption durch die neue Gesetzgebung begünstigt wird, die der Zentralregierung neue Befugnisse gibt, um Land für Food Estates an sich zu reißen und dabei auch die Umweltschutzbestimmungen zu umgehen;

- Das Wachstum der Plantagenindustrie in Westpapua in den letzten zehn Jahren hat viele der potenziellen negativen Folgen aufgezeigt, die die indigene Bevölkerung unter den derzeitigen Plänen erleiden wird – einschließlich häufiger horizontaler Konflikte zwischen Gemeinden und einer Zunahme der lokalen Ernährungsunsicherheit;
- dass nicht nur die Lebensgrundlage der indigenen Gemeinschaften durch die Food Estates bedroht ist, sondern auch ihre Kultur. Die meisten Arbeitskräfte auf den bestehenden Plantagen sind ebenfalls nicht-ethnische Arbeitskräfte aus Westpapua, was die indigenen Gemeinschaften in ihrem eigenen Land an den Rand der Gesellschaft drängt und die bestehende strukturelle Diskriminierung verstärkt, anstatt das Wohlergehen der Papuas zu verbessern.“

Hier geht es zu dem Bericht: [https://www.tapol.org/sites/default/files/sites/default/files/pdfs/TAPOL-AwasMIFEE%20-%20Pandemic%20Powergrabs%20%282022%29\\_0.pdf](https://www.tapol.org/sites/default/files/sites/default/files/pdfs/TAPOL-AwasMIFEE%20-%20Pandemic%20Powergrabs%20%282022%29_0.pdf)  
(<https://www.tapol.org/news/press-release-awasmiffee-and-tapol-release-report-planned-food-estate-west-papua>, Westpapua-Netzwerk online 02.05.22)

### **Pazifischer Ältestenrat fordert Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte**

**Westpapua:** Die „Pacific Elders' Voice“ (PEV), der ehemalige Staatsoberhäupter, US-Kongressabgeordnete und Persönlichkeiten aus der Region Ozeanien angehören, hat einen dringenden Aufruf bezüglich der sich verschlechternden Menschenrechtssituation in den indonesischen Provinzen Papua und Papua Barat veröffentlicht. Ehemalige Präsidenten und Premierminister der Marshall-Inseln, Palaus, Kiribatis und Tuvalu, ein ehemaliger Generalsekretär des

Pazifischen Inselforums und ein ehemaliges Mitglied des US-Kongresses unterzeichneten die Erklärung, in der die indonesische Regierung aufgefordert wird, dem Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte einen Besuch in Westpapua zu gestatten.

Die PEV äußerte zudem die tiefe Besorgnis über die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Westpapua und verwies auf entsprechende Berichte, die auf eine erhöhte Anzahl von außergerichtlichen Hinrichtungen, Verschwindenlassen und Binnenvertriebenen hindeuten.

Die pazifischen Ältesten erinnerten an das Kommuniqué des Pacific Islands Forum, das 2019 in Tuvalu verabschiedet wurde und in dem eine Einladung Indonesiens für eine Mission des UN-Hochkommissars für Menschenrechte nach Westpapua begrüßt worden war. Das Kommuniqué forderte beide Seiten nachdrücklich auf, den Zeitplan für den Besuch festzulegen und vor dem nächsten Treffen der Staats- und Regierungschefs des Pacific Islands Forum im Jahr 2020 einen fundierten Bericht über die Lage vorzulegen, heißt es in der Erklärung.

„Trotz dieser Zusage hat die indonesische Regierung dem UN-Hochkommissariat für Menschenrechte nicht erlaubt, Westpapua zu besuchen. Wir halten dies für inakzeptabel und glauben, dass ein solches Verhalten die Spannungen in der Region nur noch verschärfen kann,“ so die PEV-Erklärung. Die pazifischen Ältesten sagten, Indonesien müsse „die Verantwortung für seine Handlungen und Missbräuche übernehmen und den Schaden wiedergutmachen“, der dem indigenen Volk von Westpapua zugefügt wurde.

Die PEV-Erklärung richtet sich zudem auch an den UN-Menschenrechtsrat und das Universal Periodic Review-Verfahren zu Indonesien im November 2022: „Wir rufen alle Mitglieder des Menschenrechtsrates auf, eine Resolution zu verabschieden, die die derzeitigen Menschenrechtsverletzungen in Westpapua verurteilt“, heißt es in der Erklärung. „Wir fordern den Menschenrechtsrat au-

ßerdem auf, die Menschenrechtsverletzungen in Indonesiens Universal Periodic Review klar zu benennen und eindeutige Schritte zur Behebung der stattfindenden Verstöße festzulegen.“

Auch das G20-Treffen in Bali im November dieses Jahres wird von der PEV thematisiert: „Wir nehmen ferner zur Kenntnis, dass das nächste G20-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs [am 15. und 16. November] in Bali stattfinden wird. Wir fordern alle G20-Mitgliedsländer auf, dafür zu sorgen, dass ein Besuch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte vor diesem Treffen stattfinden kann und dass das Hochkommissariat für Menschenrechte in der Lage ist, einen Bericht über seine Erkenntnisse zu erstellen, der von den G20 erörtert werden kann. Wir glauben, dass kein Staats- und Regierungschef der G20 an dem Treffen teilnehmen sollte, ohne ein klares Verständnis der Menschenrechtssituation in Westpapua zu haben.“

Hier geht es zum PEV-Statement: [https://www.freewestpapua.org/wp-content/uploads/2022/04/2022-04-21-Pacific-Elders-Voice-Statement\\_West-Papua-Human-Rights.pdf](https://www.freewestpapua.org/wp-content/uploads/2022/04/2022-04-21-Pacific-Elders-Voice-Statement_West-Papua-Human-Rights.pdf)  
(<https://www.facebook.com/pacificelders/>, Westpapua-Netzwerk online)

### **Angriff auf Menschenrechtsbüro**

**Westpapua:** Das Papua Legal Aid Institute (LBH Papua) wurde am frühen Morgen des 9. Mai 2022 Opfer eines Brandanschlags. Ein Motorrad wurde in der Garage des LBH-Büros in der Stadt Jayapura (Provinz Papua) in Brand gesetzt. Nach den eingegangenen Informationen hörte ein Mitarbeiter des LBH Papua, der sich in dieser Nacht im Büro aufhielt, gegen 4.00 Uhr morgens eine Explosion. Das Motorrad stand bereits in Flammen, als er die Garage erreichte. Es gelang ihm, das Feuer mit Hilfe von Nachbarn zu löschen und weitere Schäden am Bürogebäude und an anderen Fahrzeugen zu verhindern.

Die Organisation bietet Menschen, die sich keinen Anwalt leisten können, Rechtsbeistand. LBH Papua ist auch Teil einer Koalition von Menschenrechtsorganisationen in Westpapua. Die Koalition bietet politischen Aktivist\*innen und anderen Opfern von Menschenrechtsverletzungen in Westpapua rechtliche und nicht-rechtliche Unterstützung. Der Direktor des LBH Papua, Emanuel Gobay erklärte, er verstehe den Angriff als einen Versuch, das LBH Papua an seiner Menschenrechtsarbeit zu hindern. Gobay hat den Fall bei der Polizei angezeigt. Bislang haben die Ermittler noch keine konkreten Hinweise auf die Täter gefunden.

Die Mitarbeitenden des LBH Papua haben jedoch verschiedene Indizien gefunden, die darauf schließen lassen, dass es sich bei der Brandstiftung um einen vorsätzlichen Anschlag handelt. Sie fanden am Tatort eine Plastiktüte mit Benzinresten. Außerdem sahen zwei Anwohner kurz vor der Explosion eine Person mit schwarzer Kleidung und einer Sturmhaube vor der Garage.

*Hintergrund:* Menschenrechtsverteidiger\*innen in Westpapua arbeiten in einem äußerst repressiven Umfeld – die Konfliktregion ist durch eine starke Präsenz von Sicherheitskräften gekennzeichnet. Während die Regierung den Einsatz des Militärs oft mit der nationalen Sicherheit in der Konfliktregion rechtfertigt, schränken die Strafverfolgungsbehörden die Menschenrechte und elementare Freiheiten unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Durchsetzung nationaler Gesetze ein.

Die indonesische Regierung beschränkt weiterhin den Zugang internationaler Organisationen, ausländischer Journalist\*innen und Beobachter\*innen nach Westpapua. (Westpapua-Netzwerk online 07.06.22)

## TAPOL informiert über Binnenvertreibung und illegalen Waffenhandel

**Westpapua/Großbritannien:** Die britische Menschenrechtsorganisation TAPOL hat ein neues Briefing Papier mit dem Titel „Illegal arms sales, internal displacement and a 'new approach' in West Papua“ veröffentlicht. Dieses Briefing Papier befasst sich mit Berichten über illegale Waffenverkäufe durch die Sicherheitskräfte, die anhaltende Binnenvertreibung und das angebliche neue Vorgehen des Militärs. Dabei wird insbesondere auf die Gründe für diese Entwicklungen und das Fehlen kohärenter Maßnahmen seitens der Regierung eingegangen. Ein Grund für den Waffenhandel ist der allgegenwärtige Militarismus in Westpapua, wo die Operationen der Sicherheitskräfte zu Gewalt führen und die Vertreibung von Zivilisten verursachen. Die Sicherheitskräfte versuchen, die Darstellung ihrer Rolle in Westpapua zu kontrollieren, indem sie zunächst die Einstufung der TPNPB als terroristisch rechtfertigen, indem sie erklären, dass sie Zivilisten schützen, um dann später zu erklären, dass sie in Westpapua einen „neuen Ansatz“ verfolgen, der dem alten Ansatz sehr ähnlich ist. In dieser Zeit hat die Zahl der Binnenflüchtlinge zugenommen und die Vertriebenen erhalten kaum registrierte staatliche Hilfe.

**Hier geht es zu dem Briefing Papier:**  
<https://www.tapol.org/sites/default/files/TAPOL%20Briefing%20-%20Illegal%20arms%20sales%2C%20internal%20displacement%20and%20a%20%E2%80%98new%20approach%E2%80%99%20in%20West%20Papua.pdf>  
 (Westpapua-Netzwerk online)

## AUSTRALIEN

### Neuer Premier

Seit dem 23. Mai ist Anthony Norman Albanese (*Australian Labor Party*) neuer und damit 31. Premierminister von Australien. Der 59-jährige Labor-Chef legte vor Generalgouverneur David Hurley seinen Amtseid ab. Bei seiner Amtseinsetzung setzte Albanese eigene Akzente: Er schwor den Eid nicht auf die Bibel und die britische Königin wie sein religiöser Vorgänger Scott Morrison, sondern auf das Land und die Bevölkerung Australiens. Bei seiner ersten Pressekonferenz hing hinter ihm neben der australischen Landesfahne auch die Flagge der indigenen Australier.

Rund 17 Millionen Wahlberechtigte waren dazu aufgerufen gewesen, über alle 151 Sitze im Unterhaus und die Hälfte der 78 Sitze im Senat zu entscheiden. In Australien besteht Wahlpflicht.

Die rechtskonservative Koalition unter dem bisherigen Premier Scott Morrison hatte dabei schwere Verluste eingefahren. Sie stand nach Jahren immer neuer Umweltkatastrophen, zuletzt katastrophale Überflutungen, vor allem wegen ihrer Klimapolitik in der Kritik.

Albanese will den schlechten Ruf seines Landes als Klimasünder überwinden. Er hatte im Wahlkampf versprochen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß Australiens bis 2030 um 43 Prozent im Vergleich zum Jahr 2005 zu senken. Zudem warb seine Partei für einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, Kaufprämien für Elektroautos und deutlich schärfere Emissionsgesetze.

Vorgehen will Albanese auch gegen die hohen Lebenshaltungskosten. Im Wahlkampf versprach er, die katastrophale Situation in vielen australischen Alters- und Behindertenheimen zu verbessern. Zusätzlich will er Angestellte im Gesundheitssektor besser bezahlen, die während der Pandemie viel geleistet hätten. Der gesetzliche

Mindestlohn soll mindestens um die Inflationsrate aufgestockt werden.

Auch das Thema „Gleichberechtigung von Frauen“ steht ganz oben auf der Agenda des neuen Premiers. Wie wichtig ihm die politische Teilhabe von Frauen ist, zeigt die Geschlechterverteilung in seinem neuen Kabinett. Zehn der 23 Kernministerien werden nun von Frauen geführt – das gab es in Australien noch nie. Eine weitere Neuerung betrifft das Ministerium für australische Ureinwohner: Mit der 65 Jahre alten Linda Burney steht ihm erstmals eine Frau mit Aborigine-Wurzeln vor. Außerdem werden das Außen- und das Innenministerium von Frauen geleitet, nämlich von Penny Wong und Clare O'Neil. Das Ministerium für Kindererziehung und Jugendliche leitet mit Anne Aly erstmals eine gläubige Muslima. (*Der Spiegel* 23.05.22, 01.06.22, *NZZ* 26.05.22, <https://anthonyalbanese.com.au/>)

### Unterstützung für Infrastrukturprojekte in PNG

Der (damals noch amtierende) australische Premierminister Scott Morrison und der neuguineische Premierminister James Marape haben eine neue Vereinbarung im Rahmen der „*Australian Infrastructure Financing Facility for the Pacific*“ (AIFFP) in Höhe von 158 Mio. US-\$ (ca. 415 Mio. Kina) zur Modernisierung wichtiger Strom- und Straßennetze in Papua-Neuguinea begrüßt.

Die beiden Premierminister erkannten an, wie wichtig es ist, zusammenzuarbeiten, um qualitativ hochwertige, transformative Infrastrukturprojekte zu verwirklichen, die für den Wohlstand Papua-Neuguineas und die wirtschaftliche Erholung des Inselstaates nach COVID-19 entscheidend sind.

Australien wird ein Finanzierungspaket in Höhe von 86 Mio. USD (226 Mio. Kina) unterstützen, um die nationale Strominfrastruktur Papua-Neuguineas zu verbessern und mehr als 30.000 Haushalte, Schulen und Kliniken an die Stromversorgung anzuschließen. Im Rahmen dieser australisch-

neuguineischen Partnerschaft werden viele Gemeinden in den Provinzen Morobe und East New Britain zum ersten Mal an das Stromnetz angeschlossen.

Die australische Finanzierung ist Teil der PNG-Elektrifizierungspartnerschaft (*PNG Electrification Partnership*) und unterstützt das Ziel der Regierung von Papua-Neuguinea, bis zum Jahr 2030 70 Prozent der Bevölkerung von PNG an das Stromnetz anzuschließen.

Australien investiert außerdem 72 Mio. USD (189 Mio. Kina) in den Ausbau der Straßeninfrastruktur in wichtigen Wirtschaftskorridoren in ganz Papua-Neuguinea, um Gemeinden miteinander zu verbinden und den Zugang zu Märkten zu verbessern.

Die Finanzierung soll die Sanierung und Instandhaltung von rund 359 Kilometern wichtiger Straßen ermöglichen, darunter der Sepik Highway in den Provinzen East Sepik und West Sepik sowie der Wau Highway in der Provinz Morobe.

Premierminister Marape begrüßte die Vereinbarungen.

„Diese Finanzierung wird meine Regierung dabei unterstützen, unsere vorrangige *Connect PNG-Strategie voranzutreiben, die strategischen Verbindungen in ganz Papua-Neuguinea zu verbessern und die kritische Infrastruktur im Stromsektor auszubauen*“, sagte er.

Premierminister Morrison erklärte: „*Australien freut sich, die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen Infrastruktur in den verschiedenen Regionen Papua-Neuguineas zu unterstützen und auf unserer starken Bilanz bei der Unterstützung kritischer Infrastrukturen im Pazifikraum aufzubauen.*“

Die Abkommen erkennen die bilaterale Partnerschaft zwischen Australien und Papua-Neuguinea an und bauen auf den gemeinsamen Zielen auf, die bereits früher im Rahmen der umfassenden strategischen und wirtschaftlichen Partnerschaft zwischen Papua-Neuguinea und Australien festge-

legt wurden.

(Pressemitteilung 01.04.22  
<https://www.pm.gov.au/media/investing-papua-new-guineas-energy-and-roads-sectors>)

### Neues Abkommen zur Tiergesundheit im Pazifik

In dem Bestreben, die Tiergesundheit und die Viehzucht in der Region zu fördern, hat die Abteilung für Landressourcen der Pazifischen Gemeinschaft (*Pacific Community, SPC*) Anfang April ein vierjähriges Partnerschaftsabkommen mit dem australischen Ministerium für Landwirtschaft, Wasser und Umwelt (*Department of Agriculture, Water and the Environment, DAWE*) unterzeichnet.

Der Chef des australischen Veterinäramtes, Dr. Mark Schipp, sagte, das Abkommen sei das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen dem neu eingerichteten *Pacific Engagement Program* im *Office of the Australian Chief Veterinary Officer (OCVO)* und dem *SPC-Team für Tiergesundheit und -produktion*.

„*Im Rahmen des australischen Engagements für die Stärkung der Tiergesundheit und der Biosicherheit in der gesamten Pazifikregion stellt unser Pacific Engagement Program gezielte Finanzmittel zur Verfügung, um die Pazifische Gemeinschaft beim Ausbau des „Netzwerks der Pacific Heads of Veterinary and Animal Production Services“ (PHOVAPS) zu unterstützen*“, so Dr. Schipp.

Er fügte hinzu, dass Biosicherheits- und Tiergesundheitsmaßnahmen die Biosicherheit in der Region stärken werden. Australien könne so besser vor den Gefahren durch eingeschleppte Tierseuchen oder Schädlinge geschützt werden.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Partnerschaftvereinbarung mit dem Titel „Stärkung der Kapazitäten des PHOVAPS-Netzwerks“ gehören die Entwicklung einer Leitungsstruktur und einer Aufgabenbeschreibung für PHOVAPS, die Entwicklung von Leitlinien für die gemeinsame Umsetzung mit den PHOVAPS-Mitgliedern sowie die

Erleichterung in der Zusammenarbeit zwischen Australien und den Pazifikstaaten mit Blick auf die Tiergesundheit.

„Diese neue Partnerschaft wird die laufenden Bemühungen der SPC zur Umsetzung eines One-Health-Ansatzes im Pazifikraum weiter vorantreiben“, sagte Karen Mapusua, Direktorin der Abteilung für Landressourcen bei der Pazifischen Gemeinschaft.

„Sie steht im Einklang mit dem strategischen Ziel unseres Rahmenprogramms für Tiergesundheit und Tierproduktion im Pazifik. Dieses soll die Krankheitsüberwachung verstärken und die Fähigkeit zur Reaktion auf Notfälle verbessern, um den aktuellen Stand der Tierseuchen zu bekämpfen und die Einschleppung neuer Krankheiten in der Region zu verhindern“, erklärte Mapusua. (Pressemitteilung SPC 08.04.22)

### Erneute Massenbleiche am Great Barrier Reef

Laut eines aktuellen Berichtes der *Great Barrier Reef Marine Park Authority* (Marineparkbehörde) sind derzeit über 90 % des Great Barrier Reef vor der Nordostküste Australiens von einer Korallenbleiche betroffen. Auslöser für diese erneute Massenbleiche am Riff ist laut der Behörde, die der Regierung in Canberra untersteht, die bereits monatelang andauernde Hitzewelle auf dem fünften Kontinent. Das extrem heiße Wetter in den letzten Monaten habe das Meerwasser seit Dezember 2021 erwärmt. Dadurch seien die Korallen so gestresst, dass sie die für ihre Färbung sorgenden Algen abstoße, mit denen sie sonst in Symbiose leben. Die Folge ist ein Ausbleichen der Korallen, jedoch nicht ein Absterben. Wenn das Wasser sich abkühlt, können gebleichte Korallen ihre Farbe wiedererlangen und überleben.

Luftaufnahmen der Behörde haben gezeigt, dass von 719 untersuchten Riffen 654 zumindest eine teilweise Bleiche aufweisen. Betroffen seien zahlreiche Riffe in allen Regionen des 2.300 Kilometer langen

Riffs an der Nordostküste zwischen Cape York und Bundaberg.

*Info:* Es handelt sich bereits um die vierte Massenbleiche seit 2016 und die sechste seit 1998.

Die UNESCO hatte im vergangenen Jahr gedroht, das Great Barrier Reef auf die Rote Liste des gefährdeten Welterbes zu setzen. Auf Druck der australischen Regierung war es der Herabstufung des Riffs gerade noch einmal entgangen. Nun soll 2023 erneut über den Status des Riffs beraten werden.

In den nächsten neun Jahren will die australische Regierung rund 630 Millionen Euro in Maßnahmen zum Erhalt des Ökosystems investieren. (<https://www.gbrmpa.gov.au/>, dpa 12.05.22)

### Größere Nationalparks an der Ostküste

Um Koalas und andere seltene Tiere besser zu schützen, will die Regierung des Bundesstaates *New South Wales* an Australiens Ostküste weitere 2.000 Hektar Buschland in Nationalparks integrieren. Zu diesem Zweck hätten die Behörden drei Gebiete in Monaro im Süden der Region, nahe Yamba im Norden und bei Taree im Osten gekauft, berichtete die australische Nachrichtenagentur AAP Anfang Mai. Die Umwandlung in geschützte Gebiete käme dabei unter anderem auch anderen bedrohten Arten wie Langschnauzen-Kaninchenkängurus und Eulen zugute, hieß es.

„Die Sicherung des Lebensraums der Koalas ist Teil unserer Strategie, die Koala-Population bis zum Jahr 2050 zu verdoppeln“, erklärte der Umweltminister von New South Wales, James Griffin.

*Info:* Die australische Regierung hatte den Gefährdungsstatus der Beuteltiere schon im Februar dieses Jahres in den Bundesstaaten New South Wales und Queensland sowie im Australian Capital Territory mit der Hauptstadt Canberra offiziell von „vulnerable“ (gefährdet) auf „endangered“ (stark gefährdet) hochgesetzt. So können die Behörden die Tiere besser schützen.

Dürren, Buschbrände, Krankheiten und der Verlust des Lebensraums haben in den vergangenen 20 Jahren zu einem starken Rückgang der Koala-Zahlen geführt. (AAP 09.05.22)

## SPORT

### Special Olympics in Berlin

**Deutschland:** Der Berliner Stadtteil Spandau wird vom 17. bis 25. Juni 2023 Gastgeber der *Special Olympics World Games* sein. Damit finden die Sportspiele erstmals in Deutschland statt. Dazu werden Sportler\*innen mit geistiger und mehrfacher Behinderung u.a. aus Mikronesien, Kiribati und Nauru erwartet. Die Stadt ist intensiv mit der Planung beschäftigt, zu der Angelegenheiten wie die behindertengerechte Unterbringung der Sportler\*innen, Freizeitbeschäftigung und Versorgung gehören.

Der Berliner Sportstadtrat Frank Bewig äußerte seine Freude und sein Engagement als Gastgeber: „Wir freuen uns schon jetzt auf unsere Gäste aus den Inselstaaten Mikronesien, Nauru und Kiribati. Natürlich haben wir uns bereits Gedanken über geeignete Unterbringungsmöglichkeiten gemacht und erste Ideen zur Freizeitgestaltung gesammelt, doch nun können wir intensiv in die Planungen einsteigen. Sobald wir wissen, in welchen Sportarten unsere Gäste aktiv sind, werden wir uns auch mit der Frage nach geeigneten Trainingsstätten auseinandersetzen.“ (Spiegel online 24.05.22, <https://www.berlin2023.org/>)

### Erstmals Abkommen zwischen FIFA und PIF

**Katar:** Am Rande des 72. Kongresses der FIFA (*Fédération Internationale de Football Association*) in Doha (Katar) am 31. März 2022 haben FIFA-Präsident Gianni Infantino und der Generalsekretär des Pazifischen Inselforums (*Pacific Islands Forum*, PIF), Henry

Puna, erstmals ein gemeinsames Abkommen zum Kampf gegen den globalen Klimawandel unterzeichnet. Beide Partner verpflichten sich in dem am 1. April unterzeichneten Abkommen, auf das Ziel einer Erderwärmung von unter 1,5 Grad hinzuweisen. Außerdem möchte der Weltfußballverband FIFA beim Aufbau von Fußballinfrastruktur in den pazifischen Inselstaaten künftig nachhaltiger und klimaneutraler bauen.

*Info:* Das Abkommen zum Schutz des Klimas und zur Begrenzung der Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius ist das erste seiner Art, das jemals zwischen einem Weltsportverband und den 18 Mitgliedsstaaten und Organisationen des pazifischen Inselforums getroffen wurde. Henry Puna bezeichnete es als „historischen Meilenstein“. FIFA-Präsident Infantino erklärte, der Fußball sei nicht immun gegen die Folgen des Klimawandels. Er sagte: *„It is our responsibility to leverage the power and popularity of our sport to tackle this vital topic at such a critical moment in our history and we are delighted to work in partnership with the Pacific Islands Forum“*. ([www.fifa.com](http://www.fifa.com), Pressemitteilung, [www.forumsec.org](http://www.forumsec.org) 01.04.22)

### 83-Jähriger durchquert Pazifik im Alleingang mit Segelboot

**Japan:** Am 4. Juni erreichte Kenichi Horie nach 69 Tagen auf See endlich den Kii-Kanal im Westen Japans. Der 83-jährige Solosegler war Ende März in San Francisco (USA) mit seiner knapp sechs Meter langen Segelyacht „Suntory Mermaid III“ gestartet. Mit seiner Segeltour stellte der Japaner den Segel-Weltrekord als ältester Mensch auf, der den Pazifik alleine überquert hat.

Horie legte die insgesamt 8.500 Kilometer ohne Zwischenstopp zurück und versorgte sich ausschließlich mit Proviant auf dem Schiff. Als Nahrung dienten Reis und Konserven.

Mit an Bord hatte er außerdem ein Satelliten-Telefon, mit dem er bei Bedarf Hilfe rufen konnte und täglich mit seiner Familie in Kontakt

blieb: *„Wenn ich sie nicht mindestens einmal am Tag angerufen hätte, hätten sie sich große Sorgen gemacht.“*

Auch wenn die Reise für außenstehende Personen gefährlich erscheinen mag, sah Horie der Sache zuversichtlich entgegen. *„Ich habe keine Bedenken. Außer vielleicht, dass ich alt bin.“* Auch die Frage, ob er sich auf seine Expedition körperlich vorbereitet hätte, verneinte er: *„Ich bin immer gesund, immer in Form – ich überesse mich nicht, kein übermäßiger Alkoholkonsum. Ich hätte nicht gedacht, dass ich mit 83 Jahren immer noch segeln würde, aber ich bin noch gesund und ich wollte diese Chance nicht verpassen. Herausforderungen sind aufregend, deshalb mag ich es, mich selbst zu fordern,“* erklärte der rüstige Senior.

Als wäre das nicht genug, hat der berühmteste Segler Japans mit seiner letzten Errungenschaft bereits den zweiten Weltrekord eingefahren. Vor rund 60 Jahren stellte sich der damals 23-Jährige Verkäufer von Autoersatzteilen schon einmal der Aufgabe, den Pazifik nur mit einem Segelboot auf eigene Faust zu überqueren. Damals segelte er in Japan los und erreichte nach 96 Tagen die Golden Gate Bridge in San Francisco (USA). Allerdings bewältigte er sein Abenteuer im Jahr 1960 ohne GPS und lediglich mit einem Radio an Bord. Als er ohne Geld und Reisepass in Kalifornien ankam, wurde er zunächst verhaftet, jedoch umgehend wieder freigelassen und als Anerkennung für seinen Wagemut mit einem Visum belohnt.

Für die Öffentlichkeit hat der Segler folgenden Rat: *„Sorge dafür, dass deine Träume nicht nur Träume bleiben. Habe stets ein Ziel vor Augen, und arbeite darauf hin und ein wundervolles Leben wird dir bevorstehen.“* (Artikel von Jakob Renner.

<https://www.deutschlandfunk.de/83-jaehriger-japaner-ueberquert-allein-auf-segeljacht-den-pazifik-102.html>

<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/japan-aeltester-solosegler-ueberquert-pazifik-18081349.html>

<https://edition.cnn.com/travel/article/kenichi-horie-solo-pacific-sail-intl-hnk/index.html>

<https://www.theguardian.com/world/2022/jun/04/japanese-man-kenichi-horie-83-becomes-oldest-person-sail-solo-non-stop-across-pacific>)

### 70-jähriger Deutscher beim Ironman 2022

**Hawai'i:** Im Oktober 2022 findet auf Hawai'i die Ironman-Weltmeisterschaft statt. Insgesamt treten dabei 64 Triathlet\*innen in den Disziplinen Marathon, Radfahren und Schwimmen gegeneinander an.

Mit dabei sind auch die WM-Sieger\*innen der Jahre 2018 und 2019, die sich, anders als die restlichen Kandidat\*innen, nicht erneut qualifizieren mussten.

Wer sich jedoch qualifiziert hat, ist der deutsche Extremsportler Uwe Schinz. Der 70-jährige Athlet betreibt seit über 20 Jahren sämtliche Formen des Extrem-Sports. Mit dazu gehören bei ihm der Ultralangstrecken-Marathon, Ultralangstrecken-Radrennen und das Apnoetauchen, bei dem die Taucher\*innen, im Gegensatz zum Gerätetauchen, nur mit ihrem Lungenvolumen auskommen müssen. Schinz beschreibt sich selbst mit folgendem Satz: *„Ich bin vieles – aber Hauptsache extrem!“*

Angesichts seiner vielen Auszeichnungen und Erfolge kann dieser Satz wohl als zutreffend betitelt werden. Begonnen hatte seine Karriere mit dem Köln-Marathon vor einigen Jahren, nachdem er eine schwere Rückenerkrankung erlitten hatte. Seitdem hat der Rentner, der in der Szene vor allem durch sein hohes Alter heraussticht, an zahlreichen Extremsport-Ereignissen und Wettbewerben teilgenommen und diese erfolgreich bewältigt. 2013 nahm er am „Grand to Grand Ultra“ in Nordamerika teil, einem 268 km Lauf durch den Grand Canyon. Auch Radfahrten von bis zu 300 km sind bei ihm keine Seltenheit.

Trotz vieler Steine, die ihm in den Weg gelegt wurden und einigen Hürden, die er bewältigen musste, hat er nicht aufgegeben. So hatte Schinz 2018 erneut schwere gesundheitliche Probleme, unter anderem eine beidseitige Lungenembolie. Jedoch erholte er sich davon und begann erneut mit dem Training.

Dieses Jahr hat sich Uwe Schinz zum Ziel gesetzt, bei der Ironman-WM in Hawai'i anzutreten. Qualifiziert hat er sich dafür bereits mit dem ersten Platz in seiner Altersklasse beim Ironman in Hamburg 2021. Nun wirbt er auf seiner Website für Sponsoren, um die hohen Kosten für Flug, Unterkunft, Equipment und Startgebühren decken zu können.

(Artikel von Jakob Renner. <https://trimag.de/szene/die-qualifizierten-fuer-die-ironman-wm-2022-auf-hawaii/>  
<http://www.extremlaeufer.de/index.php>  
<https://www.shz.de/lokales/wedel-uetersen-tornesch/artikel/iron-man-auf-hawaii-uwe-schinz-aus-heist-ist-dabei-42014273>)

## „TOK BILONG PASIFIK“

### Neues Luxushotel in Port Moresby

**Papua-Neuguinea:** Das *Grand Papua Hotel* am Ela Beach in Port Moresby wurde zum 1. April Mitglied von *Radisson Individuals*. Als Mitglied dieser internationalen Luxushotelkette wird das *Grand Papua Hotel* in das globale Verkaufs- und Vertriebsnetz der Radisson Hotel Group integriert. Die Gäste profitieren dann vom Radisson Rewards-Programm, einem branchenführenden Treueprogramm für Hotels, das Gästen exklusive Vorteile bietet und mit globalen Vielfliegerprogrammen verknüpft ist.

Robert Cohen, der Geschäftsführer des *Grand Papua Hotel*, zeigte sich begeistert über die neue Partnerschaft mit der Radisson Hotel Group und versprach, er und sein Team würden sich das Leitmotiv der Hotelgruppe „Yes we can“ ebenfalls zu eigen machen.

**Info:** Das 16-stöckige *Grand Papua Hotel* mit 156 Zimmern und Suiten, das den Hafen von Port Moresby und das Korallenmeer überblickt, hat international einen guten Ruf als eine der beliebtesten und anspruchsvollsten Unterkünfte in Papua-Neuguinea. Das luxuriöse Hotel verfügt über eine Auswahl von neun Veranstaltungsräumen, die von kleinen Sitzungssälen bis hin

zu großen, flexiblen Räumen für bis zu 230 Delegierte reichen. Es gibt eine Bühne für Shows, dazu ein Spa und einen Außenpool auf der Dachterrasse. Der Durchschnittspreis für ein Doppelzimmer/Nacht inklusive Frühstück beträgt derzeit rund 1.540 €.

(PNG Business News 01.04.22, <https://www.grandpapuahotel.com.pg/>, <https://www.radissonhotels.com/>)

### Pareo als neuer Modetrend

**Deutschland:** Der gewickelte Pareo-Rock hat seinen Ursprung auf Tahiti und den Cook-Inseln, wo er auch als „*Pāreu*“ bezeichnet wird und als Alltags-Kleidungsstück getragen wird. Bei uns ist der Wickelrock eher ein Kleidungsstück für Sommerabende am Meer. Dies ändert sich nach einer Recherche der internationalen Mode-Zeitschrift „*Elle*“ in diesem Frühsommer: Der Pareo kann ab sofort auch im Alltag getragen werden und wird dank hochwertiger, blickdichter Materialien und einem dezenten Bein-Schlitz sogar Großstadt- und Büro-tauglich. Die Designs variieren und reichen von schlichten Leinen-Röcken in Erdfarben bis hin zu verspielten Prints und Satin-Modellen in leuchtenden Frühlingsfarben. Und sogar mit einem edlen Leder-Finish werden die geknoteten Röcke in diesem Frühjahr getragen. Klassisch in Midi-Länge – für den Sommer dürfen es dann auch Pareo-Röcke mit kurzem Saum sein.

Die Redakteurinnen der „*Elle*“ schlagen in ihrer Mode-Reportage auch vor, mit welchen Oberteilen der Pareo kombiniert werden soll: Eine weiße Leinenbluse, ein schlichtes Tanktop oder ein schwarzer Body mit langen Ärmeln seien die perfekte Ergänzung. An noch etwas kühlen Frühlingstagen könne man außerdem eine Jeansjacke oder einen Leder-Blazer überstreifen. Zum Pareo solle man flache sneaker tragen oder hochhackige, geschnürte (Leder-)Sandalen. (<https://www.elle.de/fashion-mode-trend-pareo-rock-fruehling-2022>)

### Künstlerin aus Bougainville nominiert

**Bougainville:** Die in Arawa geborene Künstlerin Taloi Havani gehört zu den internationalen Künstler\*innen, die für den „Artes Mundi“-Preis (internationaler Preis für zeitgenössische Kunst im Vereinigten Königreich) nominiert wurden.

Als Vermittler des kulturellen Austauschs zwischen dem Vereinigten Königreich und der internationalen Gemeinschaft bringt Artes Mundi erneut eine große zweijährliche Ausstellung internationaler zeitgenössischer Kunst von einigen der wichtigsten künstlerischen Stimmen zusammen, die sich mit dringenden Themen unserer Zeit auseinandersetzen. Die Künstler sind: Rushdi Anwar (geboren in Kurdistan, lebt und arbeitet in Thailand und Australien); Carolina Caycedo (geboren im Vereinigten Königreich als Kind kolumbianischer Eltern, lebt und arbeitet in den USA); Alia Farid (geboren in Kuwait, lebt und arbeitet in Kuwait City und Puerto Rico); Naomi Rincón Gallardo (geboren in den USA, lebt und arbeitet in Mexiko); Taloi Havani (geboren auf Bougainville (Stamm der Nakas/Hakö), lebt und arbeitet in Australien); Nguyễn Trinh Thi (geboren und lebt und arbeitet weiterhin in Vietnam) und Mounira Al Solh (geboren im Libanon, lebt und arbeitet in den Niederlanden).

Taloi Havani vom Stamm der Nakas aus dem Volk der Hakö lebt derzeit in Brisbane, Australien. Sie betreibt ein künstlerisches Forschungsatelier, das von ihrer matrilinearen Bindung an ihr Land und ihre Gemeinschaften in Bougainville geprägt ist. Dies manifestiert sich in Werken, die mit einer Reihe von Medien geschaffen werden, darunter Fotografie, Audio-Video, Skulptur, immersive Installation und Druck.

Havani kuratiert und kollaboriert mit verschiedenen Kunstplattformen, nutzt Archive, arbeitet mit indigenen Gemeinschaften zusammen und entwickelt Auftragsarbeiten auf lokaler und internationaler Ebene. Wissensproduktion, -übertragung, -

vererbung, -kartierung und -darstellung sind zentrale Themen in Havinis Arbeit, die sie in Bezug auf Land, Architektur und Orte untersucht.

Havini hat einen Bachelor of Arts (Honours) von der *Canberra School of Art*, Australian National University. Sie hat an zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen teilgenommen.

**Info:** „Artes Mundi“ ist eine internationale Kunstorganisation mit Sitz in Cardiff (Wales). Sie wurde 2002 gegründet und engagiert sich für die Unterstützung internationaler zeitgenössischer bildender Künstler\*innen, deren Arbeit sich mit sozialer Realität und gelebter Erfahrung auseinandersetzt.

Die Werke der Künstler\*innen werden in der zweijährlichen Ausstellung „AM10“ zu sehen sein, die von Oktober 2023 bis März 2024 stattfindet. Der Gewinner des mit 40.000 Pfund dotierten Artes Mundi-Preises - des größten britischen Preises für zeitgenössische Kunst - wird während der Ausstellungsdauer bekannt gegeben. Zum ersten Mal wird die AM10 landesweit an mehreren Orten in Wales präsentiert.

(<https://www.talohavini.com/about>,  
<https://artesmundi.org/am10-shortlist-announcement/>)

## IM MEMORIAM

### † Bergbau-Aktivist Roger Moody

Am 29. Mai 2022 verstarb in Westerville (Ohio, USA) der Bergbauexperte Roger Lee Moody (geboren am 13. August 1943 in Columbus, Ohio).

Roger Moody war ein Experte für Bergbau, Bergbaukonzerne und Bergbauinvestitionen. Er arbeitete daran, Transparenz zu schaffen, wie Bergbaukonzerne arbeiten und wer sie finanziert. Er engagierte sich u.a. für das Netzwerk „*Mines and Communities*“, das die sozialen, wirtschaftlichen und ökologi-

schen Folgen von Bergbauprojekten offenlegt.

Moody war 1961 Absolvent der *Linden McKinley High School* und 1965 Absolvent der *Ohio State University*, wo er seinen Bachelor of Arts mit Schwerpunkt Biochemie erwarb. Nach 32 Dienstjahren bei *Chemical Abstracts Service* ging er in den Ruhestand und engagierte sich fortan für Transparenz im Bergbausektor.

1978 gehörte er zu den Gründungsmitgliedern von „*Partizans*“ (People Against RTZ and its Subsidiaries), um gegen RTZ (heute: Rio Tinto) wegen der vielfachen Verletzungen der Rechte indigener Völker vorzugehen. *Partizans* leistete Pionierarbeit bei der Teilnahme an den Jahreshauptversammlungen des Unternehmens, um Umweltprobleme anzusprechen. In einem Jahr stürmten die Aktivisten die Bühne und übernahmen die Kontrolle über die Hauptversammlung, um den Vertreter\*innen der indigenen Bevölkerung eine Plattform zu geben.

*Partizans* wurde zu einem weltweiten Netzwerk von Aktivisten und rief 1990 das in London ansässige *Minewatch Collective* ins Leben, das Bergbauschäden untersuchte und Informationen an indigene und andere Landgemeinden in aller Welt weitergab. Das *Minewatch Collective* löste sich in den späten 1990er Jahren auf, rief aber regional ausgerichtete Projekte ins Leben. Moody setzte seine Arbeit zum Thema Bergbau vor allem im asiatisch-pazifischen Raum fort. Das *Minewatch Asia-Pacific Project* rief 2001 Aktivisten für Bergbaugerechtigkeit aus verschiedenen Teilen der Welt zu einer Konferenz in London zusammen, und das *Mines and Communities Network* wurde mit dem Ziel gegründet, über seine Website weiterhin Informationen über den Bergbau mit landbasierten Gemeinschaften auszutauschen. Roger Moody war maßgeblich an dieser Initiative beteiligt.

Das *London Mining Network* entstand, als eine Reihe von im Vereinigten Königreich ansässigen Mitgliedern des *Mines and Com-*

*munities Network*, darunter Moody, beschlossen, dass eine eigene Organisation benötigt wurde, um Druck auf die in London notierten Bergbauunternehmen auszuüben.

Moody hat zeit seines Lebens zahlreiche Artikel und Bücher geschrieben. Zu seinen wichtigsten Büchern über den Bergbau gehören „Plunder!“ (eine Geschichte von RTZ bis 1991), „The Gulliver File“ (eine enzyklopädische Geschichte der weltweiten Bergbauunternehmen bis 1992), „Into the Unknown Regions“ (über unterseeische Abraumbeseitigung), „The Risks We Run“ (über Versicherungen gegen politische Risiken im Bergbau) und „Rocks and Hard Places: Die Globalisierung des Bergbaus.“

In den 1980er und 1990er Jahren war Moody auch mehrfach in Deutschland, wo er u.a. an Jahresseminaren des Pazifik-Netzwerkes als charismatischer und kompetenter Referent teilnahm.

Moody hinterlässt seine Ehefrau Rose und seine Töchter und (Ur-)Enkelkinder.

(<https://londonminingnetwork.org/>,  
<https://www.newcomercolumbus.com/Obituary/215344/Roger-Moody/Columbus-OH>)

### † Stewardess Claudine Heine

**Marshall-Inseln:** Im März verstarb in den USA Claudine Heine an einer Krebserkrankung. Sie gehörte zu den ersten vier Stewardessen der Fluggesellschaft *Air Micronesia* und war eine pazifische Pionierin in diesem Beruf. Als erste Frau von den Marshall-Inseln war Heine als Stewardess bei der lokalen Fluggesellschaft angestellt worden. Ihre Kolleginnen waren Ida Amaraich von der Insel Truk, Irene Andreas aus Palau und Maria Camcho von den Nördlichen Marianen. *Air Micronesia* verband die Inselstaaten der Föderierten Staaten von Mikronesien mit den USA. Die Linie flog zwischen den USA und Honolulu (Hawai'i), Okinawa (Japan) und Palau.

Heine begann ihre berufliche Laufbahn bei *Air Micronesia* in den frühen 1970er Jahren. Zuvor hatte sie als Bankangestellte für die *Bank of America* in Majuro gearbeitet. Aus der *Air Micronesia* ging die *Continental hervor* und daraus anschließend die *United Airlines*. Mit insgesamt 49 Jahren Berufserfahrung als Stewardess auf den Flügen zwischen den Marshall-Inseln und den USA kannte sie viele Regierungsbeamte und Politiker\*innen persönlich und avancierte zu einer bekannten und beliebten Persönlichkeit auf den Marshall-Inseln.

*Info: Continental Micronesia* (ursprünglich *Air Micronesia*) war eine US-amerikanische Fluggesellschaft mit Sitz auf Guam. Am 16. Mai 1968 wurde von Continental Airlines und dem ehemaligen U.S. Trust Territory die Tochtergesellschaft *Air Micronesia* gegründet, um die Präsenz von Continental Airlines im pazifischen und asiatischen Raum zu stärken. Bekannt wurde diese Tochtergesellschaft als *AIR MIKE*, woher auch das frühere internationale Rufzeichen der Airline herrührt.

In den 1990er Jahren entwickelte sich auf Guam ein wichtiges Luftfahrtkreuz, sowohl für Continental Micronesia als auch für United Airlines und Northwest Airlines. In dieser Zeit bekam *AIR MIKE* den offiziellen Namen *Continental Air Micronesia*, der später in Continental Micronesia geändert wurde. Zusammen mit der Muttergesellschaft wechselte Continental Micronesia zum 27. Oktober 2009 von SkyTeam zur Luftfahrtallianz Star Alliance.

Im Rahmen der Fusion von Continental Airlines mit United Airlines wurde im Herbst 2010 das *Air Operator Certificate* der Continental Micronesia aufgehoben. Seit dem endgültigen Zusammenschluss von United und Continental wird die Micronesia-Division nicht mehr genutzt, die Flüge werden von United mit Flugzeugen aus deren Flotte durchgeführt.

(*Marshall Islands Journal* 31.03.22, *Wikipedia*, <https://micronesianseminar.org/media/photos/goodbye/32.htm>)

## † Ex-Minister Bernard Pons

**Frankreich:** Am 27. April verstarb in Aigues-Mortes (Département Gard) im Alter von 95 Jahren der ehemalige Minister für die französischen Überseeterritorien, Bernard Pons. Der französische Politiker (geb. 18. Juli 1926 in Béziers) war Mitglied der gaullistischen *Union des démocrates pour la République* (UDR) und später des *Rassemblement pour la République* (RPR). Er war zwischen 1967 und 2002 mehrmals Mitglied der Nationalversammlung, Fraktionsvorsitzender der RPR (1988–1995), Minister für Überseedepartements (1986–88) sowie für Bau und Verkehr (1995–97).

Am 20. März 1986 übernahm Pons im zweiten Kabinett des damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac das Amt des Ministers für die Übersee-Departements und Übersee-Territorien (*Ministre des départements et territoires d'outre-mer*) und hatte dieses Ministeramt bis zum 10. Mai 1988 inne. In diesem Amt wurde er als Verantwortlicher der Ereignisse rund um die Grotte Gosannah auf der Insel Ouvéa (Neukaledonien) bekannt: Militante Befürworter der Unabhängigkeit Neukaledoniens hatten dort am 22. April 1988 französische Polizisten entführt und hielten sie als Geiseln. Das französische Militär verweigerte Verhandlungen und stürmte schließlich in der Nacht des 4. Mai die Höhle. Dabei wurden 19 Unabhängigkeitskämpfer und zwei Polizisten erschossen. Alle Geiseln konnten gerettet werden.

Vermutungen zufolge wurden die kanakischen Unabhängigkeitskämpfer vom Militär regelrecht hingerichtet. Wegen der Kritik an diesem brutalen Vorgehen des Militärs trat Pons von seinem Amt als Überseeminister zurück.

Er war als Minister für die Überseegebiete auch für das nach ihm benannte *Loi Pons* verantwortlich, ein Gesetz, das die steuerliche Begünstigung von Investitionen in den Überseegebieten einführte. Mit dem Gesetz sollte die lokale Wirtschaft gestärkt werden, es wurde jedoch vor allem für den massen-

haften Erwerb von Zweitwohnungen und Freizeitbooten durch Wohlhabende genutzt und deshalb im Jahr 2000 aufgehoben.

([https://www.assemblee-nationale.fr/11/tribun/fiches\\_id/2448.asp](https://www.assemblee-nationale.fr/11/tribun/fiches_id/2448.asp), *Objectif Gard* 27.04.22, *Wikipedia*)

## KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Kirchliche Nachrichten von Jakob Renner, FSJ'ler im Referat PPO und in der Pazifik-Infostelle.]

## AUS PAPUA-NEUGUINEA

### ALLGEMEIN

### Osterbibellager in Lae

Von Gründonnerstag bis einschließlich Ostersonntag veranstaltete die Gemeinde St. Andreas aus Ampo/Lae nach zwei Jahren endlich wieder ein Osterbibellager. Die letzten zwei Jahre musste das Event, an dem insgesamt fünf Kirchengemeinden beteiligt sind, leider aufgrund der Covid-19-Pandemie ausfallen. Das Thema der Aktion lautete: „*Am Fuße des Kreuzes*“. Das Ziel der des Feriencampes war es, Kindern einen Zugang zum Glauben zu ermöglichen und somit die „*zukünftige Generation der Kirche zu formen*“, so der Vorsitzende der Ampo-Kirche, Pfarrer Michael Elisha. Im Vergleich zu den vorherigen Jahren, in denen das Camp stattgefunden hatte, hatte man sich im Jahr 2022 allerdings mehr auf eine jüngere Zielgruppe konzentriert, da zuvor die Jugendlichen, die sich von dem Programm der Vorjahre angesprochen gefühlt hatten, anschließend nicht mehr in der Gemeinde aufgetaucht waren.

„*Wenn wir sehen, was Jesus am Kreuz getan hat, und wenn wir kommen, um zu empfangen und Buße zu tun, wissen wir, dass dies der Grund dafür ist, warum Gott ihn geschickt hat, um für uns zu sterben.*“ Das sagte Elisha im Nachhinein über das Bibellager und über das Thema der vier Ta-

ge. Bestandteil des Programms war unter anderem eine Art Bibelquiz, dessen Auflösung den Sonntagsgottesdienst abrundete. (*The National* 27.04.22)

## ELC-PNG

### † Rev. Mail Saulgaria

Im Mai verstarb in Gonoa (Provinz Madang) der Pastor, Lehrer, Dozent und Kirchenpräsident des Distriktes Madang, Pfarrer Mail Saulgaria.

Pfarrer Dr. Dr. Traugott Farnbacher, ehemaliger Leiter des Referates Papua-Neuguinea/Pazifik und Ostasien bei Mission EineWelt erinnert sich wie folgt an den engagierten Kirchenältesten: *„Von Beginn meiner Arbeit in der ELC-PNG war mir Rev. Malil sehr nahe und sehr hilfreich. 1979 am Martin-Luther-Seminar (MLS), führte er mich als Vizedirektor des MLS in Sprache, Kultur und pazifische Theologie ein. Er war dort Dozent und ich Assistent.*

*Ich danke Gott, dass er mir während meines Dienstes in der ELC-PNG ein spiritueller Vater und ein treuer Bruder war. Dasselbe gilt auch für meine Zeit als Sekretär im Missionswerk für Papua-Neuguinea, dem Pazifikraum und Ostasien. Führungspersönlichkeiten wie er haben mich geprägt und unterstützt. Ich bin ihm dankbar, dass er unserer Aufgabe, zu teilen, zu lernen, zu verkünden und zu dienen, gefördert hat.*

*Ich traf ihn immer wieder als Sekretär für Evangelisation und später als Präsident des Distrikts Madang. Dabei lernte ich seine Führung schätzen und wurde inspiriert von ihm, der hoch engagiert und zuverlässig für alle Mitarbeiter, die Christen, Diener des Herrn und uns Überseepartner da war.*

*Als Vorsitzender des National Evangelist Training Centers der ELC-PNG stand er fest für das, was richtig, zukunftsorientiert und wahrhaftig ist.“ (Email Pfr. Dr. Traugott Farnbacher 18.05.22)*

## Neue „Papua New Guinea Lutheran University“

Seit 20 Jahren arbeitet die Evangelisch-Lutherische Kirche in Papua-Neuguinea an der Planung einer neuen Universität. Nach vielen rechtlichen Debatten und enger Zusammenarbeit mit dem „*Lutheran Institute of Higher Learning*“ (LIHL) verkündete der Vorsitzende des LIHL, Dr. Eric Kwa, im März dieses Jahres, die Verabschiedung des „*lutherischen Universitätsgesetzes 2022*“. Durch dieses Gesetz ist es nun drei lutherischen Schulen in Papua-Neuguinea erlaubt, Diplome und Abschlüsse auszustellen. Die erste Schule, die durch das LIHL zu einem „*Institute of higher learning*“ erklärt wurde, war die Pflegeschule in Lae. Nun folgten noch das „*Balob Teachers College*“ und das „*Martin Luther Seminary*“.

Mit dieser Entwicklung, meint Kwa, sehe er der Entstehung der Universität sehr zuversichtlich entgegen. *„Wir sind dankbar, dass die Regierung die Rolle der lutherischen Kirche in diesem Land als Entwicklungspartner vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen, anerkennt“*, so Kwa. Finanziert wird das Projekt auch von Seiten der Regierung mit insgesamt 5 Mio Kina – umgerechnet ca. 1,3 Mio €. Dadurch ist es der Kirche möglich, mehr finanzielle Ressourcen in die Entwicklung der neuen Universität zu stecken und diese zu fördern.

(<https://www.looppng.com/png-news/pm-welcomes-lutheran-university-bill-110192>)

<https://www.looppng.com/png-news/institutions-make-lutheran-university-110400>

<https://www.thenational.com.pg/church-receives-k5mil-to-start-uni/> 24.05.22)

## RÖM.–KATH. KIRCHE

### LCI eröffnet Buchhandlung

Am 8. März fand in der Hauptstadt Port Moresby die Eröffnungsfeier für die neu gebaute Buchhandlung des „*Liturgical Catechetical Institute*“ (Liturgisches-Katechetisches Institut, LCI) statt. Der Laden befindet sich innerhalb des Gebäudes der Katholischen Bischofskonferenz und soll die Bevölkerung Papua-Neuguineas mit Einblicken

in die Arbeit des LCI versorgen. Ebenso soll gezeigt werden, inwiefern das Institut die Katechese und die Liturgie in den einzelnen Diözesen verbessert und unterstützt. Aus diesem Grund steht in erster Linie nicht die Wirtschaftlichkeit des Ladens im Vordergrund, sondern die Zugänglichkeit gegenüber den Bürger\*innen.

Eröffnet wurde die Buchhandlung von Kardinal John Ribat mit einer Evangeliumslesung. Anschließend zerschnitt er gemäß der Zeremonie das rote Band und stellte die Buchhandlung unter den Segen Gottes.

Der Direktor des LCI, Pater Tomas, würdigte die Neueröffnung mit folgenden Worten: *„In den letzten 60 Jahren hat das LCI Hunderte von Büchern und Materialien sowohl in Englisch als auch in Tok Pisin produziert, um Priestern, Ordensleuten, Katecheten, Laien, Jugendlichen, Kindern usw. zu helfen. Die Arbeit, die das Institut geleistet hat und weiterhin leistet, ist einfach unbezahlbar.“*

Er hoffe, dass entgegen der niedrigen Besucherzahlen in der Buchhandlung in Goroka, in der neuen Filiale in Port Moresby alle Bischöfe, Priester und Schwestern sowie auch die Bürger\*innen die Möglichkeit wahrnehmen, die Arbeitsfelder und Angebote des *Liturgical Catechetical Institute* kennenzulernen, so Pater Tomas. (*Catholic Reporter* April 2022)

## Bischofsweihe in Goroka

Am 7. Mai 2022 wurde in der Diözese von Goroka (Eastern Highlands Province) der siebte katholische Bischof in sein Amt eingesetzt. Der neue Bischof, Valentine Gryk, stammt ursprünglich aus Polen und lebte bereits seit 30 Jahren in Papua-Neuguinea, bevor er jetzt von Papst Franziskus zum Bischof der Diözese Goroka ernannt wurde.

Die Zeremonie fand auf dem Gelände der Kefamo-Gemeinde statt, wo anlässlich der Weihe sämtliche Bischöfe des Landes zusammengekommen waren. Die Bischöfe hatten gerade die jährliche Bi-

schofskonferenz beendet. Außerdem kamen tausende Zuschauer\*innen aus Goroka und Umgebung, um ihren neuen Bischof zu empfangen und der Feier beizuwohnen. Geleitet wurde die Zeremonie von Kardinal John Ribat und Erzbischof Douglas Young. Nach einigen Worten und der Übergabe der Insignien an Valentine Gryk bekundeten die Priester seiner neuen Diözese ihre Treue und der Bischof setzte die Zeremonie fort. Es folgten Tänze und Gespräche. Auch wurden Gryz einige Geschenke von den Bewohner\*innen der Region überreicht.

Erzbischof Rodríguez, der Vertreter von Papst Franziskus, erinnerte die Zuhörer\*innen in seiner Rede an den christlichen Auftrag und bekundete gegenüber Valentine Gryk sein Wohlwollen: „*Ich lade euch ein, Bürger\*innen von Goroka, zusammen mit eurem neuen Bischof auf dem Pfad der Heiligkeit zu gehen. Zusammen werden wir die Heiligmachung der Liebe tragen. Mein verehrter Bischof Valentine, möge Mutter Maria deine Schritte zum Sohn führen und Frieden in dein Herz säen, sodass du mit Weisheit die Diözese leiten kannst, die dir anvertraut worden ist.*“

Sich dem Erzbischof anschließend, gratulierte auch Kardinal John Ribat dem neu eingesetzten Bischof und ergänzte, Bischof Gryk werde ein großer Gewinn für die ganze katholische Kirche in Papua-Neuguinea sein.

(Catholic Reporter Juni 2022, <https://c-b-f.org/de/Nachrichten/Regionen/Ozeanien/Bischofsweihe-Gryk>)

### Right Relationship Formative Workshop

Das „*Right Relationship Ministry*“ der Katholischen Kirche der Salomonen und Papua-Neuguineas veranstaltete vom 21. bis zum 25. Mai ein Seminar für Schwestern und deren ‚Schülerinnen‘ zum Thema Beziehungen und Glauben.

Geleitet und initiiert wurde das Seminar von Schwester Ancy John Chirayath, der Direktorin des „*Right Relationship Ministry*“. Während der fünf Tage lernten die Teil-

nehmerinnen Fähigkeiten und Wissen bezüglich Beziehungen und Problemen, die ihnen auf ihrer Lebensreise und ihrer religiösen Entwicklung weiterhelfen sollen.

Das Hauptthema des Seminars wurde unter dem Slogan: „Building Healthy and Mature Relationships in our Communities and in Ministries“ (dt. „Gesunde und reife Beziehungen in unseren Gemeinden und Ämtern aufbauen“) zusammengefasst.

Mit zu den Themen der Workshops und Vorträge gehörten unter anderem: „Grenzen“, „Richtige Beziehungen führen“, „Menschliche Sexualität“, „Wertvorstellungen“ und „Rechte“.

Schwester Ancy erklärte dazu: „*Die Grundlage von [...] Glück [...] sind gute Beziehungen und Grenzen sind ein wichtiger Teil, wenn es um gute und gesunde Beziehungen innerhalb von Familien und Gemeinden [...] geht.*“ (Catholic Reporter 14.06.22)

## AUS ANDEREN LÄNDERN

### Die Bibel in 719 Sprachen

„*Die vollständige Bibel gibt es jetzt in 719 Sprachen*“. Das gab der Weltverband der Bibelgesellschaften, kurz „UBS“ (United Bible Societies) in seiner Jahresstatistik im März bekannt. Von allen bestehenden Versionen, wurden im vergangenen Jahr 90 Übersetzungsprojekte in neuen Sprachen fertiggestellt, und dass, obwohl die Corona-Pandemie weiter präsent blieb. Insgesamt haben damit rund 75 Prozent der Weltbevölkerung die Möglichkeit, die gesamte Bibel in ihrer Muttersprache zu lesen. Das Neue Testament ist jedoch nochmals in über doppelt so vielen Sprachen verfügbar - das macht fast 2.500 Übersetzungen. Was erstmal ziemlich viel erscheint, wird schnell relativiert, wenn man bedenkt, dass weltweit über 7.300 Sprachen gesprochen werden. Somit gibt es in deutlich über der Hälfte aller Sprachen keine vollständige Übersetzung der Bibel.

Im Jahr 2021 ist die Zahl der abgeschlossenen Übersetzungsprojekte

dennoch um mehr als 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Drei neue Erstübersetzungen der gesamten Schrift, acht neue Testamente und 37 Einzelschriften wurden veröffentlicht. Dennoch können 3,1 Prozent der Weltbevölkerung keinen Teil der Bibel in ihrer Sprache lesen oder hören. Der Weltverband der Bibelgesellschaften setzt sich deshalb zum Ziel, bis zum Jahr 2038 weitere Erstübersetzungen in insgesamt 1.200 Sprachen fertigzustellen und zu veröffentlichen.

Mit der Übersetzung der Bibel in neue Sprachen ist es jedoch noch lange nicht getan. Denn nach wie vor entwickelt sich Sprache weiter und somit ist es für die jüngere Bevölkerung nicht immer einfach, ältere Bibelübersetzungen zu verstehen. Die Bibelgesellschaften nehmen aus diesem Grund auch Revisionen an bereits bestehenden Übersetzungen vor. In der deutschen Sprache gibt es deshalb über 35 Übersetzungsvarianten, die von Versionen, die sich nahe am Urtext orientieren, bis hin zu freieren, umgangssprachlichen Übertragungen reichen. Dazu gehört beispielsweise die „BasisBibel“, die im Januar 2021 veröffentlicht wurde. So viele verschiedene Varianten gibt es bisher nur noch im Englischen. Fast alle anderen Sprachen müssen sich mit einer einzigen Übersetzung, teilweise auch nur mit einzelnen Auszügen aus der Bibel, zufriedengeben.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Übertragung der Schrift in Gebärdensprachen und Blindenschrift. Bisher gibt es lediglich für eine einzige der knapp 400 Gebärdensprachen eine vollständige Übersetzung. In ungefähr 60 weiteren gibt es dennoch einzelne Auszüge daraus.

Auch für blinde Menschen ist seit 2021 die Bibel in zwei weiteren Sprachen erhältlich. Die erste Braille-Bibel gab es in Suaheli, veröffentlicht von der Bibelgesellschaft in Tansania. Eine solche Ausgabe umfasst bis zu 40 Bände.

Die Übersetzung in eine neue Sprache kann bis zu zwölf Jahren dauern. Übersetzt wird dabei immer aus dem Urtext, zumindest bei der Übersetzung durch den Welt-

verband, der rund drei Viertel aller vollständig übersetzten Bibeln zu verantworten hat. Damit Übersetzungen besonders authentisch und sprachecht bleiben, werden an allen Projekten Muttersprachler\*innen beteiligt. Unterstützt werden die 160 Bibelgesellschaften, die alle zum Weltverband dazugehören, durch Spender\*innen.

*„Jede einzelne der Übersetzungen wird das Leben von Menschen, Familien und Gemeinden berühren und verändern. Wir danken vor allem den Übersetzerinnen und Übersetzern, die Jahre ihres Lebens gewidmet haben, ihrer Gemeinschaft die Heilige Schrift zugänglich zu machen. Häufig unter sehr schwierigen Arbeitsbedingungen“* Mit diesen abschließenden Worten drückte der Generaldirektor des Weltverbandes Michael Perreau, seine Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit der vielen Menschen aus, die sich für die Arbeit der Bibelgesellschaften und deren Aufgabe, das Wort Gottes in alle Teile der Welt zu verbreiten, einsetzen. (02.06.22 Weltbibelhilfe)

## Ordination zweier Diakone

**Kiribati:** Am 26. Februar dieses Jahres weihte der katholische Erzbischof Samuel J. Aquila aus Denver (Colorado/USA) zwei Männer aus Kiribati zu Diakonen. Tawai Nabitu und Kororo Temate studierten am „*Redemptor Mater Missionary Seminary*“ in Denver und werden nun für ein Jahr als Diakone dienen, bevor sie zu Priestern geweiht werden. *„Ihr kommt von einem abgelegenen Ort, und dennoch ist das Evangelium von Jesus Christus dort verkündet worden und die Frohe Botschaft wurde gehört. Ihr habt sie gehört in euren Herzen und euch entschieden, euch Christus ganz hinzugeben, ohne zu wissen, wo euch der Herr hinführen wird, oder zu wem er euch formt. Aber ihr seid durch sein Werk geformt worden.“* Mit diesen Worten hieß der Erzbischof die jungen Männer in ihren diakonischen Ämtern willkommen.

Die beiden i-Kiribatis werden wahrscheinlich zurück in ihr Heimatland gehen, um den katholi-

schen Gemeinden dort zu dienen. Der Erzbischof fügte hinzu: *„Egal wie abgelegen ein Ort auch sein mag, das Evangelium Christi muss auch dort verkündet und gelebt werden.“*

(<https://denvercatholic.org/from-a-pacific-island-to-the-priesthood-two-kiribati-men-ordained-transitional-deacons/>)

## Aufteilung Papuas führt zu Spaltungen

**Westpapua:** Die Leiterin der Abteilung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Synode der Evangelisch-Christlichen Kirche in Papua, Pastorin Dora Balubun, sagte, dass die Erweiterung von Papua die Papuas nur spalten und in Stämme einteilen würde.

*„Das ist die eigentliche Quelle der Spaltung des papuanischen Volkes heute. Die Papua-Erweiterung hat die Menschen in Papua dazu gebracht, zu ihren Stämmen zurückzukehren“*, sagte Balubun in einer öffentlichen Online-Diskussion *„Questioning the New Autonomous Region: Is it to solve problems in Papua?“*, die von der Kommission für vermisste Personen und Gewaltopfer (KontraS) am Montag, den 13. Juni 2022, veranstaltet wurde.

Balubun schätzte, dass der Papua-Konflikt durch die Aufteilung der Region sogar noch zunahm. *„Eine Reihe von neuen Gebieten, von denen man sich Veränderungen erhofft, haben in Wirklichkeit ein neues Problem geschaffen. In den neuen autonomen Regionen kommt es häufiger zu Konflikten“*, sagte sie.

Balubun erklärte, dass die Expansion Papuas (die Aufteilung in mehr Landkreise) die Anzahl der Sicherheitskräfte erhöht habe, wie zum Beispiel in den Landkreisen Intan Jaya, Nduga, Puncak und in den Bintang Bergen. Ihre Präsenz hat auch zu neuen Konflikten geführt.

*„Außerdem verfügen die neuen autonomen Regionen noch nicht über vollständige öffentliche Einrichtungen, so dass Schulen und kommunale Wohngebiete oft als Militärposten genutzt werden. Dies geschieht letztlich auf Kosten des*

*Wohlbefindens und der Sicherheit der Bevölkerung“*, meinte Balubun. Sie sagte, die Zentralregierung solle auf die Hoffnungen des Papua-Volkes hören, die von der Papua-Volksversammlung (MRP) zur Ablehnung des Papua-Erweiterungsplans geäußert wurden. Die Regierung habe jedoch stattdessen den demokratischen Raum der indigenen Papuas zum Schweigen gebracht, indem sie jeden Protest gegen die Papua-Erweiterung niedergeschlagen habe.

*„Die indonesische Regierung hat ihre Ohren und Herzen verschlossen, um auf die Stimmen der Menschen zu hören, die die Papua-Erweiterung ablehnen“*, kritisierte sie. (Westpapua-Netzwerk online 14.06.22)

## Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:  
Jakob Renner (Jakob.Renner@Mission-EineWelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank  
IBAN: DE12520804100001011111  
BIC: GENODEF1EK1

## Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

**Pazifik**  
INFORMATIONSSTELLE

und  
**Mission**  
**EineWelt**

Ordnung für Partnerschaft, Entfaltung und Mission der Eucharistisch-Katholischen Kirche in Brasilien  
Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau  
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120  
[www.pazifik-infostelle.org](http://www.pazifik-infostelle.org)  
[www.mission-einewelt.de](http://www.mission-einewelt.de)